MENSCH, wo bist Du?

Gemeinsam gegen Judenfeindschaft

THEMENHEFT 2019

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
DEUTSCHER KOORDINIERUNGSRAT E.V.

DIE THEMENHEFTE
des Deutschen Koordinierungsrates

Lesen, was Menschen bewegt.
Denken, das uns in Bewegung versetzt.
Handeln, um neue Wege zu bahnen.

LESEN, MITDENKEN, MITHANDELN
Die Themenhefte des Deutschen Koordinierungsrates

ISBN 978-3-948031-00-8

Die Themenhefte des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit greifen aktuelle Fragen auf und suchen aus einer christlich-jüdischen Perspektive nach tragfähigen Antworten.
Informativ und kritisch, unterhaltsam und anregend wollen sie den Leserinnen und Lesern den Stoff zum Nachdenken und Wegweisung zum Handeln geben.

Bitte richten Sie Ihre schriftliche Bestellung an:
Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften
für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.
Postfach 1445, 61214 Bad Nauheim
E-Mail: info@deutscher-koordinierungsrat.de

oder online bestellen unter:
www.deutscher-koordinierungsrat.de

Das Labenwolf-Gymnasium ist das einzige Musische Gymnasium der Stadt Nürnberg und in kommunaler Trägerschaft. Mit ca. 850 Schülern und 105 Lehrkräften ist das Labenwolf-Gymnasium eine Schule, in der das Miteinander Vorrang hat vor Eigeninteressen und in der das konstruktive Zusammenwirken aller Beteiligten einen hohen Stellenwert genießt. Dabei ist ein positiver Aspekt des musischen Zweigs, dass Unterrichtsgeschehen und Erziehung über die in Haupt- und Nebenfächern vermittelten Fachinhalte hinausgehen.

Durch das Zusammen-Spielen und Aufeinander-Hören, das genaue Betrachten und die konzentrierte, kreative Arbeit werden Kompetenzen erworben, die für die persönliche Entwicklung junger Menschen und ihren Werdegang von hoher Bedeutung sind. Genau deswegen steht auch die Wertevermittlung im Mittelpunkt all unseres Handelns. Durch den Arbeitskreis Politik, die Aktionsgruppe Courage sowie die fest etablierten Projekte zum Thema Judentum und Islam bekommen die uns anvertrauten jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Wahrnehmung für politische, soziale und religiöse Phänomene zu schärfen. Vor diesem Hintergrund haben wir mit großer Freude von dem Angebot erfahren, das Themenheft der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit künstlerisch mitgestalten zu dürfen.

Nina Irrgang und Sebastian Blusch als Projektverantwortliche

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

„Gemeinsam gegen Judenfeindschaft!“

Nach dem Zweiten Weltkrieg formierten sich – zunächst in Süddeutschland und Berlin – die ersten Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, heute sind es mehr als 80. 1949 folgte die Gründung des Deutschen Koordinierungsrats; ein 70-jähriges Jubiläum, das wir im Oktober 2019 festlich begehen werden.
Damals standen die Menschen unter dem schockierenden Eindruck der Kriegsgeschehnisse, das unfassbare Ausmaß des Grauens in der Shoah kam immer deutlicher ans Tageslicht und führte zu einem entschlossenen, tief empfundenen „Nie wieder!“ Ein für alle Mal sollte das fatale Erbe des Nationalsozialismus mit seinen rassistischen Stereotypen überwunden sein. Leider müssen wir feststellen, dass dem nicht so ist, im Gegenteil: Antisemitisches Denken – und Reden! – scheint gerade wieder in die Mitte unserer Gesellschaft vorzudringen. Immer schamloser werden rote Linien überschritten und judenfeindliche Klischees verbreitet, ob als vermeintlich sachliche Kritik am Staat Israel oder als Schimpfwort auf dem Schulhof. Das gilt fast schon als ‚salonfähig‘ und stößt nur allzu selten auf Widerspruch. Hinzu kommt, dass sich der ‚klassische‘, nie ganz überwundene Antisemitismus in jüngerer Zeit mit einem ‚importierten‘ verbindet, der sich auf den Islam beruft, und den Antisemitismus fundamentalistisch reduziert und nationalistisch auflädt.

„Mensch, wo bist du?“

Hier sind wir gefragt, hier ist wache, kritische Präsenz notwendig. Das Jahresthema weist biblisch in zwei Richtungen: Zum einen auf Johannes 19,5 - „Ecce Homo - …!“. Zum anderen ruft Gott den Menschen: „Adam, wo bist du?“ (Gen. 3.9), doch der duckt sich weg, versteckt sich vor der Verantwortung. Stattdessen verweist er auf Eva, und die wiederum auf die Schlange.
Das vorliegende Heft versucht, das schwierige Thema in seinen vielfältigen Erscheinungsformen historisch, juristisch und gesellschaftspolitisch auszuleuchten. Zusätzlich finden alle, die an den unterschiedlichsten Stellen in der täglichen Praxis stehen, Bausteine zu seiner thematischen Erschließung: Unterrichtsentwürfe, Projektideen, Präsentationen. Junge Vikar*innen des Loccumer Predigerseminars haben für uns theologische Zugänge für Predigt, Andacht und Schule erarbeitet.
Wir danken allen Autor*innen und wünschen Ihnen, liebe Leser*innen, eine informative, fruchtbare Lektüre!

Ihr Redaktionsteam
Gerda E.H. Koch, Dr. Bettina Kratz-Ritter, Rien van der Vegt, Rudolf W. Sirsch

Die Redaktion ist stets bemüht, keine Urheberrechte von Dritten zu verletzen. In der Regel besitzen wir daher bei jedem abgedruckten Text die Genehmigung des Copyright-Inhabers. In seltenen Fällen jedoch waren die Rechteinhaber nicht ermittelbar bzw. sind unbekannt. Sollte dies daher unwillentlich zu einer Rechtsverletzung geführt haben, bitten wir um eine entsprechende Nachricht mit nachvollziehbarem kurzen Hinweis auf die tatsächlichen Urheberrechte.

INHALT

4 EDITORIAL

BLICKPUNKT Theologie und Philosophie

6 **Elie Wiesel:** Wenn ihr nicht wißt, ob euer Tun richtig ist
7 **Reinhard Kardinal Marx:** „Mensch, wo bist Du?" – Theologische Gedanken zum Jahresthema
Christoph Münz: Damit Gott sehe, dass wir Christen sind. Über die Geburt des Antisemitismus aus dem Geist des Christentums ▶ ONLINE
10 **Marten Marquardt:** Judenfeindschaft in der christlichen Kunst am Beispiel der Kölner Judensau
14 **Oskar Gottlieb Blarr:** Die Jesus-Passion – Eine Passionsgeschichte ohne Antisemitismus
17 **Friedhelm Pieper:** Protestantische Irritationen – Kontroversen um Notger Slenczka und Ulrich Duchrow
20 **Andreas Nachama:** Ist der Islam antijüdisch? Gehört der Antisemitismus zum Islam?
23 **Michael Rubinstein:** Ohne mit und aber – Jüdisch sein im heutigen Deutschland

BLICKPUNKT Gesellschaft und Politik

26 Dein Christus ein Jude
27 **Katharina von Schnurbein:** Antisemitismus in Europa
29 **Felix Klein:** Antisemitismus hat nie aufgehört zu existieren
30 **Stephan J. Kramer:** „Mensch, wo bist Du?" Gemeinsam gegen Judenfeindschaft aus Sicht des Verfassungsschutzes
34 **Falk Schnabel:** Antisemitische Straftaten
36 **Sergey Lagodinsky:** Denk- und Sprechverbote in Deutschland?
39 **Georg M. Hafner:** Das Kreuz mit der Israelkritik
41 **Romani Rose:** Antiziganismus genauso ächten

BLICKPUNKT Bildung und Erziehung

44 **Martin Niemöller:** Als die Nazis die Kommunisten holten
45 **Mio Proepper:** Das Netzwerk für Demokratie und Courage
49 **Dervis Hizarci:** Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus
52 **Uli Ehrl u. Sebastian Blusch:** Zur bildnerischen Umsetzung des Jahresthemas
53 **Jonathan Sacks:** Das mutierende Virus: Antisemitismus v erstehen

BLICKPUNKT Israel

55 **Hilde Domin:** Bitte
Charlotte Knobloch: 70. Geburtstag des Staates Israel ▶ ONLINE
56 **Johannes Wachowski:** Pastor-sein nach Jerusalem
59 **Hermann Böckmann:** 40 Jahre Städtepartnerschaft Akko – Recklinghausen
61 **Ulrike Schneider-Müller:** 20 Jahre Lehrerfortbildung „Erziehung nach Auschwitz"
63 **Nir Lasri:** Ein jüdischer Israeli in Deutschland

65 **Ruth Ceslanski:** Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Franken

BLICKPUNKT Schule und Gemeinde

Das Jahresthema in Schule und Gemeinde ▶ BEILAGE

Die mit ▶ ONLINE gekennzeichneten Beiträge können in der „Mediathek" auf der Homepage des DKR unter www.deutscher-koordinierungsrat.de abgerufen werden.

„Wenn Ihr nicht wißt, ob euer Tun richtig ist, dann fragt euch, ob ihr dadurch den Menschen näherkommt. Ist das nicht der Fall, dann wechselt schleunigst die Richtung: denn was euch den Menschen nicht näherbringt, ***entfernt euch von Gott.“***

Elie Wiesel „Worte wie Licht in der Nacht“, Herder 1987
Quelle: „Geschichten gegen die Melancholie, die Weisheit Der Chassidischen Meister“, Herder 1987

TEXT ■ **Reinhard Kardinal Marx**

„MENSCH, wo bist Du?“

THEOLOGISCHE GEDANKEN ZUM JAHRESTHEMA

Das Thema der diesjährigen Woche der Brüderlichkeit „Mensch, wo bist Du – Gemeinsam gegen Judenfeindschaft“ weckt biblische Assoziationen, die uns zu theologischen Fragen von sehr grundsätzlicher Bedeutung führen. Gleich zu Beginn der Bibel, nachdem Adam und Eva von der Frucht des verbotenen Baumes gegessen haben, verstecken sie sich aus Furcht vor Gott. „Aber Gott, der HERR, rief nach dem Menschen und sprach zu ihm: Wo bist Du?“ (Gen 3,9)

Wenn wir das weitere Gespräch verfolgen, stellen wir schnell fest, dass der Mensch sich nicht nur vor Gott versteckt, sondern auch vor der eigenen Verantwortung. Statt offen zuzugeben, das Gebot Gottes übertreten zu haben, schiebt Adam die Schuld auf Eva und diese die Schuld auf die Schlange. Beide sehen sich nicht als moralisch verantwortliche Personen, sondern als Opfer der Verführung durch andere. Sie leugnen zwar nicht, das Gebot Gottes übertreten zu haben, aber den Grund für ihr Handeln suchen sie außerhalb ihrer Verantwortung. Der Ruf Gottes „Mensch, wo bist Du?“ ist ein Ruf in die Verantwortung. Es gehört zu den wesentlichen Einsichten einer biblischen Anthropologie, dass Gott den Menschen als freie und moralisch verantwortliche Person geschaffen hat, der aber versucht ist, sich seiner Verantwortung zu entledigen und damit seine Menschlichkeit gefährdet.

Es ist darum kein Zufall, dass Papst Franziskus bei seinem Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem am 26. Mai 2014 über diesen Bibelvers „Adam, wo bist du?“ sprach.[1] In dieser kurzen Meditation, die es sich lohnt in Ruhe nachzulesen, denkt er über jene Frage nach, die der Theologe Johann Baptist Metz als Anthropodizee bezeichnet hat. In Auschwitz wurde nicht nur der Glaube an die Gerechtigkeit und Barmherzigkeit Gottes, sondern ebenso sehr der Glaube an den Menschen als einer moralisch handelnden Person erschüttert. Die Shoah ist die schärfste Herausforderung für jeden Humanismus.

Schaut man sich die Filmdokumente über den Nürnberger Prozess, den Ausschwitz-Prozess oder andere NS-Prozesse an, so fällt auf, dass nahezu alle Angeklagten selbst angesichts erdrückender Beweislast auf nicht schuldig plädierten oder Befehlsnotstand für sich reklamierten und sich wie Adolf Eichmann als vermeintlich unscheinbare Beamte darstellten, die ausführen mussten, was andere entschieden hatten. Es ist wie ein Echo auf die Frage Gottes „Mensch, wo bist Du?“ und die ausweichende Antwort Adams, der jede Verantwortung von sich weist und sich als Opfer der Verführung durch andere darstellt.

Vor diesen Hintergrund muss auch die Bedeutung der Erinnerungskultur verstanden werden, die in den vergangenen Jahren von einigen lautstark in Zweifel gezogen und bisweilen sogar lächerlich gemacht wurde. Die Erinnerung an die Shoah ist zunächst Totengedenken; sie reißt die Einzelnen aus der Anonymität der industriell durchgeführten Vernichtung und bewahrt ihre Namen vor dem Vergessen. Sie hat aber auch einen pädagogischen Sinn. Es geht darum, die sozialen und politischen Mechanismen zu verstehen, die von der Verbreitung von Vorurteilen und Ressentiments gegen Juden über soziale Ausgrenzung und rechtliche Diskriminierung zur Verfolgung und Ermordung führten. Die Erinnerung an den NS-Terror zeigt, wie grundlegend und unverzichtbar die Achtung vor der Würde des Menschen und der Grundrechte für ein humanes Zusammenleben sind. Deshalb ist die Bedeutung der Erinnerungskultur auch unabhängig davon, ob die eigenen Vorfahren in Deutschland gelebt haben oder ob sie in den vergangenen Jahrzehnten aus anderen Ländern eingewandert sind. Erinnerungskultur ist Gewissensbildung.

Gottlob ist der NS-Terror Vergangenheit und leben wir in Westdeutschland seit 70 Jahren und in Ostdeutschland seit 30 Jahren in einem demokratischen Rechtsstaat, der sich in Zeiten der Prüfung bewährt und gefestigt hat. Erstmals in der deutschen Geschichte ist es gelungen, eine Staats- und Gesellschaftsordnung zu errichten und weiterzuentwickeln, die auf der Achtung der Menschenwürde und der Garantie der Grundrechte beruht. Im Unterschied zur Weimarer Republik wird die Bundesrepublik von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und bestimmt das politische Ethos der Demokratie auch den Alltag der Bürgerinnen und Bürger.

Umso erschreckender ist es, dass in den vergangenen Jahren öffentliche Äußerungen und Taten von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus spürbar zugenommen haben und eine lautstarke und aggressive Minderheit den demokratischen Konsens in Frage stellt. Man mag darüber streiten, ob es eine Zunahme von Antisemitismus gibt oder der ohnehin vorhandene und in den vergangenen 70 Jahren nie verschwundene Antisemitismus nur offener und hemmungsloser geäußert wird. Die Kriminalstatistik aber zeigt deutlich, dass die Zahl antisemitisch motivierter Straftaten gestiegen ist. Leider finden wir antisemitische Vorurteile und Ressentiments auch bei manchen Christen. Die Ergebnisse der Studie Being Christian in Western Europe, die im vergangenen Jahr das renommierte Pew Research Center in Washington D.C. veröffentlicht hat,[2] werfen ernste Fragen auf, auch wenn es nur eine Minderheit der Christen ist, die antijüdische Einstellungen teilt.

Antisemitismus ist kein jüdisches Problem, sondern eine Herausforderung für unsere ganze Gesellschaft. Wie jede Stigmatisierung von Menschengruppen ist Judenfeindschaft ein Angriff auf die normativen Grundlagen unseres Zusammenlebens, auf die Würde und Rechte von Menschen. Deshalb ist der Kampf gegen Antisemitismus auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht hier nicht nur um die Verfolgung von Straftaten. Viele judenfeindliche Äußerungen und Taten sind strafrechtlich nicht relevant, verletzen aber trotzdem die Menschenwürde und zerstören das soziale Vertrauen. Aus christlicher Sicht ist es völlig klar, dass jede Form des Antisemitismus eindeutig zu verurteilen ist. Um es mit den Worten von Papst Franziskus zu sagen: „Ein Christ kann kein Antisemit sein."[3] Nun ist es leicht, Antisemitismus zu verurteilen, aber ungleich schwerer, ihn effektiv zu bekämpfen.

Einen interessanten Hinweis gibt uns hierzu das Buch Exodus. Direkt im ersten Kapitel wird erzählt, wie die beiden Hebammen Schifra und Pua den Befehl des Pharao, die männlichen Neugeborenen der Israeliten sterben zu lassen, missachten und, als der Pharao sie zur Rechenschaft zieht, antworten, dass die hebräischen Frauen (angeblich) ohne Hilfe von Hebammen gebären (vgl. Ex 1,15-21). Man kann diese Geschichte als das früheste Zeugnis zivilen Ungehorsams deuten. Denn Schifra und Pua verweigern den Gehorsam nicht um des persönlichen Vorteils willen, sondern aus moralischen Gründen („Gottesfurcht") und ohne dabei Gewalt anzuwenden. Im Grunde aber tun sie nichts anderes als das, was zu den Aufgaben einer Hebamme gehört, nämlich Frauen während der Schwangerschaft und bei der Geburt zu unterstützen und das Leben und die Gesundheit der Neugeborenen zu schützen. Sie üben ihren zivilen Ungehorsam auf recht unspektakuläre, aber sehr effektive Weise im Berufsleben aus und greifen gegenüber dem Pharao beherzt zu einer Notlüge, um negative Folgen für sich selbst abzuwenden. Schifra und Pua stehen nicht für einen opferbereiten Heroismus, sondern für verantwortungsbewusstes Handeln im Alltag. Genau darum geht es auch im Kampf gegen Antisemitismus.

Wir müssen heute nicht mehr der Macht des Pharao widerstehen, sondern der Macht der Vorurteile und Ressentiments, der Hassreden und „alternativen Fakten". Es ist gut, dass die Bundesregierung und eine Reihe von Landesregierungen Antisemitismus-Beauftragte ernannt haben. Doch der Kampf gegen Antisemitismus findet vor allem im Alltag statt, auf Schulhöfen und an Stammtischen, in den sozialen Netzwerken und auf Internetseiten, in U-Bahnen und auf Straßen. Wenn das Wort „Jude" auf Schulhöfen zum Schimpfwort wird oder jüdische Schülerinnen und Schüler gemobbt werden, ist es Aufgabe der Lehrer und der Schulleitungen, entsprechende pädagogische und, wenn notwendig, auch disziplinarische Maßnahmen zu ergreifen. Schüler vor verbalen oder tätlichen Angriffen zu schützen, gehört genauso zum Auftrag der Schule wie die Aufklärung über Vorurteile und die Erziehung zu einem von gegenseitigem Respekt bestimmten Umgang miteinander. Ebenso ist es eine menschliche Pflicht, judenfeindliche Sprüche und Bemerkungen nicht mit Schweigen zu übergehen, sondern ihnen zu widersprechen. Das ist manchmal nicht ganz leicht, vor allem wenn man der einzige ist, der widerspricht. Aber die Erfahrung lehrt, dass der erste, der Widerspruch äußert, auch andere zum Widerspruch ermutigt. Was zunächst als allgemein akzeptierte Meinung erschien, wird dann schnell als Vorurteil entlarvt, das keineswegs alle teilen.

Vielleicht ist es kein Zufall, dass Schifra und Pua in der biblischen Erzählung gemeinsam vor dem Pharao stehen und gemeinsam handeln. Zivilcourage und der Widerstand gegen Vorurteile und Ressentiments brauchen eine soziale Verankerung. Der Einzelne braucht die Unterstützung durch andere. Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit stellen ein solches Unterstützungssystem dar. Sie sind eine wichtige Bürgerinitiative gegen Judenfeindschaft.

Eine dritte biblische Assoziation führt uns in das Zentrum des christlich-jüdischen Verhältnisses. „Bin ich der Hüter meines Bruders?" (Gen 4,9) So antwortet Kain, nachdem er seinen Bruder Abel ermordet hat, auf die Frage Gottes, wo dieser sei. Diese Geschichte von Abel und Kain ist zutiefst verstörend, denn es ist der erste in der Bibel geschilderte religiöse Akt, ein Opfer, der zum Brudermord führt. Genauer muss man sagen, dass die Konkurrenz um die Zuwendung und Liebe Gottes zum Brudermord führt. Brüderlichkeit ist ein sehr ambivalentes Verhältnis. Gerne stimmen wir in den Lobpreis des Psalmisten ein: „Siehe, wie gut und wie schön ist es, wenn Brüder miteinander in Eintracht wohnen." (Ps 133,1) Doch das Buch Genesis ist voll von Geschwisterrivalitäten: Abel und Kain, Isaak und Ismael, Rachel und Leah, Jakob und Esau, Joseph und seine Brüder. Im Kern entzünden sich diese Rivalitäten an der Konkurrenz um den Segen Gottes und um die Frage, wer der legitime Erbe der Verheißung Gottes ist. Bei einer oberflächlichen Lektüre könnte man den Eindruck gewinnen, dass der eine erwählt und der andere verworfen wird, wie es auch der Prophet Maleachi nahelegt: „Ist nicht Esau Jakobs Bruder? – Spruch des Herrn – und doch gewann ich Jakob lieb, Esau aber hasste ich." (Mal 1,2f) Diese Geschwisterrivalität, vor allem das Verhältnis von Jakob und Esau, diente in späteren Zeiten als Typologie, um das Verhältnis von Christen und Juden zu beschreiben. Ohne die Entwicklung dieser Typologie hier in differenzierter Weise nachzeichnen zu können, kann man doch sagen: Die Christen sahen sich als Nachfahren und Erben Jakobs und die Juden entsprechend als die Nachfahren Esaus. Sie sahen sich als die von Gott Erwählten und die Juden als die von Gott Verworfenen. In Reaktion auf diese christliche Deutung des Bruderzwistes entwickelte sich in der jüdischen Tradition die Tendenz, das Christentum mit Esau zu identifizieren. Während die jüdische Deutung für die christliche Mehrheit in Europa keine praktischen Konsequenzen hatte, war die christliche Deutung Teil jener „Lehre der Verachtung" (Jules Isaac),[4] die zu Diskriminierung, Ghettoisierung und Verfolgung der jüdischen Minderheit führte.

Doch ist die Logik von Erwählung und Verwerfung wirklich biblisch begründet? Unterzieht man die Texte im Buch Genesis einer genaueren Analyse, wie es der ehemalige britische Oberrabbiner Jonathan Sacks getan hat,[5] so stellt man im Gegenteil fest, dass die Erwählung des einen keineswegs die Verwerfung des anderen bedeutet. Gott schützt das Leben Kains (vgl. Gen 4,15). Er rettet Hagar und Ismael vor dem Verdursten in der Wüste und macht den Jungen zum Stammvater eines großen Volkes (vgl. Gen 21,17-21). Gottes Liebe gilt nicht nur Rachel, sondern ebenso Leah (vgl. Gen 29,31). Er macht Esau zu einem reichen Mann und seine Nachkommen zu großen Königen (vgl. Gen 36). Isaak und Ismael begraben gemeinsam ihren Vater Abraham (vgl. Gen 25,9). Ebenso stehen Jakob und Esau gemeinsam am Grab ihres Vaters Isaak (vgl. Gen 35,29). Das Buch Genesis endet schließlich mit einer beeindruckenden Szene, in der Joseph und seine Brüder sich versöhnen (vgl. Gen 50,15-21).

Gott erwählt, aber er verwirft nicht. Diese theologische Einsicht bestimmt auch das Verhältnis der Kirche zum Judentum, wie es im 4. Kapitel der Konzilserklärung Nostra aetate formuliert ist: „Gewiss ist die Kirche das neue Volk Gottes, trotzdem darf man die Juden nicht als von Gott verworfen oder verflucht darstellen, als wäre dies aus der Heiligen Schrift zu folgern." Denn auch wenn der große Teil der Juden das Evangelium nicht angenommen habe, „sind die Juden nach dem Zeugnis der Apostel immer noch von Gott geliebt um der Väter willen; sind doch seine Gnadengaben und seine Berufung unwiderruflich (vgl. Röm 11,28-29)". Die Liebe und Treue Gottes zu Israel hat Papst Johannes Paul II. auf die Formel des „nie gekündigten (oder nie widerrufenen) Bundes" gebracht, die auch Eingang in den Katechismus der Katholischen Kirche (Nr. 121) gefunden hat. Papst Franziskus hat diese etwas abstrakte Formel in seinem Apostolischen Schreiben Evangelii gaudium (2013) konkretisiert: „Gott wirkt weiterhin im Volk des Alten Bundes und lässt einen Weisheitsschatz entstehen, der aus der Begegnung mit dem göttlichen Wort entspringt." (Nr. 249) Deshalb schlägt der Papst weiter vor, gemeinsam die Texte der hebräischen Bibel zu lesen, um „die Reichtümer des Wortes Gottes zu ergründen".

Heute hat der Begriff der Brüderlichkeit in den christlich-jüdischen Beziehungen seine Ambivalenz weitgehend verloren. Seit Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch der römischen Synagoge 1986 von den Juden als den „älteren Brüdern" gesprochen hat, hat dieser Ausdruck einen festen Platz in der kirchlichen Verkündigung. Auch Papst Franziskus hat bei

seinem Besuch der römischen Synagoge 2016 die Gemeindemitglieder als „unsere älteren Brüder und unsere älteren Schwestern im Glauben" angesprochen und hinzugefügt: „Von Feinden und Fremden sind wir zu Freunden und Brüdern geworden."[6] Es ist sicher kein Zufall, dass dieser Satz des Papstes in der gemeinsamen Erklärung der Europäischen Rabbinerkonferenz, des Rabbinical Council of America und des Israelischen Oberrabbinats Zwischen Jerusalem und Rom (2017) zitiert wird. Diese erste offizielle Erklärung führender rabbinischer Vereinigungen stellt in sehr differenzierter Weise die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Judentum und Christentum dar und fährt dann fort: „Trotz der unüberbrückbaren theologischen Differenzen betrachten wir Juden die Katholiken als unsere Partner, enge Verbündete und Brüder bei unserer gemeinsamen Suche nach einer besseren Welt, in der Friede, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit herrschen mögen."[7] Die von einer Gruppe orthodoxer Rabbiner verfasste Erklärung „Den Willen unseres Vaters im Himmel tun" (2015) nimmt sogar ausdrücklich Bezug auf die Typologie von Jakob und Esau und zitiert Rabbiner Naftali Zwi Berliner (1816 – 1893) mit den Worten: „Wenn die Kinder von Esau zukünftig vom reinen Geist der Anerkennung des Volkes Israel und dessen Tugenden veranlasst werden, werden auch wir Esau als unseren Bruder anerkennen."[8] In diesen christlichen und jüdischen Erklärungen scheint ein Verständnis von Brüderlichkeit auf, das eine enge theologische Verbundenheit meint, die Differenzen nicht ausschließt, sondern zum Anlass nimmt, das Gespräch fortzusetzen.

Brüderlichkeit muss aber auch Konsequenzen für das Handeln haben. Das Wohl des jüdischen Volkes kann uns Christen niemals gleichgültig sein. Immer dann, wenn Juden verbal oder tätlich angegriffen werden, judenfeindliche Vorurteile verbreitet und antijüdische Ressentiments gepflegt werden, haben wir die Pflicht, uns an die Seite Israels zu stellen, um gemeinsam gegen jede Form des Antisemitismus zu kämpfen. Die beiden Kirchen sind in Deutschland stark im Bildungsbereich engagiert. Ich wünsche mir, dass im Religionsunterricht, in kirchlichen Schulen, in der Erwachsenenbildung oder auch in unseren Gemeinden mehr noch als bislang über Judenfeindlichkeit aufgeklärt und auch die kirchliche Lehre zum christlich-jüdischen Verhältnis noch besser kommuniziert werden. Die Frage Gottes: „Mensch, wo bist Du?" ist der Aufruf, uns unserer Verantwortung für den anderen bewusst zu werden. Denn, ja, wir sind unseres Bruders Hüter. ■

ANMERKUNGEN ▼

1 In: Apostolische Reise Seiner Heiligkeit Papst Franziskus ins Heilige Land. Predigten, Ansprachen und Grußworte, hg. v. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls Nr. 197), Bonn 2014, 54-55.

2 Vgl. Pew Research Center, Being Christian in Western Europe, Washington D.C. 2018, 64f. (http://www.pewforum.org/wp-content/uploads/sites/7/2018/05/Being-Christian-in-Western-Europe-FOR-WEB1.pdf)

3 Ansprache von Papst Franziskus an die Delegation der Jüdischen Gemeinde Roms am 11. Oktober 2013. (https://w2.vatican.va/content/francesco/de/speeches/2013/october/documents/papa-francesco_20131011_comunita-ebraica-roma.html)

4 Jules Isaac, L'enseignement du mépris (1962), Paris 2004.

5 Vgl. Jonathan Sacks, Not in God's Name. Confronting Religious Violence, London 2015, 107-173.

6 Vgl. L'Osservatore Romano vom 22.01.2016.

7 Zwischen Jerusalem und Rom, hg. vom Rabbinat der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Wien 2017, 12.

8 In: J. Ahrens u.a. (Hg.), Hin zu einer Partnerschaft zwischen Juden und Christen. Die Erklärung orthodoxer Rabbiner zum Christentum, Berlin 2017, 253 – 256, hier 255 (Nr. 4).

Reinhard Kardinal Marx, *geb.1953 in Geseke/Westfalen, Studium der Theologie und Philosophie in Paderborn, Paris, Münster und Bochum, Professor für Christliche Gesellschaftslehre in Paderborn, 2002-08 Bischof von Trier, seit 2008 Erzbischof von München und Freising, seit 2014 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz*

Judenfeindschaft in der christlichen Kunst am Beispiel der *Kölner Judensau*

TEXT ■ **Marten Marquardt**

Kunst und kirchliches Bekenntnis

Kunst im kirchlichen Raum entsteht u. a. im Kontext des christlichen Bekenntnisses. Das Apostolikum, eines der zentralen Bekenntnisse der Kirchen, weist eine geradezu demonstrative Israelverdrängung auf. Der erste Artikel spricht von Gott, dem Schöpfer des Himmels und der Erde, bezieht sich also auf die ersten drei Kapitel der Bibel, um sich dann mit einem unermesslichen Sprung über die Geschichte Israels hinwegzusetzen und direkt mit dem zweiten Artikel von Jesus Christus zu sprechen. Weder Abraham noch Mose, weder Exodus noch Sinai, weder Erwählung noch Bund, noch Gerechtigkeit, weder David noch Zion, noch Prophetie werden auch nur assoziiert in diesem Bekenntnis der Kirche. Es ist, als ginge das alles die Christenheit nichts an. Und so muss es nicht wundern, wenn diese klaffende Gedächtniswunde sich in mancher Ausformung kirchlicher Kunst wiederfindet.

Wo sich diese Verdrängung nach der Schoah unverändert fortsetzt, da muss man heute allerdings ausdrücklich auf den Zusammenhang von Verdrängung und Vernichtung hinweisen. Ich nehme stellvertretend für viele hier nur das Beispiel der Kölner Lutherkirche, die Anfang der sechziger Jahre erbaut wurde. Das etwa zehn Meter hohe Glasfenster hinter dem Altar, also das alles bestimmende Bild für die frontal darauf ausgerichtete Gemeinde, spielt nur auf die Schöpfung und dann auf ausschließlich neutestamentliche Themen an; es spiegelt, damit getreu dem traditionell verstandenen Apostolikum, die Israelverdrängung aus dem christlichen Weltbild wider.

Wo in solchen Fällen das Pendel der Verdrängung in die Keule der Feindschaft umschlägt, wird von dem Gottesdienst abhängen, der unter solchem Fenster gefeiert wird. Der evangelische Gottesdienst dürfte hier m. E. nur in kritischer Auseinandersetzung mit solch verdrängungsfreundlicher Kunst und mit der ihr vorausgehenden Credo-Geschichte evangeliumsgemäß sein.

Die allmähliche Verdunkelung der Bilder

Die traditionellen Bilder von Kirche und Synagoge in unseren Kirchen haben einen bemerkenswerten Wandel durchgemacht. Anfangs waren beide als Frauen königlichen Geschlechts dargestellt. Auch die Synagoge trug eine Krone. Das Bild wandelte sich im Laufe der Jahrhunderte. Synagoge wurde immer ärmlicher gekleidet, manchmal bis zur Nacktheit entblößt; sie verlor schließlich ihre Krone und blieb in der klassischen Darstellung des Straßburger Münsters dann mit geknicktem Stab und verbundenen Augen als Bild der Verliererin zurück. Die einschneidende Veränderung im Bild der Synagoge hängt zeitlich offenbar mit Ideologie und Erfahrung des ersten Kreuzzugs zusammen.

Parallel zu dieser ästhetischen Parallele zum „enseignement du mépris“ (Jules Isaac) entwickelt sich eine Darstellungstradition, die Kirche und Synagoge als Kampfpartnerinnen

auf einem Turnierplatz zeigt. Da begegnen sich beide auf ungleichen Reittieren. Die Kirche reitet z. B. am Südportal des Wormser Doms auf dem „Tetramorph", dem aus Hesekiel 1,5ff und Offenbarung 4,6f komponierten Bild eines höchsten himmlischen Wesens, das in sich die Tugend verkörpert. Die Synagoge dagegen erscheint anderswo auf einem niederbrechenden bockskköpfigen Esel. Und diese ungleichen Reittiere werden dann im Chorgestühl des Erfurter Doms zu dem edlen Pferd für die Kirche, während die Synagoge dort auf einem Schwein reitend zum Turnier erscheint.
Hier ist nun im 14. Jahrhundert eine ikonographische Assoziation erreicht, die ihre verhängnisvolle Parallele im Bild der Judensau gefunden hat.
Für Juden gilt nach 1. Makk. 1,50 der Genuss von Schweinefleisch als Götzendienst. Dass christliche Kunst des Mittelalters ab dem 13. Jahrhundert zunehmend Juden mit Schweinen assoziiert, ist darum eine besonders perfide Art von antijüdischer Propaganda, weil so Juden in die Nähe des Götzendienstes gestellt oder auch direkt als Vertreter einer besonders unflätigen Art von Götzendienst dargestellt werden.

Die Kopfgeburt der Judensau

Das Schwein hat in griechischen, römischen und keltischen Kulten einen Ehrenplatz. Als „goldborstiger Eber" vertritt es im indogermanischen Kontext die Sonne. In biblischer Tradition aber gilt das Schwein als unrein, zerstörerisch und teuflisch (Lev 11,7; Dt 14,3; 8; Mt 7,6; Mt 8,30). Die bösartigen (Mt 8,28) Dämonen des besessenen Gadareners haben eine innere Nähe zu den Schweinen und bitten Jesus, in die Schweineherde ausfahren zu dürfen (Mt 8,31).
Dass christliche Kunst des Mittelalters ab dem 13. Jahrhundert zunehmend Juden mit Schweinen assoziiert, ist darum eine besonders perfide Art von antijüdischer Propaganda. Diese Art von Antisemitismus in der christlichen Kunst ist offenbar auf den deutschsprachigen Raum und einige wenige von Deutschland beeinflusste Orte in den Nachbarländern beschränkt.
Wir finden die Judensau besonders häufig an oder in Kirchen aus Holz geschnitzt oder in Stein gehauen. Sie kommt aber auch als Relief und Skulptur an Schlössern und bürgerlichen Häusern vor. Daneben ist sie natürlich in gedruckten Darstellungen auf Flugblättern, auf Spottbildern und in Büchern zu sehen. Im 16. Jahrhundert werden die sog. Judenspottmedaillen verbreitet, auf denen auch die Judensau zu finden ist.
Diese diffamierende Darstellung dient zunächst unterschiedlichen Zielen. Das Schwein ist immer wieder auch Symbol des Luxus und der Üppigkeit. So dient z. B. die Assoziation von Schwein und Mönch in manchen mittelalterlichen Darstellungen für die christliche Gemeinde als Warnung vor den Lastern der Üppigkeit und des Luxus. Und dabei können neben Mönchen und Pfaffen dann eben auch Juden mit dem Schwein assoziiert werden, um die Christen vor Lasterhaftigkeit zu warnen.
Aber nun ist doch festzustellen, dass allein in der Zusammenstellung mit Juden ein verheerend fortwirkender Begriff entstanden ist. Von einer Mönchssau oder einer Pfaffensau ist sprichwörtlich nirgendwo die Rede. Aber die Judensau ist zum Inbegriff der wuchernden christlichen Judenfeindschaft in Deutschland geworden. Und damit hat die seit den Kreuzzügen so intensivierte und konzentrierte Feindschaft der Christen gegen die Juden ihren bildlichen Nenner gefunden. Und nach einem Wort von Paul Klee gilt: ***„Bilder zeigen nicht das Sichtbare, sondern machen sichtbar".*** Die Judensau macht die verheerende und alles verwüstende Krankheit sichtbar, die inmitten des Christentums entstanden und bis heute nicht völlig überwunden ist: den christlichen Antisemitismus.

Das Unerträgliche an der Judensau

Shachar weist auf eine Darstellung der Judensau vom Ende des 16. Jahrhunderts hin. Sie zeigt eine jüdische Mutter, die statt zweier Kinder zwei Ferkel gebiert. Zwar gibt es solche Bildpolemiken auch gegenüber anderen Menschen, aber die Wirkungsgeschichte im Fall der antijüdischen Bildsprache ist eine besondere. Hier ist der Schritt von der Assoziation zur Identifikation bereits vollzogen. Die Jüdin wird zum Tier, wenn sie selber Tiere gebiert. Und hier ist der Weg vorgezeichnet von der Judensau des Mittelalters zum Jargon der Nazis, in deren Mund der Begriff „Saujud" schließlich zum Todesurteil geworden ist.
Mit der Judensau steht neben der Glaubwürdigkeit der kirchlichen Umkehr von 2000-jähriger Judenfeindschaft auch unser Kunstbegriff insgesamt auf dem Prüfstand.
Noch nicht ganz so weit, aber bereits erschreckend nahe zu dieser Entwicklung steht nun Luthers Instrumentalisierung der Judensau, die er am Dachfirst seiner Wittenberger Stadtkirche vorfand. Er interpretiert diese steinerne Judensau in seiner antisemitischen Schrift „Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi" (1543). Dabei interpretiert er das Bild, in dem ein Jude einer Sau in den After schaut, so: „Hinter der Sau steht der Rabbiner, der hebt der Sau das rechte Bein empor, und mit seiner linken Hand zieht er den Schwanz hoch, bückt sich und guckt mit großer Ausdauer der Sau unter den Schwanz in den Talmud hinein... Von dort her haben sie bestimmt ihren Schem Hamphoras..."
Für Luther dient die Judensau der Diffamierung nicht nur der zentralen religiösen Texte des rabbinischen Judentums, als „Schweinkram", sondern sogar der Lästerung des Gottesnamens und damit des Herzstücks der auch für Christen zentralen sog. Zehn Gebote. Denn der Schem hamephorasch ist der unaussprechbare Name Gottes. Und Luther zieht hier Gottes Namen in den Kot.
So erweist sich nun die Krankhaftigkeit des Judensaukonstrukts endgültig auch als selbstzerstörerisch. Denn Luthers Attacke gegen den biblischen Gottesnamen greift in der Konsequenz zugleich mit den Juden das Zentrum unseres eigenen Glaubens an.
Der Fortgang der Geschichte bringt an den Tag, wie mörderisch die Judensau für die Juden in Europa gewirkt hat; der lutherische Angriff auf den Schem hamephorasch deutet an, in welchem Maße sich mit diesem Bild und seiner Geschichte nun auch die Selbstzerstörung des christlichen Glaubens vorbereitet. Die Vernichtung eines großen Teils des europäischen Judentums, die Schoah, ist eben in theologischer Hinsicht die Katastrophe des Christentums, ein Ausdruck der Vernichtung unseres Glaubens.

Wie umgehen mit dem Unerträglichen?

Heute gibt es noch Dutzende solcher Schandbilder in und an christlichen Kirchen. Der ehemalige Superintendent von Wittenberg, Albrecht Steinwachs, hat noch zu DDR-Zeiten unterhalb der Judensau in Wittenberg eine Texttafel anbringen lassen, in der die Kirche sich deutlich zu der Schande dieses Bildes bekennt und sich damit gegen die eigene Geschichte der Judenfeindschaft wendet.
Aber: ist das wirklich eine Lösung für alle Fälle im Umgang mit diesem problematischen Erbe christlicher Kunst? Sollten wir nun überall Erklärungen und „Gebrauchsanweisungen" zum Verständnis dieser Art von „Kunst" in unseren Kirche anbringen? Was für ein Kunstverständnis tritt dabei zu Tage? Und ist nicht solcherweise Pädagogisierung der Kunst gleichermaßen verächtlich für die Kunst wie für die Reife der mündigen Kirchenbesucher?
An anderen Orten ist die Judensau indes nach wie vor unkommentiert und ohne sichtbare Distanz ein Teil der kirchlichen Ausstattung. Angesichts der tödlichen Konsequenzen, die unter anderem durch die Judensau versinnbildlicht werden, ist dann allerdings umgekehrt die Frage, wie unsere Kirchen künftig mit solcher Kunst umgehen wollen. Denn auch umgekehrt ist ja zu fragen: Geht es an, diese Schande des Christentums in Deutschland und die so tödlich wirkende Diffamierung der Juden insgesamt ungehindert fortwirken zu lassen, indem man diese Bilder schützt, bewahrt und ggf. für teures Geld restauriert? Denn wenn man diesen Reliefs und Skulpturen den Status der Kunst einräumt und sich deshalb gegen ihre Demontage wehrt, dann muss man sie konsequenterweise auch schützen, pflegen, erhalten und - wo immer nötig - mit großem Aufwand auch restaurieren. Wo man das verweigern wollte, wäre die Fadenscheinigkeit des Kunstarguments zu offensichtlich!
Mit der Judensau steht neben der Glaubwürdigkeit der kirchlichen Umkehr von 2000jähriger Judenfeindschaft auch unser Kunstbegriff insgesamt auf dem Prüfstand.

Die erneuerte Auseinandersetzung um die Kölner Judensau

Bereits 1998 hatten die Initiatoren der sog. Kölner Klagemauer mit einem Hinweis auf die Judensau im Dom reagiert und gefragt, wieso das Domkapitel die Klagemauer als international beachtetes Friedensdenkmal in einer Oktobernacht 1996 abreißen ließ, weil es sich nicht mit der Würde des Doms vertrüge, während die Judensau im Dominneren anscheinend der Würde des Ortes keinen Abbruch tue. Diese m. W. erste öffentliche Anfrage hat m. W. bis heute keine öffentliche Antwort erfahren.

Zur Eröffnung einer Tagung der Melanchthon-Akademie zum Thema „Gewalt im Kopf" am 21.6.2002 hat der Münchner Aktionskünstler Wolfram Kastner die Judensau im Kölner Dom zum zweiten Mal öffentlich thematisiert als einen Modellfall für die Produktion von Gewaltbildern in unseren Köpfen.

Kastner befasst sich seit langem mit dieser Frage und verlangt von den Kirchen diesbezüglich eine kritische Distanzierung von ihrer eigenen Geschichte. Wo kirchliche Behörden sich dagegen sperren, greift Kastner immer wieder zum Mittel der Veröffentlichung durch Kunstaktion und Provokation. In Zusammenarbeit mit der Kölner Melanchthon-Akademie hat er im vergangenen Jahr das Domkapitel in Köln angeschrieben und auf die Judensau im Chorgestühl des Doms hingewiesen. Er hat seinen Hinweis verknüpft mit der bewusst provozierenden Forderung, „die Kölner Domsau von ihrem öffentlichen Ort zu entfernen...und an ihrem ehemaligen Standort gut sichtbar eine Beschreibung, Kommentare und Zeichen der heutigen Reflektion zu installieren... Solange dieses Diffamierungs- und Ausgrenzungssymbol noch an seiner bisherigen Stelle bleibt, sollte dort aber zumindest ein deutlicher Kommentar gut sichtbar angebracht werden." Darauf hat das Domkapitel mit Empörung reagiert und erklärt, es handele sich hier „um ein überaus wertvolles Kunstwerk, das insgesamt zu schützen und auf keinen Fall zu beschädigen ist". Im Übrigen sei die geschnitzte Judensau im Chorgestühl für die Öffentlichkeit praktisch unsichtbar, was von vorneherein jeden Hinweis und jede Zurückweisung für die Öffentlichkeit überflüssig mache. Außerdem verweist das Domkapitel auf die Steintafel mit dem sog. Judenprivileg, augenscheinlich, um damit die kirchliche Judenfeindschaft zu relativieren. Der Leser soll wohl vermuten, das Judenprivileg des Erzbischofs habe primär zum Ziel gehabt, Juden zu schützen; die für den Erzbischof lukrativen finanziellen Zusammenhänge sollen in diesem Zusammenhang wohl eher übergangen werden.

Die kategorische Ablehnung und Gesprächsverweigerung des Kölner Domkapitels hat zu einer vorab angekündigten Kunstaktion vor dem Dom geführt. Dabei hat der Künstler ein Sandwich-Plakat getragen mit der Aufschrift „Judensau im Kölner Dom". Dazu haben er und zwei Vertreter der Akademie Handzettel verteilt mit Informationen zum Kölner Beispiel und dabei viele Gespräche mit Passantinnen und Passanten geführt. Die drei „Protestanten" erfuhren:

- Erstaunen von den meisten, die noch nie etwas von diesem Schandbild gehört hatten
- Zustimmung von etlichen, vor allem Jüngeren, die gegen dieses Relief mit Abscheu reagierten und von der Domverwaltung eine Erklärung einfordern wollten
- Empörung von vielen, die sich als bekennende Kirchenchristinnen und -christen verschiedener Konfessionen zu erkennen gaben und verschiedentlich mit eigenen Worten erklärten, die Juden sollten „als Gottesmörder lieber mal kleine Brötchen backen und sich nicht so laut beschweren".

Der Haupteingang zum Kölner Dom war am Donnerstagvormittag fest verschlossen. Die Dombaumeisterin gab der Presse zu Protokoll, sie habe mit einer Gruppe von „Berufsdemonstranten" (sic! Schriftlich informiert war sie tatsächlich von der Teilnahme des ev. Pfarrers und Akademieleiters, eines „Berufsprotestanten", wenn man so will) rechnen müssen und darum zum Schutz des Doms die Türen verschließen lassen.

Die Dombaumeisterin verweigerte jeden Dialog vor, während und nach der einstündigen Aktion. In Pressegesprächen bezeichnete sie es als „geschmacklos", ausgerechnet in dieser Zeit (d. h. auf der Höhe der Kampagne von Jürgen W. Möllemann, der im Juni 2002 mit antisemitischen Anspielungen Punkte im Wahlkampf zu machen versuchte) das Thema des Antisemitismus öffentlich zur Sprache zu bringen. Auch noch nach vierzehn Tagen war sie zu einem internen Gespräch zur Sache nicht bereit.

Geschichte und Vergänglichkeit

Das besondere Element der Kölner Judensau ist das direkt anschließende und darum unmittelbar dazugehörige Relief, das einen Juden zeigt, der aus dem Fass eine Sau mit ihren Ferkeln ausschüttet; neben ihm führt ein zweiter Jude einen Jungen an der Hand, dessen Kopf ein Heiligenschein umgibt. Spätere haben zur zusätzlichen Erläuterung in die Randleiste geritzt den Hinweis, dass es sich hier um den Werner von Oberwesel handelt, der als Märtyrer Opfer eines jüdischen Ritualmords geworden sein soll. Die Komposition der beiden Darstellungen beweist nun endgültig den blutigen Ernst und die tödliche Gefahr, die von der Judensau für die Juden ausgegangen sind. Denn Ritualmordvorwürfe waren noch immer der Auftakt zu blutigen Pogromen. Angesichts dieser Wirklichkeit genügt der formale Hinweis auf das „überaus wertvolle Kunstwerk" nun wirklich nicht mehr, um die Frage nach dem Umgang mit dieser Tradition abzuwehren.

Aber auch der Verweis darauf, dass der Normalsterbliche den Chorraum gar nicht betreten dürfe, und darum keine Notwendigkeit zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zu erkennen sei, ist geradezu erstaunlich. Denn dieses Argument unterstellt doch, dass die anderen, die geführten Gruppen und das Dompersonal z.B., an dieser Sache keinen Anstoß nehmen. Was wäre das aber für eine Aussage über die innere Verfassung der Kirche? Und wenn die Antwort lautet, das Dompersonal wisse ja damit umzugehen und geführte Gruppen würden entsprechend bei der Führung unterrichtet, so wäre man natürlich höchst interessiert zu erfahren, wie das Personal damit umgeht und wie geführte Gruppen denn unterrichtet werden. Vielleicht wäre ja aus einer Antwort Entscheidendes zu lernen für die Gesamtthematik.

Zugleich übersieht aber der Hinweis auf die Verborgenheit der Kölner Judensau den wesentlich wichtigeren Aspekt der verborgenen Wirkung von Bildern. Es ist ja nicht das Schnitzwerk, es sind ja nicht die steinernen Skulpturen

und es war noch nie das Papiermaterial eines Buches, das gefährlich wurde, sondern es waren immer die daraus entstandenen inneren Bilder und ideologischen Begriffe, die fortgewirkt haben. Und solche inneren Bilder müssen bearbeitet werden, auch wenn sie nicht nach außen treten. Die Auseinandersetzung aber mit den inneren Bildern, die alle äußeren Bilder unbeachtet ließe, bliebe unglaubwürdig und müsste am Ende kontraproduktiv wirken. Wer also wirklich den christlichen Antisemitismus bekämpfen will, kann im Ernst das Argument der angeblichen Verborgenheit des Schandbilds im Dom nicht benutzen, um nichts zu tun.

Nun zeigen viele Judensaureliefs, die aus Sandstein gehauen und an Außenwänden angebracht sind, bereits starke Korrosionsspuren. An vielen Beispielen ist das Motiv nur noch schemenhaft und darum auch meist nur noch für das geübte Auge der Fachleute erkennbar. Könnte man nicht wenigstens für diese überaus vergänglichen Kunstwerke der Natur, bzw. dem Verkehr als dem Hauptproduzenten des sauren Regens die Bewältigung der Vergangenheit überlassen? - Ich halte auch diesen Verfahrensvorschlag für sehr bedenklich. Verwitterung und Korrosion lösen ja nicht die Bilder auf, die ausgehend von dem einstmals klar erkennbaren Kunstwerk längst in unsere Köpfe und in unsere Erinnerung, in unsere Sprache und in unser kollektives Gedächtnis eingewandert sind. Und nachdem diese Wanderung der Bilder einmal stattgefunden hat, könnte selbst die totale Verhüllung der verwitterten Figuren nichts mehr zurückrufen. Ja, eher ist das Gegenteil zu erwarten. Moderne Künstler wie Jochen Gerz und Christo und Jeanne Claude machen sich ja gerade die Aktivierung der menschlichen Fantasie durch Verhüllungen zu Nutze, indem sie vorsätzlich unsichtbar gemachte Denkmäler errichten oder bereits sichtbare vorsätzlich verhüllen. So ist auch die Vergänglichkeit der Judensau kein Argument dafür, sich die offensive Auseinandersetzung mit diesem Ausdruck perversen Christentums zu ersparen.

Was tun?

Mittlerweile hat ein evangelischer Kirchenvorstand in Nürnberg mit ähnlicher Blockadepolitik reagiert wie die katholischen Autoritäten in Köln und Strafantrag gestellt wegen Sachbeschädigung, weil dort neuerdings ein weißer Pfeil auf das Schandbild der Judensau aufmerksam machen will. Der evangelische Kirchenvorstand will also mit juristischen Mitteln die Forderung nach einer Auseinandersetzung abwehren. Der ökumenische Gleichschritt in dieser Sache ist demnach gewährleistet. Aber was wäre denn die richtige Lösung?

❶ Die erste Antwort muss unzweideutig negativ formuliert werden: Denk-, Aufklärungs- und Gesprächsblockaden sind jedenfalls die falsche Antwort.

❷ Da es sich um öffentliche Bilder überwiegend an öffentlichen Gebäuden handelt, muss eine öffentliche Auseinandersetzung darüber geführt und gefördert werden.

❸ Die Formen der öffentlichen Auseinandersetzung können und sollen sehr unterschiedlich sein und den örtlichen Umständen entsprechen.

❹ Von Texttafeln, wie in Wittenberg, über entsprechende Texte in den touristischen Führern und Faltblättern, über korrespondierende und zur Auseinandersetzung provozierende Kunstwerke, wie in der Kölner Antoniterkirche vor dem Barlachengel, über regelmäßige Bildungs- und Diskussionsforen in Kirchen und entsprechenden Einrichtungen (Kölner Dom Forum), über korrespondierende Konzertveranstaltungen mit Musik verfemter Künstler z. B. im Kölner Dom, bis zu Stadtführungen und Kirchenführungen, die auf das Thema der Überwindung christlicher Judenfeindschaft spezialisiert sind („Köln grüßt Jerusalem"), ist vieles denkbar.

❺ Die entscheidende Antwort in allem heißt: Wir dürfen diese Schandbilder in und an unseren Kirchen und Häusern und in unseren Köpfen und Herzen nicht auf sich beruhen lassen.

❻ Schließlich aber wäre eine intensivere öffentliche Auseinandersetzung dann auch der erste Schritt dahin, dass endlich die bisher m. W. einzige wissenschaftliche Arbeit zu diesem deutschen Thema, das von Isaiah Shachar 1974 in englischer Sprache veröffentlichte Werk „The Judensau. A Medieval Anti-Jewish Motif and its History", übersetzt und dem deutschen Publikum zugänglich gemacht würde. Dazu bedarf es des öffentlichen Interesses und der öffentlichen Nachfrage, damit ein Verlag sich dieser Aufgabe endlich annimmt. ■

Quelle: Epd-Dokumentation 2003, Nr. 10: „Antisemitismus – Erscheinungsformen der Judenfeindschaft gestern und heute"

Die Jesus-Passion

Eine Passionsgeschichte ohne Antisemitismus

TEXT ■ **Oskar Gottlieb Blarr**

Warum engagiert sich ein Musiker für ein neues Verhältnis zum Judentum? Und wie entsteht eine Passion, die auf Antijudaismus bzw. Antisemitismus verzichtet? Der Komponist berichtet über den Schaffensprozess:

Wegweisende Erinnerungen

1934 wurde ich in Sandlack bei Ostpreußen geborenen. Aufregend war mein erster Gottesdienstbesuch in unserer barocken Kirche, zu dem mich meine Großmutter mitgenommen hatte. Ich verliebte mich in die Orgel – und wurde später Organist. Aber auch die gotische Kreuzigungsgruppe dort hat sich mir eingeprägt. Der Kopf Jesu war zur Seite geneigt und schien mich anzusehen, nicht schmerzvoll, sondern gütig. An die beiden Frauengestalten neben dem Kreuz erinnere ich mich ebenfalls: Maria, die Mutter Jesu, und Maria Magdalena, die ihn liebte. Die Trauer der beiden Frauen habe ich später aufgenommen in die „Jesus-Passion" mit Worten des Dichters Pinchas Sadeh. Und auch die weiße Wand in der Kirche der Kindheit hinter der Kreuzigungsgruppe, die mich an Schnee erinnerte, hat ihren Weg in die „Jesus-Passion" genommen: Schnee fällt auf Jerusalem. Schnee, der beim Gang zum Kreuz auf Jerusalem fällt.
Aber auch darüber hinaus gab es unvergessliche Menschen und Dinge, die mich mein Leben lang nicht losließen:

Dazu gehört die Begegnung mit der jüdischen Familie Meier. Ich bekam mit, wie 1938 die winzige Synagoge neben der Mühle der Meiers demoliert und auf dem kleinen jüdischen Friedhof, der dem großen evangelischen direkt gegenüberlag, die marmornen Grabplatten zertrümmert wurden. Als der alte „Abba" Meier seinen Schaukelstuhl auf die Straße stellte und uns Kindern kostbare Zinnsoldaten zum Geschenk anbot, ahnte ich, dass da etwas nicht mit rechten Dingen zuging. Unsere Fragen nach diesen Vorfällen wurden sehr geheimnisvoll beantwortet, etwa, dass „die Juden alle nach Hause gebracht würden, nach Palästina". Palästina? War das nicht das Heilige Land, von dem ich in der Kinderlehre gehört hatte? Palästina, auch das Land Israel. War nicht der „liebe Heiland" dort geboren worden? Die leisen Worte: Palästina, Jesus, Juden und Israel kreisten im Kopf und führten später zu den Empfänglichkeiten, als nach dem Krieg die Shoah und die Gräuel der Vernichtungslager offenbar wurden.

Impulse auf dem Weg zur Jesus-Passion

Als ich als Konfirmand von meinem Pfarrer (der von den Nazis aus Weimar nach Ostpreußen strafversetzt war) gefragt wurde, was ich werden wolle, sagte ich „Komponist." Ich hatte mir zuvor etwas Klavier beigebracht und mit einer selbst erfundenen Notenschrift komponiert. Mein Pfarrer sah mich mitleidig an und sagte bedauernd: „Das geht nicht. Alle Komponisten sind tot, denn Komponist kann man nicht lernen, man wird es erst durch die Akklamation der Musikgeschichte." Ich aber wollte ein lebender Komponist sein. Doch auch für mich wurde es ein weiter Weg mit Umwegen und Zwischenlösungen.
In den 1950er-Jahren begegneten mir die modernen Jesus-Bilder: Georges Rouault („Visage de Christ") und „Das große Quälen" von Marc Chagall, 1947: das Bild des gestürzten Kruzifixes. Da war es wieder: Das Jesus-Gesicht, jetzt aber nicht in der Gestalt uralter Gotik, sondern aus unserer Zeit. Und da begegneten mir auch zum ersten Mal die Heilandsgesichter des Russen Alexej von Jawlensky. Diese Bilder und auch die von Otto Pankok wurden zur großen Ermutigung auf meinem Weg zur Jesus-Passion.
Der unmittelbare Beginn des Weges lag 1973 in Düsseldorf, als der kroatische Komponist Milko Kelemen eine Kompositionsklasse am damals nach Robert Schumann benannten Konservatorium in Düsseldorf hatte. Ich bereitete gerade eine erste Einstudierung von Bachs Matthäus-Passion vor und erzählte stolz dem Meister Milko von diesem Vorhaben. Kelemen war total wütend und hielt mir entgegen: „Wieso Bach? Das machen doch al-

le. Schreib du doch deine eigene Passion. Wenn nicht du, wer denn sonst!" Ich hatte damals kein Verständnis für diese Kritik. Doch hatte dieser leidenschaftliche und begabte Lehrer einen wunden Punkt bei mir berührt. Bei Einstudierungen der Bachschen Matthäuspassion flossen auch theologische und textliche Fragen in die Vorbereitung mit ein. Dabei half mir sehr das Buch „Bruder Jesus" von Schalom Ben Chorin. Hier tauchten auch kritische und schwere Fragen auf; denn offensichtlich hat der Evangelist Matthäus eine judenfeindliche Tendenz überliefert, die in ihrer Zuspitzung der Selbstverfluchung („Sein Blut komme über uns und unsere Kinder") eine schreckliche Blutspur durch die Geschichte der Kirche gezogen hat. Bei Matthäus werden unterm Strich die Juden insgesamt für Jesu Tod verantwortlich gemacht. Matthäus vor allem ist im Folgenden die „heilige" apostolische Autorität, die alle Diskriminierungen, Vertreibungen und Morde an Juden deckt und theologisch-ideologisch rechtfertigt. So war die Frage nicht abzuwehren, inwieweit die unglaublich schöne und große Komposition Johann Sebastian Bachs über den Matthäustext – ohne es zu wollen – auch Antijudaismus in die Seele der Hörer transportiert.

Das entscheidende Sabbatical in Jersualem

Sieben Jahre (1981/82) später ergab es sich, dass ich mit meiner Frau Margret zu einem Sabbatical nach Jerusalem aufbrach. Ich wollte meine Chagall-Sinfonie fertigschreiben, die ich nach meinem ersten kurzen Besuch im Heiligen Land 1968 begonnen hatte, und die liegengeblieben war. Die Zeit in Jerusalem – es waren damals neun Monate – waren ein Segen und brachten mich meinem Ziel, Komponist zu sein, einen großen Schritt näher. Seitdem unterscheide ich in meinem Leben die Zeit vor und die Zeit nach Israel.
Was hatte ich in Israel gesucht und gefunden? Gab es verlässliche Spuren von Jesus und seiner Musik? Mein Resultat: Ja! Es gibt Spuren. Spuren im Land der Bibel, heute noch.

Ich beginne mit den musikalischen Spuren.
Vom Sommer 1981 bis zum Frühjahr 1982 lebte ich vor den Toren Jerusalems in dem Moschav Beit Zaid, neben der alten Levitenstadt Ein Karem gelegen. Dort in Ein Karem lebten jemenitische Juden, die 1948 ausgesiedelt worden waren. Zuhause sprachen sie aramäisch und sangen so, wie es ihre Vorfahren seit der babylonischen Gefangenschaft gewohnt waren. D.h. sie hatten eine Tradition über eine Zeitbrücke von gut 2000 Jahren hinweg. Dort wurden an den Feiertagen Rosch haSchana und Jom Kippur die jemenitischen Antilopenhörner noch so geblasen wie zu biblischen Zeiten: Tekia (langer Ton), Shebarim (schnelles Glissando) und T'ruh (schmetterndes Stakkato) – so war es seit Generationen weitergereicht worden.
Ein Kontakt zur Gemeinde der Samaritaner in Holon (bei Tel Aviv) führte dazu, dass ich die Pessachnacht 1982 auf dem Berge Garizim, im Norden des Landes neben Nablus gelegen, miterleben konnte: Stundenlange Gesänge im akkordischen Parallelgesang, präzise in der Rhythmisierung der Worte, aber gewissermaßen aleatorisch, d.h. zufällig, in der Mehrstimmigkeit der Zusammenklänge. Israelische Musikologen sprechen vom samaritanischen Organum. Auch diese Singweise ist uralt, weitergereicht von Generation zu Generation, wie der Bau der Feueröfen, in denen die 40 Osterlämmer unterirdisch bei der Glut von Ölbaumwurzeln gegart wurden.
Man sang also in Clustern. Durch die israelische Musikologin Edith Gerson-Kiwi (übrigens Schülerin des legendären Professor Gurlitt aus Freiburg i.Br.) lernte ich etwas über alte arabische Tonhöhenordnungen. Ihre Forschungen reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück. Auffällig an diesen alten Tonleitern (oder Skalen, Modi, bei ihr als Maquamen bezeichnet) ist, dass sie 1. Mikro-Intervalle enthalten und 2. die europäische Ordnung durch die Oktavbegrenzung nicht kennen. Das war insofern eine aufregende Sache, als in der neuen Musik Westeuropas die Entdeckung der Mikro-Intervalle gerade sozusagen „letzter Schrei" war, wie auch die Parallel-Akkorde der Samaritaner, die in der Avantgarde-Musik als Neuheit galten und unter dem Namen „Cluster" (Tontrauben) eine große Rolle spielten, angefangen von Cowell über Bartok bis hin zu B.A. Zimmermann, Ligeti, Mauricio Kagel und deren Imitatoren. Daran habe ich den Modus für die Jesus-Passion entwickelt.
Mit einem Wort: Rhythmische Signale, Mikro-Intervalle und Tontrauben sind musikalische Elemente, die mindestens in die Zeit des Zweiten Tempels, also in die Zeit Jesu, zurückreichen. Und noch etwas: Hier berühren sich sehr alte Formen des Musizierens mit Techniken der neuen Musik. Das fand ich ganz schön spannend.

Wichtig waren auch die archäologischen Spuren.

Die Steintreppe, die vom Kidrontal zur Kirche Peter Gallicantu hinaufführt, dem ehemaligen Gefängnis des Hohen Priesters Kaiphas, ist wieder ausgegraben und begehbar. Wichtiger noch ist die Freilegung der Tempelstufen auf der Südseite des Tempels, der sogenannten Hulda-Treppe mit ihrer regelmäßigen Folge: Kurz, lang – kurz, lang, also im Rhythmus des Jambus. Wir kennen diesen Rhythmus vom Beginn der Passacaglia von Johannes Sebastian Bach. Diese Stufen kann man heute noch hinaufgehen. Wer das tut, weiß, was die Psalmenüberschrift „Ein Aufstiegsgesang" meint: Ein Lied beim Hinaufgehen. „Schir ha maalot". Ab Psalm 122 begegnet uns bei Luther dafür die Bezeichnung „Ein Lied im höheren Chor", genauer übersetzt „Ein Lied der Hinaufgehenden". Auch der berühmte Jerusalem-Psalm 122 hat diese Überschrift. Für mich stand fest, dass ich den Anfang des dritten Teils der Jesus-Passion als Passacaglia im Versmaß der jambisch angelegten Stufen der Hulda-Treppe komponieren musste.

Von großer Bedeutung sind auch die literarischen Spuren.

Der deutsche evangelische Theologe Gustav Dahlmann, der bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs gut zwölf Jahre in Jerusalem lebte und dort das Biblisch-Archäologische Institut aufgebaut hatte, hinterließ einen Lebensbericht mit dem Titel „Worte und Wege Jesu". Fazit seiner Lehre: Man soll das Wort nicht vom Ort trennen. Er zeichnete Karten vom Land, sammelte die Lieder der Beduinen und legte eine Sammlung der reichen Vogelwelt an – im Bewusstsein, dass diese Vögel auch schon damals im Land waren. Davon war auch ein großer Meister meiner jüngeren Jahre, der französische Komponist Olivier Messiaen überzeugt; der in Israel heimische Weißkehlsänger spielt in Messiaens letztem Orgelzyklus „Livre du saintsacrement" eine große Rolle. Es war schon ein besonderer Moment, als Meister Messiaen mir 1985 bei der Verleihung des Wolf-Preises in der Knesseth leise sagte: „Den Vogel hat schon [unser Herr] Jesus gehört."
Dass Jesus die Psalmen kannte und sang bis in seine Todesstunde, Psalm 122 „Eli, eli, lama", ist kaum zu bezweifeln. Es gibt aber noch einen anderen Text, der ihm vertraut war, nämlich das „Euli-Lied", ein Protest-Song jener Tage. Es ist im Talmud überliefert: „Pessachim" 57c. Ich lernte diesen Text durch den jüdischen Historiker Josef Klausner kennen in seinem Buch „Jesus von Nazareth", begonnen bereits 1902, veröffentlicht in Hebräisch 1922, erst 1952 in Deutsch. Das Euli-Lied aus dem babylonischen Talmud, Traktat Pessachim 57 c hat in Deutsch den folgenden Text.

Weh ist's mir vorm Haus des Boethos,
weh ist's mir vor ihren Knüppeln.
Weh ist's mir vorm Haus des Chanan,
weh ist's mir vor ihrem Getuschel.
Weh ist's mir vorm Haus des Kathros,
weh ist's mir vor ihren Protokollen.
Weh ist's mir vorm Haus des Jischmael (Sohn des Fiachi), weh ist's mir vor ihren Fäusten.
Sie sind Hohepriester und ihre Söhne sind
Schatzmeister und ihre Schwiegersöhne (sind)
Kontrollleute und ihre Diener schlagen
das Volk mit Stöcken.

Dieses Euli-Lied wurde zum Startpunkt meiner Passion. In diesem Lied wird übrigens Chanan genannt: Hannas, ein hoher Tempelpriester, und auch ein Herr Kathros. Hannas ist aus der Passionsgeschichte bekannt, Kathros nicht. Aber wer heute das Café im Jewish Quarter besucht, genau gegenüber der Tempelmauer, stolpert buchstäblich über die Ausgrabung des sog. „Burned House". Es ist das Haus des Kathros, verifiziert dadurch, dass dort Gewichtssteine mit der Aufschrift „Kathros" ausgegraben wurden. Jetzt war Kathros für mich keine abstrakte Figur

mehr, sondern ein real existierender Machthaber aus der Zeit Jesu, bezeugt und überliefert in einem Protestlied von damals.
Ich traf auch viele für mich sehr wichtige Menschen in Jerusalem.
1968 war ich zum ersten Mal mit meiner Frau in Israel, ein Jahr nach dem Sechs-Tage-Krieg, an der Hand des rheinischen Pfarrers Heinz Pohlmann aus Düsseldorf. Während des Sabbaticals 1981/82 fanden wir in Jerusalem offene Türen und Herzen, Begegnungen, die von anhaltender Wirkung waren.
Da war der Publizist und Religionswissenschaftler Schalom Ben-Chorin, Gründer der jüdischen Reformgemeinde „Har-El", ein Schüler des als Bibelübersetzer und Philosoph bekannten Martin Buber. Schalom Ben-Chorin stammte aus München. Sein Buch „Bruder Jesus – der Nazarener in jüdischer Sicht" erschien 1957 in Deutschland und erlebte seit der Neuauflage 1971 mehrere Nachdrucke. Ben-Chorin war es, der mir den Jesus-Roman von Max Brod nahelegte (erschienen 1952). Max Brod stammte aus Prag und gehörte zum Kreis des Dichters Franz Werfel. Das eher lustige Flötenvorspiel meiner „Jesus-Passion" hätte ich ohne Brods Jesus-Roman bestimmt nicht so geschrieben.
Eine andere prägende Gestalt war David Flusser, Professor für Religionsgeschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Er war im November 1939 aus Wien ausgewandert und hat mit seinen Forschungen zum Entstehen des frühen Christentums weittragende Beiträge geliefert. Auch David Flusser wurde ein Freund, und er war dabei, als wir im März 1989 in der Erlöserkirche in Jerusalem die „Jesus-Passion" aufführten. Ehre seinem Andenken. Sein Buch erlebte 22 Auflagen.
Von einem Dichter ist noch zu sprechen. Sein Name ist Pinchas Sadeh. Unter seinen Gedichten befindet sich ein kleiner Zyklus über das „Leben Jesu". Der Eingang zum 3. Teil der „Jesus-Passion" verwendet seinen Text „Schäläg jored al jeruschalajim – Schnee fällt auf Jerusalem". In Israel wurde Pinchas Sadeh bekannt als Übersetzer von Hölderlin. In Deutschland erschien 1983 seine Sammlung von jüdischen Märchen „König Salomos Honigurteil". Pinchas Sadehs Lebensgeschichte gibt es leider nur in englischer Sprache „Live as a parabel". Darin erzählt er davon, wie er die Evangelien für sich entdeckte. Und mir eröffnete er bei meinem Besuch in Holon, schon gezeichnet von seiner Krankheit, dies: „Ich habe gelernt, nichts mehr wirklich ernst zu nehmen als nur/außer Jesus". Als kleiner evangelischer Kantor und Komponist aus Deutschland war ich sprachlos und erschüttert über diese Eröffnung eines sterbenden jüdischen Dichters.

Die Passion

In der Partitur meiner „Jesus-Passion" sind eine Menge Instrumente vorgeschrieben, auch solche, die nicht gerade alltäglich sind. Alle haben eine Funktion und dienen zur Charakterisierung bestimmter Inhalte bzw. Textstellen. Wir spielen auf Instrumenten, wie sie im modernen Orchester gebraucht werden. Ihre Vorgänger reichen aber zurück in biblische Zeit. Viele davon habe ich in Haifa im Museum der „Musik des alten Israel" gesehen, eine Fülle von Zupf-, Blas- und Schlaginstrumenten. Erlebt habe ich einige bei den jemenitischen Juden. Die uralten Rufe der Schofar-Hörner habe ich in der „Jesus-Passion" verwendet. Gesungen wird fast ausschließlich in hebräischer Sprache.

DIE HANDLUNG:
Teil 1: Ein vom Volk bejubelter Heiland und Prediger zieht, als Retter gefeiert, in Jerusalem ein. Blumen. Palmenzweige. Volksgesänge. Die Tempelhierarchie, das leitende Establishment also, will diese Demo aber mit allen Mitteln verhindern: Der bejubelte Anführer soll weg. Stimmungsumschwung, Angst und Sorge machen sich breit. Der als strahlender Messias eingezogene Heiler und Prediger steht vor einer Mauer aus kombinierter Staats- und Religionsgewalt.
Teil 2: Nach dem Abendessen im Kreise der engsten Freunde in der Stadt geht die Gruppe zu einem nahegelegenen Berg mit Gärten und Übernachtungsmöglichkeiten. Der Held kennt das kommende Unheil und ringt sich im Gespräch mit seinem „Vater" alleine durch zur Annahme seiner eigentlichen Bestimmung: Nicht triumphaler Held/König, sondern Opfer der politischen Gewalt und damit Zeuge und Märtyrer seiner Botschaft; sein Einsatz gilt der menschenwürdigen Wirklichkeit im Sinne seines inneren Auftraggebers, des „Vaters im Himmel".
Teil 3: Als Gefangener wird der Heiland und Prediger über endlose Steinstufen an den Rand der Stadt zum Richtplatz geführt. Die ganze Zeit über fällt Schnee. Seine Jünger haben sich verdrückt. Einige ihm nahestehende Frauen folgen ihm. Hinter ihm gehen seine Mutter und seine Freundin und eine Freundin der Mutter. Leute stehen in den Fenstern und schauen zu. Der Held, der Heiland, der Zeuge und Märtyrer stirbt am römischen Kreuz. Er betet den 22. Psalm und mit letzter Kraft noch das „Sch'ma Israel". Einige schreien „Euli, euli" – wehe mir. Einige Kinder sagen enttäuscht „und wir hatten gehofft, er würde es schaffen und Israel erlösen". Einige Männer murmeln leise ein Prophetenwort: „Am dritten Tag wird er uns aufheben und wir werden leben vor ihm" (Hosea 6,2). Mit den Worten „Ach el Elohim dumia nafeshi mimenu jeschuati" endet das Stück. Jeschuati – meine Hilfe, darin steckt das Wort Jeschua, der Name Jesu, der Helfer, der Held, der Heiland, der Gotteszeuge und Märtyrer unserer Geschichte. Nach diesem letzten Wort (aramäisch: Jeschua, deutsch: Jesus) heißt das ganze Stück „Jesus-Passion".
Die Uraufführung auf dem Düsseldorfer Kirchentag 1985 war das, was man einen Erfolg nennt. Die „Jesus-Passion" sei das musikalische Ereignis gewesen, hieß es. Mehr noch durfte ich mich freuen über eine Stimme aus dem Ausland, genauer aus Jerusalem: Der Chefkritiker der „Jerusalem Post", Yohanan Boehm, war zur Uraufführung gekommen und schrieb in englischer Sprache eine ganze Seite. Yohanan Boehm, ein Überlebender des Holocaust, hatte ganz schnell bemerkt, dass dieses Stück ohne jeden Antisemitismus auskommt. Also auch ohne die berüchtigte Stelle „Sein Blut komme über uns und unsere Kinder", die nun in der Tat eine Blutspur in der abendländischen Geschichte verursacht hatte.
Gewissermaßen parallel zum Werden der Partitur der „Jesus-Passion" lief in der Evangelischen Kirche im Rheinland eine grundlegende Diskussion. Es ging um „Die Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden". Nach außen kaum beachtet, geschah innerhalb der Kirche so etwas wie eine theologische Revolution. Angeführt im Rheinland von den Professoren Heinz Kremers und Berthold Klappert und begleitet von dem Bonhoeffer-Freund Professor Eberhard Bethge sowie unterstützt von Professor Zwi Werblowski aus Jerusalem, formulierte die Landessynode u.a. den Verzicht auf Judenmission und die Aufgabe der Lehrmeinung, das neue Israel (die Kirche) habe das alte Israel (die Synagoge) abgelöstund überwunden. Ohne die Umfänge und die Tragweite dieser gewaltigen Arbeit genau zu kennen, hatte ich von mir aus mit der „Jesus-Passion" eine Art klingenden Kommentar zu dieser Entwicklung komponiert.
Hinter meiner „Jesus-Passion" stehen auch Worte von Papst Johannes XXIII., der seinerseits eine Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden auf den Weg brachte. Es handelt sich um das Gebet, dessen letzte Sätze lauten: „Vergib uns den Fluch, den wir zu Unrecht an ihren Namen Jude hefteten. Vergib uns, dass wir dich in ihrem Fleisch zum zweiten Mal ans Kreuz schlugen […]". ■

Prof. Dr. h.c. Oskar Gottlieb Blarr, *Jg. 1934, Kompositionsstudium bei Bernd Alois Zimmermann, Krzysztof Penderecki und Milko Kelemen; Studienaufenthalte in Jerusalem u.a.; Organist und Kirchenmusikdirektor an der Neanderkirche Düsseldorf, Musikdozent am katechetischen Seminar in Düsseldorf und Honorarprofessor für Instrumentation an der Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf; zahlreiche Kompositionen: Oratorien, Kammermusikalische Werke, Orgel- und Orchesterwerke u.a.; verschiedene Auszeichnungen*

Protestantische IRRITATIONEN

TEXT ■ Friedhelm Pieper

Kontroversen um Notger Slenczka und Ulrich Duchrow

In 2015 erreichte eine intensiv geführte Debatte um die Bedeutung des in den Kirchen sogenannten „Alten Testaments“ eine breitere Öffentlichkeit. Sogar Tageszeitungen wie etwa die „Frankfurter Allgemeine“ und selbst „Neues Deutschland“ beteiligten sich mit diversen Artikeln. Der Streit ging um eine These Notger Slenczkas (Professor für Systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin), wonach der Vorschlag des Kulturprotestanten Adolf von Harnack aus dem Jahr 1921 von den Kirchen aufgenommen werden sollte, dass das „Alte Testament“ für die Kirche keine kanonische Geltung haben dürfte und nur noch den Rang einer apokryphen Schrift einnehmen könne.[1]

Angestoßen hatte die breitere Debatte in 2015 eine Presseerklärung des „Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit“ (DKR) vom 7. April 2015, in der der DKR eine Stellungnahme von mir als evangelischem DKR-Präsidenten veröffentlichte[2]. In ihr wurde in einer umfangreichen Kritik der These von Professor Slenczka deutlich widersprochen.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung war jedenfalls eindeutig: Es fand sich in der protestantischen universitären Theologie niemand, der sich die These von Slenczka zu Eigen gemacht hätte. Bischöfe verschiedener evangelischer Landeskirchen erklärten die These von Notger Slenczka zur Abstufung des Alten Testaments als unvereinbar mit den theologischen Grundlagen der Evangelischen Kirchen. Der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm betonte auf der EKD-Synode 2015 in Würzburg mit Blick auf die Texte der Hebräischen Bibel zum Thema „Flüchtlinge“: „Man kann an der theologischen Reflexion unseres Umgangs mit Flüchtlingen sehen, wie abwegig der Versuch ist, das Alte Testament auf die Ebene von apokryphen Schriften herabzustufen“[3].

In 2017 veröffentlichte Slenczka dann das Buch „Vom Alten Testament und vom Neuen. Beiträge zur Neuvermessung ihres Verhältnisses“[4]. Im Unterschied zur intensiven Debatte in 2015 erzielte das Buch kaum Reaktionen. Das mag auch daran liegen, dass in dem Buch wenig Neues zu lesen ist und es eine ganze Reihe bereits früher veröffentlichter Aufsätze von Slenczka enthält.

Im „Epilog“ am Ende des Buches fasst Slenczka noch einmal seine Argumente zusammen, die sich wie ein Mantra durch die einzelnen Aufsätze und Kapitel ziehen. Im Folgenden möchte ich auf diese zentralen Argumente des Autors eingehen.

Ein echtes Trilemma oder selbstproduzierte Verengung theologischer Perspektiven?

Der erste Teil der christlichen Bibel (Altes Testament oder Hebräische Bibel, in jüdischer Tradition: „Tanach“) soll nach Slenczka keinen kanonischen Rang in den Kirchen mehr haben, weil sie die alttestamentlichen Texte nicht mehr unter den Voraussetzungen lesen könne, die für die frühe Kirche galten. Ursprünglich hätte sich die Kirche entschieden, das Alte Testament von Jesus Christus her und als Zeugnis für ihn zu lesen. Diese Voraussetzung wäre aber heute strittig: „Wo das historisch illegitim und im christlich-jüdischen Dialog nicht mehr vertretbar erscheint, da kann die Kirche nicht mehr an der kanonischen Gleichrangigkeit des Alten und des Neuen Testaments festhalten, denn diese hängt, wie ich gezeigt habe, an der Überzeugung, dass beide Testamente Medium des Evangeliums von Christus sind“[5].

Diese historische Perspektive von Slenczka ist nun aber eine selbstgewählte Engführung, die unterschiedliche Facetten des Lesens der Texte des Alten Testaments in der frühen Kirche ausblendet. Die ersten Christen hatten keine andere Bibel als die Hebräische Bibel. Die Gruppe der ersten Nachfolgerinnen und Nachfolger des Rabbi Jesus aus Nazareth war im Kontext des antiken Volkes Israel die Lesungen aus „Mose und Propheten“ sowie aus „den Schriften“ in den Gottesdiensten in den Synagogen gewohnt. Zusammen galten diese drei Schriftengruppen den ersten Christen als „heilige Schriften“ (Römer 1,2). In ihnen lasen sie die entscheidende Kunde von Gott, dem Schöpfer, der das Volk Israel sich als sein Volk erwählt hat und diesem zentrale Weisungen für das Alltagsleben und die Gottesdienste sowie prophetische Visionen für Frieden und Gerechtigkeit verkünden ließ. Gegen die Engführung von Slenczka, wonach die ersten Christen diese „heiligen Schriften“ des später sogenannten „Alten Testaments“ nur aus dem Grund beibehielten, weil sie „ein Medium des Evangeliums von Christus“ wären, verweise ich auf den bedeutenden Kirchenhistoriker Hans von Campenhausen: „Man darf nicht sagen, dass das Alte Testament für die ersten Christen aus

sich selbst keine Autorität gehabt habe und nur darum übernommen worden sei, weil man sah, dass es ‚Christum trieb' oder auf Christus zutrieb. Die kritische Frage, auf die Luthers bekannte, viel missbrauchte Formulierung Antwort gibt, war noch gar nicht gestellt. Die Dinge liegen eher umgekehrt: Christus wird vor den Ungläubigen wohl aus der Schrift gerechtfertigt, aber das entgegengesetzte Bedürfnis, die Schrift von Christus her zu rechtfertigen, ist noch nirgends erwacht"[6].

Aus historischer Perspektive urteilt Bruce Metzger: „Vom ersten Tag ihrer Existenz an besaß die christliche Kirche einen Kanon heiliger Schriften – die jüdischen Schriften, die ursprünglich in Hebräisch geschrieben waren und weithin in einer griechischen Übersetzung, Septuaginta genannt, gebraucht wurden. […] Wie jeder fromme Jude akzeptierte Jesus die Jüdische Bibel als das Wort Gottes und bezog sich in seiner Lehre und seinen Streitgesprächen häufig darauf. Darin folgten ihm die ersten christlichen Prediger und Lehrer, wenn sie sich auf die Jüdische Bibel beriefen, um die Richtigkeit des christlichen Glaubens zu beweisen. Die Hochachtung der frühen Kirche für das Alte Testament […] hatte ihre Grundlage in der Überzeugung, daß[sic] seine Inhalte von Gott inspiriert waren (2 Tim 3,16; 2 Petr 1,20f)."[7]

Demnach hat – anders als bei Slenczka wahrgenommen – die Urkirche die heiligen Schriften Israels von Anfang an als heilige und autoritative Texte angenommen ohne dies besonders und auch nicht im Verweis auf Jesus Christus zu begründen. Die Urkirche las also das „Alte Testament" als grundlegendes Wort Gottes, aus dem sie dann auch die Sprachwelt gewinnt, um das Christusgeschehen zu deuten.

Wohl lässt sich später bei den zunehmend nichtjüdischen (nicht-israelitischen) Mitgliedern der Kirche nachweisen, dass sie den Gebrauch der alttestamentlichen Schriften durchaus auch damit begründen, dass diese Texte auf Jesus Christus verweisen würden, wie z.B. bei Ignatius von Antiochien: „Doch auch die Propheten wollen wir schätzen, weil auch ihre Verkündigung auf das Evangelium gerichtet war […]"[8].

Aber, wie bei Campenhausen und Metzger erkennbar, kann der Schriftgebrauch der ersten Christen nicht – wie bei Slenczka - auf diese christologische Perspektive verengt werden.

Christlich-jüdischer Dialog und christologische Interpretation von Texten des „Alten Testaments"

Slenczka unterstellt, dass eine christliche Interpretation von Texten der Hebräischen Bibel auf Jesus Christus hin „im christlich-jüdischen Dialog nicht mehr vertretbar erscheint". Nun mag es solche Stimmen geben; ich habe in Diskussionen ab und zu solche Positionen gehört. Sie sind für mich vor dem Hintergrund der jahrhundertealten exklusiven christlichen Auslegung der jüdischen Heiligen Schriften zu verstehen. Aber: Es gibt von Seiten des christlich-jüdischen Dialogs keine grundsätzliche Ablehnung einer christlichen und auch einer speziell christologischen Auslegung der Hebräischen Bibel. Wir haben im christlich-jüdischen Dialog gelernt, die christliche Interpretation biblischer Texte nicht mehr gegen die jüdische Auslegung zu stellen, sondern beide Auslegungen miteinander ins Gespräch zu bringen und so von beiden Perspektiven zu lernen.

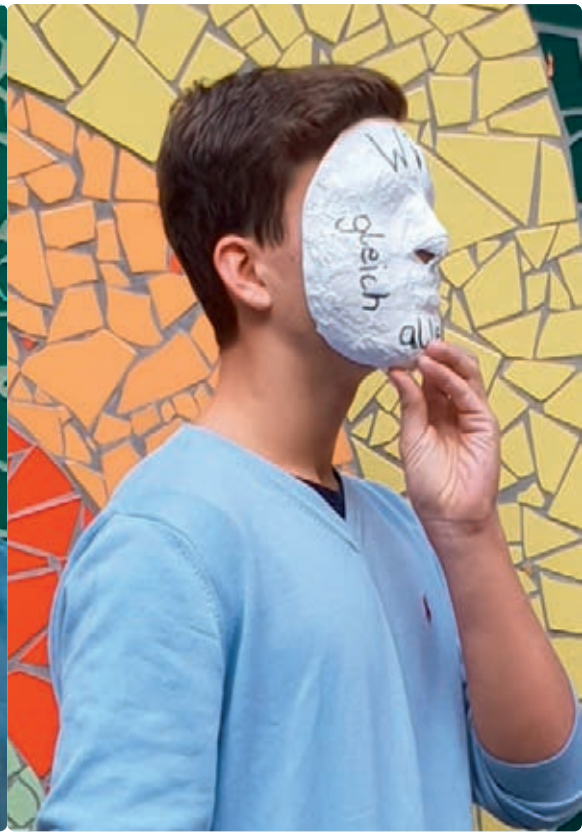
Mehrfachperspektivität

Solche Aufnahme einer Mehrfachperspektivität ist heute ein weit anerkannter Zugang zur Auslegung von biblischen Texten. Auch Slenczka diskutiert solche rezeptionshermeneutischen und intertextuellen „Sinnstiftungsmodelle". Dabei unterstellt er ihnen, sie würden „mit einer wesentlichen Einsicht des reformatorischen Schriftverständnisses – dass nämlich die Schrift die Rezeption regiert" – brechen[9]. Nun wird kaum jemand heute kritiklos reformatorische Schriftauslegung einfach kopieren wollen. Slenczka selber schon gar nicht. Aber kommt eine Rezeptionshermeneutik, die zwar vielfältige Auslegungen kennt und zugleich sich um eine Grenze gegen beliebig viele Interpretationen bemüht, dem Anliegen der Reformation nicht durchaus nahe? Slenczka führt selber auf[10], dass etwa Umberto Eco auf die Intention der jeweiligen Schrift verweist (intentio operis), kann aber leider in dieser Perspektive keine produktive Weiterentwicklung reformatorischen Schriftverständnisses erkennen. In dieser selbstgewählten Engführung der Diskussion bleibt dann bei Slenczka nur übrig, einen grundsätzlichen „Bruch" zwischen gegenwärtiger Rezeptionshermeneutik und reformatorischem Schriftgebrauch konstatieren zu müssen.

Im Widerspruch zur Barmer Erklärung?

Schließlich befindet Slenczka, dass sich eine Kirche, die „an der kanonischen Geltung des Alten Testaments […] vermittlungslos und ungeachtet der Tatsache, dass es zunächst Christus nicht verkündet, festhalten will" in einen Widerspruch zur Barmer Theologischen Erklärung begäbe. Sie würde neben Jesus Christus, als „das eine Wort Gottes" (Barmer Erklärung) „ein nicht von der Offenbarung in Christus her bestimmtes Wort"[11] stellen. Slenczka übersieht dabei, dass die Barmer Erklärung formuliert „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes". Dabei wird Christus von vornherein auf die Heilige Schrift bezogen, was für die Autoren der Erklärung immer auch bedeutete: die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments. Es gibt auch im Sinne der Barmer Erklärung kein Verständnis Jesu Christi ohne Hebräische Bibel. Die Wortwahl der Barmer Erklärung und des darin enthaltenen Gottesbildes orientiert sich selbstverständlich auch an den Texten des Ersten Testaments und deren Schöpfungs-, Gebots- und Gerechtigkeitsmotiven. Insofern kann ich den von Slenczka hier konstruierten Widerspruch nur als künstliche Einengung theologischer Perspektiven wahrnehmen.

Nach meiner Wahrnehmung betreibt Notger Slenczka in seiner ganzen Argumentation eine selbstgewählte Verengung historischer und theologischer Perspektiven. Die Ablehnung seines Vorschlags zur Abwertung des Alten Testaments durch Theologie und Kirche ist wohl begründet.



Ulrich Duchrow – Delegitimierung des christlich-jüdischen Dialogs und Boykottaufruf gegen Israel

In 2017 erschien ein von Ulrich Duchrow und Hans G. Ulrich herausgegebener Band „Religionen für Gerechtigkeit in Palästina – Israel“[12]. In dem Band wird in unerträglicher Weise der christlich-jüdische Dialog delegitimiert und es wird zum Boykott gegen Israel aufgerufen.

Deligitimierung des christlich-jüdischen Dialogs

So unterstellt der US-amerikanische Psychotherapeut Mark Breverman (jüdischen Ursprungs), dass die kirchliche Abkehr vom tradierten Antijudaismus einen neuen Triumphalismus hervorgebracht habe:

„In dem Bemühen, den historischen kirchlichen Antijudaismus zu korrigieren, haben die Christen die Sünde verschlimmert (sic!), indem sie den Juden jetzt ihr Projekt der Eroberung und Herrschaft möglich gemacht haben. Der historische christliche Triumphalismus ist auf diese Weise ersetzt worden durch einen jüdisch-christlichen Triumphalismus, dessen Sprache der Zionismus ist“[13].

Von dem sich als „jüdischer Befreiungstheologe“ verstehenden emeritierte Professor Marc Ellis wird in dem Band ein Beitrag von 2013 aufgenommen, in dem er urteilt, dass der christlich-jüdische Dialog zwar nach dem Holocaust „notwendig und revolutionär“ gewesen wäre; dann aber hätte es zwischen Israel und den am Dialog beteiligten Christen einen „Deal“ gegeben: „Einfach gesagt, geht es beim ‚Deal‘-Aspekt des christlich-jüdischen Dialogs um folgendes: Christen tut Buße für eure Sünden, steht fest zu Israel und schweigt über die Palästinafrage. Schweigen über die Palästinenser wird gefordert, andernfalls werden Christen beschuldigt, dass sie wieder zum Antisemitismus zurückgekehrt seien, den sie gerade aufgegeben hatten“[14]. Belege für diese Behauptung führt Ellis nicht an. Er kennt offenbar auch nicht die vielfältigen Bemühungen im jüdisch-christlichen Dialog, zu einer sachgemäßen und angemessenen Wahrnehmung des israelisch-palästinensischen Konflikts beizutragen. Die Herausgeber scheinen diese Bemühungen auch nicht zu kennen, jedenfalls haben sie den Beitrag von Ellis unkommentiert abgedruckt.

Es gibt nun aber keinen „Schweige-Deal“ in den den Dialog unterstützenden Kirchen, genauso wenig wie im christlich-jüdischen Dialog selber! Es gibt kein Kritikverbot an Entscheidungen und Handlungen israelischer Regierungen in diesen Kirchen und auch nicht im jüdisch-christlichen Dialog, wie man etwa in den „12 Thesen von Berlin“ des Internationalen Rates der Christen und Juden von 2009 nachlesen kann[15]. Und es gibt auch kein Schweigegebot und Kritikverbot gegenüber Entscheidungen und Handlungen von Verantwortlichen auf der palästinensischen Seite.

Deligitimierung des Staates Israel – Boykottaufruf

Der Staat Israel wird in dem Band durchgehend negativ dargestellt und kriminalisiert, seine Politik und Aktionen werden als „Verbrechen“, „ethnische Säuberungen“, „rassistisch“, „moralisch verwerflich“ und „schleichender Genozid“ bezeichnet[16].

Duchrow stellt seine Wahrnehmung Israels in den Kontext seiner Imperiumstheorie in Bezug auf die Politik westlicher Staaten in den letzten Jahrhunderten: „Im westlichen Imperium ist der Staat Israel mit seiner gegenwärtigen Politik also ein weiteres Extrembeispiel der westlichen kolonialistischen, kapitalistischen, imperialen, wissenschaftlich-technischen, rassistischen, gewalttätigen Eroberungskultur, wie sie sich in den letzten 500 Jahren entfaltet hat“[17]. In der ersten Fassung seines Aufsatzes von 2016 hatte Duchrow noch formuliert: „Im westlichen Imperium ist Israel also das (sic!) Extrem der westlichen kolonialistischen, kapitalistischen, imperialen, wissenschaftlich-technischen, gewalttätigen Eroberungskultur der letzten 500 Jahre“[18].

Hatte Duchrow 2016 keine Hemmungen mit der Perspektive „gieriges Geld-westliches Imperium auf globale Macht zielend-Israel als dessen Extrem“ sich hart in die Nähe des alten antisemitischen Motivs „Geld-gieriger Jude auf Weltherrschaft bedacht“ zu stellen, ist seine leichte Entschärfung in der Fassung von 2017 nicht weniger völlig inakzeptabel.

Bereits im Vorwort und dann in einer sogenannten „Wittenberger Erklärung 2017“[19] wird für die palästinensische Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (dt. „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“, abgekürzt BDS) geworben, was in dem Band dann von mehreren Autoren weiter verstärkt wird.

Herausgeber und Autoren übernehmen dabei völlig unkritisch die Perspektive der palästinensischen BDS-Initiatoren: Israel wird als allein Verantwortlicher für den israelisch-palästinensischen Konflikt dargestellt (z.T. zusammen mit westlichen Kirchen). Israel allein wird die Verantwortung für die Lösung dieses Konflikts zugeschoben.

Herausgeber und Autoren verdrängen komplett den Angriffskrieg arabischer Staaten gegen Israel in 1948. Sie verdrängen ebenfalls komplett das nahöstliche Umfeld des Konflikts und die im Nahen Osten konkurrierenden Mächte, die auch den mörderischen Krieg in Syrien am Laufen halten, anstatt ihn zu überwinden. Herausgeber und Autoren verdrängen komplett, dass der Iran die Zerstörung Israels als ein Staatsziel wiederholt erklärt hat und entsprechend versucht, militärische Einrichtungen, Ausrüstungen und Raketen in Syrien zu stationieren.

Mit diesem geschichtlich sowie regional- und geopolitisch absolut reduzierten Blick, der sich kritisch allein gegen Israel (und die vermeintlich völlig unkritischen westlichen Kirchen und Dialog-Engagierten) richtet, kreieren Herausgeber und Autoren ein absolutes Feindbild Israel. Dazu passt dann, dass die u.a. von der Europäischen Union als Terrororganisation eingestufte „Hamas“ von dem pakistanischen Juristen und Dozenten Junais S. Ahmad in dem Band als „eine seriöse Kraft mit großer sozialer Tiefe“ bewertet wird[20].

Die Herausgeber Ulrich Duchrow und Hans G. Ulrich geben den Band unter dem Titel „Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel“ heraus. Gerechtigkeit aber ist ganz und gar nicht in diesem dialogfeindlichen und israelfeindlichen Machwerk zu finden. ■

ANMERKUNGEN ▼

1 Notger Slenczka, Die Kirche und das Alte Testament, in: E. Gräb-Schmidt, R. Preul (Hg.), Das Alte Testament in der Theologie, Marburger theologische Studien 119, Leipzig 2013, S. 83 - 119
2 www.deutscher-koordinierungsrat.de/dkr-home-Stellungnahme-Theologischer-Skandal-im-Protestantismus
3 www.evangelisch.de/inhalte/121369/02-05-2015/ratsvorsitzender-heinrich-bedford-strohm-debatte-um-das-alte-testament-niedrigerhaengen
4 Notger Slenczka, Vom Alten Testament und vom Neuen. Beiträge zur Neuvermessung ihres Verhältnisses, Leipzig 2017
5 ebd. S. 505
6 Hans von Campenhausen, Die Entstehung der christlichen Bibel, Tübingen, 1968, S. 77f, zit. in: Hubert Frankemölle, Frühjudentum und Urchristentum, Vorgeschichte – Verlauf – Auswirkungen, Stuttgart 2006, S. 374
7 Bruce M. Metzger, Der Kanon des Neuen Testaments, Ostfildern 1993, S. 12
8 zit. in: Frankemölle, s. Anm. 6, S. 331
9 Notger Slenczka, s, Anm. 4., S. 505
10 ebd. S. 241
11 ebd. S. 505
12 Ulrich Duchrow; Hans G. Ulrich (Hg.),Religionen für Gerechtigkeit in Palästina – Israel, Berlin 2017
13 ebd. S. 112
14 ebd. S. 131f
15 www.iccj.org/fileadmin/ICCJ/pdf-Dateien/Zeit_zur_Neuverpflichtung_Berliner_Thesen.PDF.
16 ebd. S. 93,102, 119,166,178
17 ebd. S. 179
18 Ulrich Duchrow, Unterdrückung über Ausbeutung hinaus, in: Alexander. Dietz/S. Gillich, Armut und Ausgrenzung überwinden, Leipzig 2016, S. 104-139; S. 118
19 Duchrow/Ulrich, s. Anm. 12, S. 11f
20 ebd. S. 86

Pfarrer Friedhelm Pieper *ist Evangelischer Präsident des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Bad Nauheim. Er arbeitet als Referent für interreligiösen Dialog mit Schwerpunkt Judentum und Naher Osten im Zentrum Oekumene der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Frankfurt am Main.*

Ist der Islam ANTIJÜDISCH?

Gehört der Antisemitismus zum Islam?

TEXT ■ **Andreas Nachama**

Wir sind gewöhnt unsere Erfahrungen fortzuschreiben. Als Hitler am 30. Januar 1933 das 21. Kabinett der Weimarer Republik bildete, wurde ihm in Fortschreibung der 14-jährigen Geschichte der Kurzzeitkabinette nur eine Regierungszeit von wenigen Wochen oder Monaten prophezeit – wie wir alle wissen, eine Fehlkalkulation. Hätte man am 3. Oktober 1981, Helmut Schmidt war gerade Kanzler, prophezeit, dass in nur 10 Jahren die DDR durch ein Gesamtdeutschland mit einem westdeutschen Bundeskanzler an der Spitze ersetzt werden würde, man hätte ihn für meschugge erklärt. Und so ist es auch mit unserem Bild des Islam, mit unserem Umgang mit Muslimen und umgekehrt, dem, wie uns Muslime oder unterschiedliche Ausprägungen des Islam gegenübertreten. Wir sollten uns aber davor hüten, Geschichte linear in die Zukunft fortzuschreiben.

Der Nahostkonflikt mit und um den Staat Israel enthält eine nicht zu leugnende religiöse Komponente auf allen Seiten, ein Blick auf Geschichte und Gegenwart der Stadt Jerusalem, seiner für Judentum, Christentum und Islam wichtigen historischen Orte, die man auch als heilige Stätten bezeichnen kann, verdeutlicht: hier bilden Geschichte, Religion und politische Gegenwart ein höchstkomplexes Feld, in dem jüdische, christliche und muslimische Elemente mit- und ineinander verwoben sind.

Im Übrigen: Gibt es ***das*** Judentum? Gibt es ***das*** Christentum? Die Fragen stellen, heißt sie zu verneinen. Es gibt sehr unterschiedliche Formen von Christentum, katholisch, evangelisch, evangelikal, die verschiedenen nationalen Orthodoxien usw. - ähnlich ist es mit den jüdischen Lebenswelten. Über islamische Glaubenswege kann man fast täglich in den Zeitungen lesen, wie sie sich des Schismas beschuldigen, sunnitische gegen Schiitische Muslime usw.

Man kann also nur mit historischen oder gegenwärtigen Beispielen argumentieren, wenn man so will, einzelne Mosaiksteine beschreiben, das allumfassende Bild und die letztendliche Wahrheit gibt es nicht. „Für Prophet und Führer" heißt eine 2017 von David Motadel publizierte Studie über „die Islamische Welt und das Dritte Reich", die nicht nur Mohammed Amin al-Husseini, den Großmufti von Jerusalem, der von Hitler gefördert wurde, sondern einen ganzen Mikrokosmos von Beziehungen der islamischen Welt zum Dritten Reich beschreibt. Man kann dagegen aber auch das andere historische Paradebeispiel setzen: das sogenannte goldene Zeitalter im maurischen Spanien. Ein dritter Weg wäre, die im Koran befindlichen sich auf Juden und Christen beziehenden Textstellen zu analysieren. Wieder eine andere Methode könnte sein, die Abstimmung der in islamischen Ländern lebenden Juden nach der Gründung des Staates Israel zu beschreiben, wo es einen Exodus von Tunesien über Marokko bis hin zum Jemen gegeben hat.

Wir könnten auch in die Geschichte Europas blicken und würden sehr schnell sehen, dass Toleranz über Jahrhunderte hinweg im christlich geprägten Europa nicht praktiziert wurde, weder gegenüber Juden oder Muslimen, noch gegenüber christlichen Gruppen, denen die Kirche den Status von Häretikern gegeben hat. Und auch nach der Reformation gab es über alle konfessionellen Schranken hinweg eine Brücke: die nach Europa drängenden Türken, sprich Muslime, waren abzuwehren. Kein Wunder, dass zur Finanzierung dieser „Türkenkriege" die erste Reichssteuer erhoben wurde, ja, wurde die so verstandenen Landesdefension zu einem Schwungrad der Staatsbildung im christlich geprägten Europa. Wer nun Aufklärung und Säkularisierung im christlich geprägten Europa als Errungenschaften feiert, sollte sich in Erinnerung rufen, dass der fabrikmäßige Massenmord an den europäischen Juden von zumindest christlich geprägten Personen geplant und durchgeführt wurde.

Das osmanische Reich - vom Bosporus bis Gibraltar – vereinigte alle Strömungen im Islam, alle Ethnien und Religionen, unter ihnen koptische Christen wie sephardische Juden, Kurden wie Armenier… Wo heute innerhalb von im wesentlichen im 20. Jahrhundert geschaffenen Nationalstaaten sich Nationalitäten, Religionen, ja unterschiedliche Lesarten gleicher Religionen erbitterte Kämpfe liefern, selbst Nationalstaaten keine Ordnungsmuster darstellen, sondern Tribalismus herrscht, ist auch der Islam als Ordnungsfaktor gescheitert. Wer sich auf den Islam in einer bestimmten historischen Lesart beruft, der proklamiert ein rückwärts gewandtes – fundamentalistisches - Erinnern, z.B. an die ach so homogenes Islamisches Staatsgebilde. Dieser Fundamentalismus beruft sich auf Vergangenheiten, die es so nicht gegeben hat und verklärt diese. Aber das Osmanische Reich war toleranter als vieles, was sich gegenwärtig auf den Islam beruft. Denn z.B. die einzige Großstadt Europas mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit, Saloniki, gehörte bis 1912 zum Osmanischen Reich, ja einige zehntausend Juden siedelten dann nach einer Abstimmung in die Türkei über, weil sie Muslime für toleranter einschätzten als die griechisch-orthodoxe Kirche. Dass diese Juden dann noch Jahrzehnte später in der Türkei als „Griechen" wahrgenommen wurden, und anlässlich der Zypern-Krise 1973 Ziel von antigriechischen Gewalttätigkeiten wurden, gehört zu den Absurditäten des 20. Jahrhunderts.

Bernhard Lewis schreibt in seinem Buch „Der Islam und die Juden", der „Rang eines vollwertigen Mitglied in der Gesellschaft blieb freien männlichen Muslimen vorbehalten. Diejenigen, denen eine der drei wesentlichen Qualifikationen fehlte – also Sklaven, Frauen und Ungläubige-, galten nicht als gleichwertig." Lewis führt dann aus, dass es einen Unterschied zwischen diese drei gäbe. Frauen konnten sich ihr Geschlecht nicht aussuchen, Ungläubige hatten ihr Schicksal jedoch durch Konversion in eigener Hand. Lewis führt dann an, es hieße in der Sure II, 257 „Zwingt keinen zum Glauben", weist aber auch darauf hin, dass die Sure V,52 belegt „man solle keinen Juden oder Christen zum Freund oder Verbündeten" nehmen. Aber wie der Streit um den neuesten Aufsatz vom emeritierten Papst Benedikt zeigt, auch im ach so harmonischen Dialog zwischen Christen und Juden gibt es noch viel Spielraum für Zwist und gegen einen Dialog auf Augenhöhe. Wem das Frauenbild in muslimischen Staaten missfällt, kann über die Frauen ausschließende Priesterweihe in der katholischen Kirche genauso wenig begeistert sein, wie die Verweigerung des Handschlags mit Frauen von ultraorthodoxen Juden. Wenn wir Defizite beim Anderen zum Maßstab machen, kommen wir nicht zum Dialog. Ja, es gab und gibt alles: Antijüdisches oder auch Antisemitisches im Christentum, Antijüdisches oder Antisemitisches im Islam, aber auch Antichristliches oder Antiislamisches im Judentum. Wenn wir uns dabei aufhalten, sind wir wieder im frühen 20. Jahrhun-

dert. Aber Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit haben gemeinsam seit Ende der 1940er Jahre in dem Land von dem der Mord an den europäischen Juden geplant und ausgeführt worden war den Aufbruch gewagt, katholischen Christen war zunächst die Teilnahme an den Gesellschaften nicht erlaubt, und doch ist es eine erfolgreiche Bürgerinitiative geworden, die christlich-jüdisches Miteinander lebt. Das ist der Anspruch, das soll das Vorbild werden für den Umgang mit Muslimen und für den Umgang von Muslimen mit Christen und Juden.

Ende 2017 konnte man im Berliner Gropius Bau eine wunderbare Ausstellung sehen: „Juden, Christen, Muslime – Zum Dialog der Wissenschaften 500 bis 1500". Schlägt man hingegen eine Zeitung auf, dann sind Judentum, Christentum und Islam heute unüberbrückbare Gegensätze. Dass das nicht immer so war, davon konnte man in dieser Ausstellung Zeugnisse sehen, aber man gebe sich nicht der Illusion hin, dass das damals selbstverständlich war. Es war nicht selbstverständlich und leider, es ist nicht selbstverständlich: dass das nicht so bleiben wird, dafür arbeiten Juden, Christen und Muslime z.B. im House of One in Berlin, in abrahamitischen Foren und anderen experimentalen Unternehmen des Dialogs oder des Tri-Dialogs.

Die z.B. im House of One versuchen aufeinander zugehen sind quasi in einem Chatroom – da sitzen Muslime, Christen und Juden und suchen nach religiösen Konzepten für die Welt von morgen – jeder für sich in seinem Sakralraum und alle gemeinsam im Zentralraum in der Mitte.

Wirft man einen Blick in den Katalog der Ausstellung „Juden, Christen, Muslime - Zum Dialog der Wissenschaften 500 bis 1500", so sieht man die Zeugnisse der Auseinandersetzung der jüdischen Gelehrten mit der Astronomie. Es wird dann klar, dass die ursprünglich griechischen Gelehrtentexte ins Arabische übertragen waren und nun ins Hebräische weiterübersetzt wurden. Wissenstransfer nennt man das heute – und diese Ausstellung zeigte, wie künstlerisch und meisterhaft diese Bücher gestaltet waren.

Wir bewegen uns im maurischen Spanien in einem Kosmos, der medizinische und astronomische Erkenntnisse über religiöse Schranken hinweg in einem interkulturellen Chatraum, so würde man heute wohlmöglich einen solchen Wissenstransfer nennen, möglich machte.

Als ich in den Jahren vor 1992 die Ausstellung „Jüdische Lebenswelten" konzipierten, hatte zuvor schon 1989 hier im Martin-Gropius-Bau die Ausstellung „Europa und der Orient – 800 – 1900" zu sehen gegeben, die auf eindrücklichste Weise belegte, wie sehr „das Abendland" vom „Morgenland" geprägt worden war. In den Lebenswelten zeigten wir dann, dass dieser Transfer von Wissen aus der hellenistischen Antike, über das maurisch-jüdische Goldene Zeitalter in die Protoneuzeit am Ende des Mittelalters einmündete.

Blickt man auf die hebräischen Bücher dieser Zeit, sieht man nicht nur Kunstwerke, wie die Mikrographie eines Löwen mit dem Text des Anfangs des Ezechiel-Buches sondern auch hebräische Handschriften, deren Text durch die unveränderte Bibelüberlieferung heute nicht anders gedruckt werden, als damals geschrieben – mit dem kleinen Unterschied, dass die Schriftmeister vergangener Jahrhunderte schöner schrieben, als heute die aus Wordprozessoren heraus erzeugten elektronischen Buchstaben.

Aber das Faszinosum der Handschriften hier ist nicht nur ihre Schönheit, sondern auch, dass etliche der Protagonisten, noch heute für die jüdische Rezeption von Bibel, Talmud und Weltanschauungsschriften in der jüdischen Tradition lebendig sind.

Ibn Maimun (1135 Cordoba bis 1205 Fustat), der in der heutigen jüdischen Rezeption in seiner gräzisierten Namensform Maimonides genannt wird, oder Ibn Esra (1092 Tudela bis 1165), um nur zwei Protagonisten zu nennen.

Maimonides hat als Arzt, Astronom und Religionsphilosoph gewirkt und ist in jedem gängigen Siddur – jüdischen Gebetbuch mit der volkstümlichen Kurzfassung seiner 13 Glaubensgrundsätze präsent. Wir durchschreiten hier also nicht nur eine Schatzkammer mit historischen Belegstücken, sondern auch Texte, die noch immer ihre Bedeutung haben.

Der zwölfte Glaubensgrundsatz des Maimonides lautet: Ich bin vollkommen von der Ankunft des Gesalbten überzeugt, und wenn er auch zögert, trotzdem hoffe ich täglich auf ihn, das er kommen wird.?

Als hätte die Lehre vom Kommen des Messias kein Glaubwürdigkeitsproblem in der jüdischen Tradition. Gerade die vielen falschen messianischen Figuren, zu denen nach jüdischer Vorstellung auch Jesus von Nazareth gehört, riefen zu allen Zeiten große Skepsis hervor. Maimonides

führt aus, der Messias werde kommen, wenn die Menschen entweder gut genug seien, um sein Kommen möglich zu machen, oder böse genug seien, um sein Kommen nötig zu machen.

Emil Fackenheim, einer der bedeutendsten Post-Schoa-Theologen, kommentiert dies folgendermaßen: ***„Es kam eine Zeit, als diese beiden Bedingungen erfüllt waren, aber der Messias ist nicht gekommen."*** Will sagen, während des Holocaust also machte die menschliche Bosheit das Kommen des Messias nötig. Aber er kam nicht.

Tadeusz Borowski, kein Jude, aber als Pole ins KZ verbracht, wurde gefragt, warum er und seine Leidensgenossen nicht einen von den Nazi-wächtern niederschlugen, um dann selbst zu Hunderten niedergeschossen zu werden? Oder warum sie nicht, wenn sie auch dieser geringen Möglichkeit beraubt waren, wenigstens ihre eigenen Handgelenke oder Kehlen aufzuschlitzen? Er antwortet:

„Die Hoffnung ist es, die Menschen … davon abhält, Aufruhr zu planen."

Heinz Galinski hat mir einmal zu Protokoll gegeben: ***„Als sich die Lagertore hinter mir schlossen, hatte ich mit meinem Leben abgeschlossen, weil ich mir darüber im klaren war, daß unter solchen Bedingungen ein Überleben unmöglich ist. […] Für mich war es eigentlich klar: Hier kommst Du nicht mehr heraus! Aber andererseits, wenn man lebt und solange noch ein Fünkchen Leben in einem steckt, versucht man sich selbst unter solchen Bedingungen etwas vorzumachen. Ich habe überlebt, indem ich mir etwas vorgemacht habe, Illusionen vorgegaukelt habe! […] Aber so habe ich mir selbst Mut eingeflößt in der vagen Hoffnung, vielleicht doch einmal herauszukommen."***

Wenn ich Zeitung lese, könnte man meinen, es sei hoffnungslos: Juden, Muslime und Christen können in dieser Welt nicht zusammenfinden. Aber so wie Galinski gesagt hat, solange der Mensch lebt, hat er Hoffnung.

Und dann fällt mir immer der Text von Maimonides ein: ***„Ich bin vollkommen von der Ankunft des Gesalbten überzeugt, und wenn er auch zögert, trotzdem hoffe ich täglich auf ihn, das er kommen wird."***

Gegenwärtig sitzen in der Vorbereitungsgruppe des House of One in Berlin ein Imam, ein Pfarrer und ich oft zusammen und schauen auf unser Erbe, das sich in so unterschiedlichen und doch mit- und gegeneinander verbundenen Strömen und Strömungen begegnet. Ja, und wir hoffen!

Die alte Gelehrsamkeit ist dahin, religiöse Haltungen fast zu Folklore geworden. Das himmlische Jerusalem mit einem irdischen Ort im Nahen Osten gleichgesetzt, an die Stelle eines Reiches – des Osmanischen Reiches – in dem die Sonne nicht unterging, ist nicht nur Nationalismus getreten, sondern wie man nach den Militärinterventionen im Nahen Osten sehen kann, Tribalismus.

Von den ganzheitlich Forschenden und Lehrenden Gelehrten des Mittelalters, von den Schöpfern der Manuskripte in der Ausstellung, bleiben heute Akademiker, die buchstäblich nicht mehr das Wort kennen, sondern nur noch den Buchstaben, den aber in all seinen Dimensionen.

Ja, es gibt heute viele, die meinen, **der** Islam könne kein Partner für Diskurse auf Augenhöhe sein und liefern dafür bruchstückhafte „Beweise" ihres Islambildes. Ich würde dagegen sagen, diesen einen Islam gibt es sowenig, wie es ein monolithisches Judentum oder ein hierarchisches von Rom aus bestimmtes Christentum gibt. Es gib auf Erden nicht ***den*** Engel, hoffentlich auch nicht ***den*** Satan oder Bösewicht. Alles hängt davon ab, wie wir miteinander umgehen. Alle, die an einer besseren Welt mitwirken wollen, müssen in Chatrooms eintreten, Chatrooms des Dialogs zwischen Juden und Christen oder zwischen Christen und Juden oder auch des Tri-Dialogs von Christen und Muslimen einerseits und von Juden andrerseits, wie ds zum Beispiel die beiden Arbeitskreise Christen und Juden und Christen und Muslime beim Zentralkomitee der Katholiken gelegentlich tun.

Pfarrer Gregor Hohberg, der spiritus rector des House of One, Imam Kadir Sanci und ich und die anderen Mitstreiterinnen und Mitstreiter, wie Pfarrerin Corinna Zisselsberger, Imam Osman Örs, Kantorin Esther Hirsch, wir sitzen wieder in einem Chatroom – wir sind Geschwister im Glauben – Und ja! – Wir hoffen, ja klar ich – auf die Ankunft des Messias oder Ihr – dass er wiederkehrt. Wir tauschen uns aus in einer Welt der Fake News, des Hasses und der Durchsetzung von Positionen mit Gewalt. Worüber sprechen wir? Wir sprechen über Gemeinsames und Trennendes – aber das wichtigste ist, wir sprechen in Liebe miteinander über die Hoffnung, dass es morgen nicht nur in unserem Chatroom, sondern in der Welt wirkt. Und in einem solchen Chatroom ist dann nichts Antijüdisches oder Antisemitisches mehr, aus einem solchen Chatroom kommt die Gewissheit: Alle kochen Tee mit Wasser.

Das ist das Rezept: Man nehme…. und am Ende wissen es nicht nur die im chatroom, sondern alle: wir können nur gemeinsam die Probleme dieser Welt lösen.

Wie sagt doch der Psalmist: ***„Siehe, wie schön und lieblich ist es, wenn Geschwister friedlich beieinander sitzen!"*** Hine, ma tow u'manajim, schewet achim gam jachad! ■

Rabbiner Prof. Dr. Andreas Nachama

geb. 1951 in Berlin. 1972-1981 Studium der Geschichte u. Judaistik an der FU Berlin. 1977-1979 wiss. Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte, Ruhr-Universität Bochum. 1980-1993 leitender Mitarbeiter bei den Berliner Festspielen. Seit 1987 Leiter der Dauerausstellung Topographie des Terrors, seit 1994 geschäftsführender Direktor der Stiftung Topographie des Terrors. Seit 2005 Professor am Touro College Berlin/New York. 1997-2001 Vorstandsvors. der Jüd. Gemeinde Berlin, Mtgld. des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland. Seit Wiedereröffnung der Synagoge Hüttenweg im Gebäude des ehemaligen Chaplain Centers in Berlin deren Rabbiner.

TEXT ■ **Michael Rubinstein**

Ohne mit und aber

JÜDISCH SEIN im heutigen Deutschland

Im Jahr 2018 ist jüdisches Leben in vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland vielfältig, vital und in der Fläche verbreitet. Insbesondere dank der Zuwanderung von Jüdinnen und Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und ihren zahlreichen Angehörigen, die nicht dem jüdischen Glauben angehören, konnte sich unter Anwendung des sogenannten Kontingentflüchtlingsgesetzes seit Ende der Achtziger Jahre eine große und mannigfaltige jüdische Gemeindelandschaft entwickeln, die man lange nicht ernsthaft auch nur ansatzweise für möglich gehalten hätte. Doch frei nach Theodor Herzls berühmten Ausspruchs „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen" wurde diese einmalige Chance für das Überleben der hiesigen jüdischen Gemeinden und Gemeinschaft ergriffen.

Im Jahr 1990 führten die hiesigen jüdischen Gemeinden 29.089 Mitglieder in ihren Listen. 2006 waren es rund 107.794 Personen. Niemals waren es mehr seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und dennoch weniger als ein Fünftel der in der Shoa vernichteten jüdischen Bevölkerung. Insbesondere bedingt durch die Alterszusammensetzung und dem staatlich verordneten Ende der jüdischen Zuwanderung hat sich die Mitgliederzahl bei knapp 100.000 Jüdinnen und Juden eingependelt. Es ist davon auszugehen, dass insgesamt rund 250.000 Menschen jüdischen Glaubens fest oder temporär in Deutschland leben.

Unter dem Dach des Zentralrats der Juden in Deutschland sind heute 105 Gemeinden versammelt, die Union der progressiven Juden vertritt über 28 Mitgliedsgemeinden. Die Größen könnten unterschiedlicher nicht sein. Kleine Gemeinden mit weniger als 100 Personen bewahren und bieten jüdisches Leben im Rahmen ihrer Möglichkeiten ebenso wie Großgemeinden mit knapp 10.000 Mitgliedern. Das religiöse Spektrum reicht dabei von liberal bis orthodox. Auch weltweit agierende jüdische Organisationen sind mittlerweile stark in Deutschland aktiv, beispielsweise Chabad Lubavitch und The Ronald S. Lauder Foundation. Auch sie bieten mancherorts ein eigenes jüdisches Gemeindeleben an.

Der frühere Bundes- und Ministerpräsident Johannes Rau sel. A. zitierte 1997 bei der Einweihung der neuen Synagoge in Recklinghausen die Worte des heutigen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Dr. Salomon Korn: „Wer ein Haus baut, will bleiben". Ministerpräsident a.D. Dr. Jürgen Rüttgers ergänzte bei der Eröffnung der Synagoge in Gelsenkirchen am 2. Februar 2007: „Wer eine Synagoge baut, will auch, dass seine Kinder und Enkelkinder bleiben. Und er will noch mehr. Er will dem Leben eine Richtung geben, Werte vermitteln, eine Kultur leben und weitergeben." Das ist wichtig in einer Zeit, in der fast alles immer wieder in Frage gestellt und relativiert wird.

Genau dieser Herausforderung stellen sich die mehr als 100 Jüdischen Gemeinden in Deutschland tagtäglich. Von der Wiege bis zur Bahre – die Leistungen der Gemeinden sind kaum besser zu beschreiben. Vom Kindergartenalter bis hin zu den Seniorinnen und Senioren reicht die religiöse, soziale und kulturelle Betreuung der Mitglieder. Dank der erfreulichen Entwicklungen in vielen Gemeinden konnten vor allem zahlreiche Kindertagesstätten eröffnet werden und bereits

lange bestehenden Einrichtungen wachsen. So ist beispielsweise die Jüdische Kindertagesstätte in Düsseldorf mittlerweile die größte Einrichtung dieser Art der ganzen Stadt. Grundschulen haben erfolgreich ihren Betrieb aufgenommen und mit dem Albert-Einstein-Gymnasium in Düsseldorf hat 2016 die erste weiterführende jüdische Schule in der nordrhein-westfälischen Geschichte eröffnet, dem Bundesland mit der größten jüdischen Bevölkerung.

Die Gemeindeaufgaben – und die damit verbundenen personellen, infrastrukturellen sowie finanziellen Herausforderungen – wachsen, sowohl durch neue Angebote für junge Menschen und Familien, im Bereich der sozialen Daseinsvorsorge älterer Mitglieder (beispielsweise betreutes Wohnen, Elternheime, Umgang mit Familienmitgliedern mit einer Demenzerkrankung, Inklusion von behinderten Menschen) als auch in Bildungsfragen und Kultusangelegenheiten. Eine aktive Jugendarbeit mit Blick auf Zukunftsperspektiven ist für viele Gemeinden eine Selbstverpflichtung. Nachwuchsförderung und attraktive Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene bekommen ein immer stärkeres Gewicht – sie bilden die Zukunft einer stabilen und innovativen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Darüber hinausgehend betreuen die Gemeinden zusätzlich die zahlreichen nichtjüdischen Familienangehörigen, die keine Gemeindemitglieder sein können. Da dieser Personenkreis sowohl in der Kinder- und Jugendarbeit, Familienbetreuung, Seniorenbetreuung und der allgemeinen sozialen Beratung einbezogen wird, ist dieses ein erheblicher Mehraufwand, der aber gerne und selbstverständlich geleistet wird als Teil des Selbstverständnisses bei der Integration von Familien in das Gemeindeleben.

Die Professionalisierung in der Arbeit wird vorangetrieben, auch durch spezielle Studiengänge und Ausbildungsangebote. Die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg setzt sich wissenschaftlich mit allen Facetten jüdischer Religion, Geschichte, Kulturen und Gesellschaften auseinander und bildet ihre Studenten auch in vielfältiger Weise für die Arbeit in den Gemeinden aus. Dass in Deutschland mittlerweile wieder Rabbiner und Kantoren, liberal wie orthodox, ausgebildet und ordiniert werden, ist ein besonders hervorzuhebender Aspekt hiesigen jüdischen Lebens.

Der bauliche Zustand von Synagogen und Gemeindezentren bedeutet ein bereits bestehendes und in den kommenden Jahren weiter steigendes Investitionsvolumen der Gemeinden. Eine Vielzahl der Synagogen und Gemeindehäuser wurde in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts errichtet – und das ursprünglich für weit weniger Gemeindemitglieder. Die bisher genutzten jüdischen Friedhöfe – im Judentum gilt die Totenruhe für die Ewigkeit – sind zunehmend voll belegt, was zwangsläufig zu der Notwendigkeit führt, neue Friedhofsflächen erwerben und die dazu erforderliche Infrastruktur wie z.B. Friedhofshallen schaffen zu müssen.

Bis hierhin könnte man vermuten, dass jüdisches Leben wieder seinen Platz in der Mitte der deutschen Gesellschaft gefunden hat – ohne wenn und aber. Die aktuelle Realität sieht jedoch leider anders aus. Es fängt verhältnismäßig klein an – wenn wir, jüdische Menschen, gerne als Mit-Menschen bezeichnet werden. Wieso bitteschön denn „Mit“? Wir sind Menschen und Bürger dieses Landes ohne „mit“ und aber! Wir möchten nicht den Eindruck vermittelt bekommen, man lässt uns irgendwie dabei, jedoch nicht mittendrin sein. Wir sind eine Minderheit in diesem Land, die sich klar und eindeutig zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennt, die hier geltenden Regeln und Gepflogenheiten beachtet und strukturell die öffentlich-rechtlichen Vorgaben dieses Landes erfüllt. Wir möchten auf Augenhöhe, als integrierter und integraler Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden.

Dass jüdisches Leben hier aktuell weder selbstverständlich noch unbeschwert möglich ist, kann jeder nachempfinden, der schon mal vor einem der bewachten Gemeindezentren gestanden hat. Die Anzahl der zu schützenden jüdischen Einrichtungen ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Die sich verschärfende Sicherheitslage erfordert mittlerweile einen bisher so nicht gekannten organisatorischen, logistischen und personellen Aufwand, der die Gemeinden teilweise an den Rand ihrer Möglichkeiten führt.

Das bereits verwendete Zitat von Dr. Salomon Korn lautet in Gänze: „Wer ein Haus baut, will bleiben, und wer bleiben will, erhofft sich Sicherheit“. Das Thema Sicherheit spielt für jüdische Menschen und Gemeinden in Deutschland eine fundamentale Rolle. Insbesondere diejenigen, die nach der Gründung der Bundesrepublik Mut und Vertrauen in ein „neues Deutschland“ gesetzt haben, die die jüdischen Gemeinden aufgebaut, mit Leben gefüllt und die Generationen ihrer Kinder und Enkelkinder hier aufwachsen sahen, taten dies in der Überzeugung, dauerhaft ein friedliches und freies Leben führen zu können.

Und heute? Wenn man diesen Menschen die Frage stellt, ob sie sich nach wie vor sicher in diesem Land fühlen, ziehen sich immer häufiger die Augenbrauen hoch und der Blick wird traurig. Und auch wenn als Antwort kein klares Nein erfolgt, so aber doch kein klares Ja. Eher ein: „Noch“. Denn: der Antisemitismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und in einer unseligen Allianz zusätzlich unter dem Deckmantel der Israelkritik importiert worden. Manchmal beschleicht einen das Gefühl, dass innerhalb kürzester Zeit aus dem

vielzitierten Satz „Das darf man so nicht sagen“ eine noch viel häufiger zu hörende Aussage „Das darf man ja wohl sagen dürfen“ geworden ist. Antisemitismus ist kein Phänomen mehr, welches man ausschließlich bekannten Gesinnungsgenossen, Neonazis oder neuerdings auch Flüchtlingen unterstellen bzw. zuordnen kann. Antisemitische Einstellungen gab es schon immer. Man macht es sich nicht nur zu leicht, sondern man verdreht die historischen Tatsachen, wenn man den heutigen Antisemitismus vor allem unter hierhin geflüchteten Menschen und Muslimen verortet. Nach den aktuellen Studien hegen je nach Fragestellung zwischen fünf und 20% der Deutschen antisemitische Vorurteile – das sind mehr als alle Muslime und Flüchtlinge zusammen, die hier leben – und diesen Menschen kollektiven Antisemitismus zu unterstellen verbietet sich von selbst. Also nennen wir das Kind beim Namen: Der deutsche Antisemitismus ist in erster Linie ein Phänomen der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Jüdische Schüler werden auf deutschen Schulhöfen gemobbt, das Tragen einer Kippa wird seitens des Zentralrats der Juden in Deutschland nicht mehr überall als unbedenklich eingestuft, „Jude“ ist wieder ein Schimpfwort geworden, antisemitische Vorfälle in Form von Schmierereien, Beleidigungen und tätlichen Angriffen nehmen zu. Die verbale und körperliche Gewaltbereitschaft wächst, Hemmschwellen schwinden zunehmend, ob im offenen Gespräch miteinander, bei Demonstrationen oder im Internet. Statt sich hinter der Anonymität im Netz zu verstecken, werden ungehemmt sowie unter Angabe des Klarnamens antisemitische Stereotype, üble Beschimpfungen und Hassbotschaften in den sozialen Netzwerken verbreitet. Dies ist eine bedrohliche Entwicklung, die sicherlich im Kontext der allgemein festzustellenden Verrohung der Sitten zu erklären ist. Was es aber nicht besser macht.

Die Verquickung jüdischen Lebens in Deutschland mit der Politik des Staates Israel ist ein weiterer Beleg für den offener auftretenden Antisemitismus, der nur allzu gern unter dem Deckmantel der sogenannten „Israelkritik“ daherkommt. Selbstverständlich darf man in einem demokratischen Staat die Politik eines anderen Staates kritisieren. Dies schließt Israel ein. Dennoch erschließt es sich nicht, warum in einer Zeit globaler Krisen, Kriege, ethnischer Säuberungen und brutaler Missachtung von Menschenrechten ausgerechnet der Staat Israel hierzulande einer überwiegend negativ konnotierten Medienpräsenz ausgesetzt wird und bei Vorträgen und Diskussionsrunden besonders gerne als Begründung für Antisemitismus herhalten muss. Wenn ich Vorträge über jüdisches Leben in Deutschland halte, kann ich mir sicher sein, das Thema Israel wird seitens der Zuhörer aufkommen. Es scheint offenbar klar zu sein, dass man als deutscher Jude gleichzeitig Israeli ist oder zumindest dazu berufen, sich als Vertreter des Staates Israel bitte Kritik an dessen Politik anhören zu müssen. Als ich 2012 als unabhängiger Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg kandidierte, bekam ich – damals noch unter falschen Namensangaben – unter anderem diese beiden Emails geschickt: „Was Rubinstein als OB-Kandidat angeht, finde ich das nicht gut. Ich finde, wir brauchen – gerade jetzt – in Duisburg einen deutschen OB. Rubinstein kann ja gerne ihren jüdischen Club weiterleiten. Da habe ich nichts dagegen, betrifft mich ja nicht. Schließlich schicken wir ja auch keinen Deutschen nach Israel mit dem Ziel, ihn zum israelischen Ministerpräsidenten zu machen.“ Und: „Der Rubinstein ist nicht wählbar, zumindest für mich und die meisten, weil er sowieso nur jüdische Klientelpolitik machen würde und das braucht Duisburg nun wirklich nicht, da die meisten Duisburger ganz normale Bürger sind. Mal sehen, wen die nationaldemokratische Partei im Angebot hat.“ Würde ich heute kandidieren, wären solche Nachrichten wahrscheinlich noch die harmloseren und unter Angabe des richtigen Namens an mich gerichtet worden.

Auch die in Deutschland sehr starke BDS-Bewegung (Boycott, Divestment and Sanctions) verbreitet vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel nichts anderes als altbekannte antisemitische Propaganda. Wenn beispielsweise Künstler fordern, den Eurovision Song Contest 2019 in Tel Aviv zu boykottieren, ist das die neuzeitliche Variante von „Kauft nicht bei Juden“. Dass man solche Botschaften dann gerne von Geräten mit darin verbauter israelischer Chip-Technologie verschickt, sei nur am Rande erwähnt, zeigt aber deutlich, es geht um etwas anderes, nämlich endlich eine Möglichkeit entdeckt zu haben, wie man antisemische Vorurteile in eine oberflächlich elegante Politikkritik hüllt. Dass sich diese Tendenzen insbesondere auch in der Evangelischen Kirche ausbreiten, ist besorgniserregend und sorgt dafür, das über Jahrzehnte gewachsene Vertrauen und Miteinander aufs Spiel zu setzen. Man gewinnt an der einen oder anderen Stelle den Eindruck, dass langjährige Freunde stückchenweise abrücken oder sich zumindest in einem innerkirchlichen Konflikt befinden, der mitunter dazu führt, dass man zwischen zwei Stühlen sitzt. Und wir wissen leider nur zu gut: dabei kann man auch auf den Boden fallen. Wir brauchen gerade jetzt dringender denn je einen festen und womöglich auch konstituierten Dialog zwischen Juden und Christen, wie auch zwischen Juden und Muslimen und einen Trialog miteinander. „Sag mir wer Deine Freunde sind und ich sage Dir wer Du bist.“ Ein Satz, dem heute eine enorme Bedeutung zukommt. Jedoch ist nicht immer klar, wer denn die Freunde nun tatsächlich sind. Die Feinde meines Feindes sind es auf jeden Fall nicht. Hierbei sind wir als Jüdinnen und Juden zur äußersten Wachsamkeit aufgerufen. Wir dürfen uns nicht für den offen formulierten Hass gegenüber Muslimen und anderen Minderheiten instrumentalisieren lassen, vor allem nicht von Politik und Parteien. Unsere Vergangenheit soll und muss uns Warnung genug sein. Hass und Gewalt wird nicht vor unserer Tür halt machen. Wer heute gegen Muslime wütet, sucht sich morgen uns Juden als neues Feindbild aus. Gerade auch aus diesem Grund entzieht es sich meines jeglichen Verständnisses, wenn Juden in eine Partei eintreten, die Minderheiten diffamiert und in Teilen offen vernehmbar antisemitisch ist.

Die Politik hat den Ernst der Lage womöglich erkannt. Doch auch die Berufung von Antisemitismus-Beauftragten und die Einrichtung von Meldestellen für antisemitische Vorfälle verändern kein Bewusstsein oder eine Geisteshaltung. Was wir dringend benötigen, ist eine Bildungspolitik, die sich den neuen Gegebenheiten anpasst – keine verpflichtenden Besuche von Konzentrationslagern, dafür intensiven Schüler- und Studentenaustausch zwischen Deutschland und Israel; und wieso ergänzen wir nicht jeden Besuch eines jüdischen Friedhofs und die Recherche über die in der Shoa vernichteten Juden durch einen Besuch einer nächstgelegenen Jüdischen Gemeinde? Wir brauchen keine Leitkultur, aber Leitlinien für das friedliche und offene Miteinander. Dazu gehört sowohl fordern und fördern wie auch belohnen und sanktionieren. Ein Hitlergruß auf dem Schulhof ist und bleibt eine Straftat, die zum Schulverweis führt – und eben kein Kavaliersdelikt. Mit Sicherheit brauchen wir mehr Mut, Zivilcourage und vor allem eigenes Engagement. Ein aktives Agieren anstatt ein passives Reagieren. Womöglich wird an der einen oder anderen Stelle auch das von uns allen verlangt, was Bundeskanzler a.D. Gerhard Schröder am 4. Oktober 2000 nach einem Anschlag auf das Gemeindezentrum der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf wie folgt formulierte: „Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen, wegschauen ist nicht mehr erlaubt“. Heute gilt dies mehr denn je. ■

Michael Rubinstein, *geboren 1972 in Düsseldorf, ist seit Mitte 2015 als Geschäftsführer des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein tätig, dem mitgliederstärksten jüdischen Landesverband Deutschlands, mit Sitz in Düsseldorf. Durch seine Kandidatur als unabhängiger Oberbürgermeister für die Stadt Duisburg rückte er 2012 in einen breiteren Fokus der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor veröffentlichte er das Buch „So fremd und doch so nah – Juden und Muslime in Deutschland“.*

DEIN CHRISTUS EIN JUDE
DEIN AUTO EIN JAPANER
DEINE PIZZA ITALIENISCH
DEINE DEMOKRATIE GRIECHISCH
DEIN KAFFEE BRASILIANISCH
DEIN URLAUB TÜRKISCH
DEINE ZAHLEN ARABISCH
DEINE SCHRIFT LATEINISCH

UND DEIN NACHBAR NUR EIN AUSLÄNDER?

Autor unbekannt

Antisemitismus in Europa

Der Artikel spiegelt die persönliche Meinung der Autorin wider, nicht notwendigerweise die Meinung der EU Kommission.

TEXT ■ **Katharina von Schnurbein**

Europa 2018. In Paris wird die Holocaust-Überlebende Mireille Knoll brutal ermordet. In Bonn wird ein amerikanisch-jüdischer Professor tätlich angegriffen und in Berlin ein arabischer Israeli, beide weil sie eine Kippa tragen. In London gehen Mitglieder der Labourpartei, viele von ihnen Jüdinnen und Juden und Mitglieder der jüdischen Gemeinde auf die Straße, um gegen antisemitischen Antizionismus in der Labourpartei zu demonstrieren. Sie sind das öffentliche Demonstrieren so wenig gewohnt, dass ein Soundsystem vergessen wurde. In Ungarn wird aus der Soroskampagne, das „Sorosgesetz", das Hilfe für illegale Migranten unter Strafe stellt. In Österreich finden sich Gesangbücher aus FPÖ-nahen Kreisen mit judenfeindlichen Texten. In Bulgarien findet der Lukovmarsch statt, in vielen west- und mitteleuropäischen Städten der Al-Qudstag. In Belgien wird eine Schulbuch-Karikatur öffentlich, die eine stereotypisches Bild eines Juden zeichnet, der in der Badewanne liegt und einer Palästinenserin das Wasser klaut. In Spanien treiben Teile der Podemos Partei durch Beschlüsse von Stadträten den Boykott israelischer Kultur, Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft voran, wohlgemerkt nur gegen Israel und kein einziges anderes Land. In Italien kleben Fussballfans von Lazio Rom dem Erzfeind AS Rom Aufkleber von Anne Frank auf die Plätze. Ein eindeutiger Hinweis, wohin der Gegner geschickt werden soll. In Amsterdam überlegt der Besitzer eines koscheren Restaurants nach wiederholten Angriffen, sein Restaurant zu schließen. In mehreren europäischen Ländern wechseln jüdische Kinder von öffentlichen auf jüdische Schulen und Mitschüler weigern sich teilweise, am Shoa Gedenktag aufzustehen.

Die Liste könnte fortgesetzt werden. In Europa 2018 finden sich antisemitische Vorurteile, Diskriminierungen und Hass in allen Ausprägungen, in allen Ländern, in allen Schichten der Gesellschaft, unabhängig von der Größe der jüdischen Gemeinde. Mal gewaltbereit, mal ‚nur' als mündliche Nadelstiche, die die jüdische Identität im öffentlichen Diskurs in Frage stellen und eine feindselige Atmosphäre schaffen für offenes, jüdisches Leben.

Dort, wo antisemitische Vorfälle umfassend aufgezeichnet werden, sind die Zahlen auf Rekordniveau: in Deutschland und Großbritannien (2017) und Frankreich (2016) wurden vier antisemitische Zwischenfälle pro Tag registriert. Dabei beträgt die Mitgliederzahl der jüdischen Gemeinde in allen europäischen Ländern deutlich weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Gleichzeitig sind Juden weit überproportional Opfer von Hassverbrechen, verglichen mit anderen Minderheiten. Ein Drittel aller Hassverbrechen finden in Frankreich statt, fast jedes Zweite in den Niederlanden.

Europa steht am Scheideweg – Juden stellen sich die Frage, ob sie und ihre Kinder in Europa noch eine Zukunft haben, ob die Regierungen, Behörden und Gesellschaft an ihrer Seite stehen werden, wenn sie bedroht werden, ob ihnen die nötige Sicherheit gewährt wird und ob sie eine gewisse Segregation in Kauf nehmen wollen, um integraler Teil der Gesellschaft zu bleiben oder innerlich schon auf gepackten Koffern sitzen.

Wie sind antisemitische Aussagen und Handlungen wieder salonfähig geworden?

Im öffentlichen Diskurs zeigen Linke auf Rechte und Rechte auf Muslime. Die sogenannte Mitte der Gesellschaft zeigt auf alle, aber da weisen bekanntlich drei Finger auf einen selbst zurück. Viel schwieriger als auf andere zu weisen, aber viel effektiver ist es, Antisemitismus in den eigenen Reihen anzuerkennen und zu bekämpfen: Als Echopreisträger die antisemitischen Texte anderer Echopreisträger herauszustellen, braucht Mut. Einen antijüdischen Witz in geselliger Runde als ‚nicht witzig' zurückzuweisen, anstatt zu schweigen, macht einen zur „Spaßbremse". Auf dem Schulhof als Muslim für den jüdischen Freund einzustehen ist nicht nur ein Ausdruck von Freundschaft, sondern auch von Zivilcourage.

Die Arbeit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) ist in diesem Zusammenhang ein leuchtendes Beispiel. Unter der Leitung von Dervis Hizarci wurden spezifische Konzepte erarbeitet, mit denen man türkischstämmige Schüler mit Botschaften gegen Antisemitismus erreicht, unter anderem in dem man die Diskriminationen und Ausgrenzungserfahrungen anerkennt und verarbeitet, die sie selbst vielleicht erlebt haben. KIgA stärkt auch Lehrern den Rücken, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen, denn, wie Dervis Hizarci unlängst in einem Interview sagte: „Wenn jemand 'Du Jude' als Schimpfwort auf dem Schulhof benutzt, muss eine Lehrkraft sofort dazwischen gehen, Fragen stellen und erklären". Deshalb ist es wichtig, dass nicht nur GeschichtslehrerInnen im Laufe ihres Studiums etwas über Holocaust und Antisemitismus erfahren, sondern auch die angehenden Sport- und MathelehrerInnen.

Die „Stimme der sechs Millionen", der Holocaustüberlebende Elie Wiesel sagte: „Man muss Partei ergreifen. Neutralität hilft dem Unterdrücker, niemals dem Opfer, Stillschweigen bestärkt den Peiniger, niemals den Gepeinigten." Damals waren aus politischen Worten freilich schon systemische Taten geworden. Auch heute gilt es, zu Antisemitismus nicht zu schweigen. Dies ist die Aufgabe eines Jeden. Denn Antisemitismus kontaminiert die ganze Gesellschaft. Wer Juden hasst, hasst auch andere Minderheiten und die Vielfalt unserer Gesellschaft.

Die Vielfalt der europäischen Gemeinschaft ist in Gefahr, wenn in unserer Mitte ein starkes und vielfältiges Judentum nicht mehr möglich ist. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Sorge zu tragen, dass jeder Jude/jede Jüdin ihre Identität in Europa offen zeigen können, so sie das möchten und wie es anderen Bürgen zugestanden wird. Sicherheitsüberlegungen sollten dabei keine Rolle spielen. Deshalb muss jede Form von Antisemitismus, egal ob er von Rechtsextremen, von Linksextremen oft getarnt als Antizionismus oder von radikalisierten Muslimen, schon im Entstehen in aller Konsequenz entschlossen entgegengetreten werden.

Europäischer Mehrwert gepaart mit enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten

In der Europäischen Kommission sind wir uns der besonderen Verpflichtung Europas zum Schutz und zur Unterstützung von jüdischem Leben sehr bewusst. Ohne seine 2000-jährige jüdische Geschichte wäre Europa nicht Europa und hätte auch keine Zukunft. Antisemitismus zu bekämpfen und jüdisches Leben zu schützen, ist ein wichtiger Faktor der europäischen Politik. „Die Europäische Union wurde in Buchenwald geboren", meinte der spanische Widerstandskämpfer und Shoah-Überlebende Jorge Semprún einmal.

Die EU basiert auf Verträgen, die die Zuständigkeiten auf europäischer und nationaler Ebene definieren. Viele der Themen, die im Kampf gegen Antisemitismus in Angriff genommen werden müssen, wie Sicherheit, Integration, Ausbildung der staatlichen Verwaltung, Lehrerausbildung, Lehrpläne befinden sich in nationaler Verantwortung. So hat jeder Mitgliedstaat seinen eigenen Ansatz, entsprechend seiner Strukturen und seiner Geschichte.

Der Mehrwert der EU in diesen Bereichen besteht darin, bewährte Praktiken auszutauschen und den Mitgliedstaaten einen gewissen Impuls zu geben und mit Rat und Expertise zur Seite zu stehen. Seit der Ernennung einer EU Antisemitismusbeauftragten im Dezember 2015 können wir die Arbeit der verschiedenen Ressorts effektiver koordinieren und für die jüdische Gemeinde sowie die Zivilgesellschaft als Ansprechpartner fungieren.

In seiner Botschaft zum Holocaust-Gedenktag 2018 betonte Präsident Juncker, dass wir nicht nur die Verantwortung tragen, der Schoa und der ermordeten Juden zu gedenken, sondern die daraus gezogenen Lehren, gerade auch in Bezug auf die Gründung der Europäischen Union, der nächsten Generation weiterzugeben. Dies kann helfen, den Widerstand gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus in der Gesellschaft zu stärken.

Doch selbst in Ländern wie Deutschland, in denen der Holocaust fest in den Lehrplänen der Schulen verankert ist, was bei weitem nicht in allen Mitgliedstaaten der Fall ist, ist Wissen um den Holocaust nicht Teil der allgemeinen Lehrerausbildung. Und Wissen über moderne Formen des Antisemitismus erreicht noch weniger Studierende. In Wirklichkeit müssen aber auch der Sportlehrer antisemitische Bemerkungen erkennen können und wissen, wie er darauf reagieren muss.

In der Kommission selbst veranstalten wir jährlich anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages eine interne Schulung für EU Beamte, welches sich spezifisch mit der Rolle der Beamten als Teil der Maschinerie, die den Holocaust herbeigeführt hat, beschäftigt.

Die Anerkennung der Arbeitsdefinition zu Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) im Mai 2016 durch die EU Kommission einstimmig angenommen hat, war als Handlungsgrundlage im Kampf gegen Antisemitismus ein entscheidender Schritt. Im Sinne von „you can't fight if you can't define it" dient die Arbeitsdefinition als rechtlich nicht-bindender Leitfaden für die Erkennung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle und kann für die Prävention und Umsetzung von Maßnahmen gegen Antisemitismus herangezogen werden. Für den Bildungsbereich, bei der Lehrerausbildung ist die Definition ebenso ein wichtiges Werkzeug, wie in der Ausbildung von Richtern, Polizisten, Staatsanwälten. Die Gesetzesgrundlage wird nicht verändert, was legal ist bleibt legal. Sie schränkt in keiner Weise die Meinungsfreiheit ein, wie von manchen behauptet. Auch die EU- kommissionsinternen Fortbildungen zu Antisemitismus sind auf dieser Definition aufgebaut.

Im Juni 2017 verabschiedete das Europäische Parlament mit Zweitdrittelmehrheit die erste Resolution zu Antisemitismus, in der – neben gezielter Bildung und besserer Sicherheit für jüdische Einrichtungen – die Annahme der IHRA Arbeitsdefinition den Mitgliedstaaten empfohlen wird, genauso wie die Ernennung nationaler Antisemitismusbeauftragter. Darauf haben die Bundesregierung sowie einige Bundesländer positiv reagiert und Beauftragte ernannt. Mit der Annahme der Definition im September 2017 verfügt Deutschland erstmals über eine einheitliche Antisemitismusdefinition, auf die sich Behörden, jüdische Organisationen und Nichtregierungsorganisationen berufen können, was die Zusammenarbeit erleichtern wird.

Im Rahmen der österreichischen EU Präsidentschaft plant der Europäische Rat für Dezember 2018 ebenfalls eine Deklaration, die dem Willen der EU Mitgliedstaaten Ausdruck geben wird, Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Um die Datenerhebung von antisemitischen und anderen hassmotivierten Vorfällen und Straftaten europaweit zu verbessern, bringt die Europäische Kommission regelmäßig die EU-Mitgliedstaaten zusammen und erarbeitet gemeinsame Standards zur Datenerfassung. Die Wahrnehmung von Antisemitismus und Erfahrungen durch die jüdischen Gemeinden müssen mehr ins allgemeine Bewusstsein gerückt werden. Die Perspektive des Opfers muss im Mittelpunkt stehen. 2018 hat die Europäische Kommission zum zweiten Mal mithilfe der EU Grundrechteagentur in 13 Ländern eine Studie unter europäischen Juden und Jüdinnen durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Dezember 2018 vorgestellt und werden die Entwicklung seit der ersten Umfrage 2012 verdeutlichen.

Im Jahr 2008 verabschiedeten die EU-Mitgliedstaaten eine Rahmenrichtlinie zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Diese stellt europaweit unter anderem die volksverhetzende Holocaustleugnung und Verharmlosung unter Strafe. Und was offline strafbar ist, ist auch online strafbar. Auf europäischer Ebene haben wir auf dieser Grundlage im Mai 2016 in Zusammenarbeit mit den großen Sozialen Netzwerken (Twitter, Facebook, YouTube, Microsoft, Instagramm, Google+) einen Verhaltenskodex entwickelt, der die Verbreitung von Online-Hassrede bekämpfen soll. Dabei haben sich die Betreiber verpflichtet, ihnen gemeldete illegale Hassreden innerhalb von 24 Stunden von der Plattform zu löschen. Stichproben zeigen erste Erfolge, aber die Plattformen müssen insgesamt noch viel schneller und besser reagieren und sich klarer gegen jegliche Form von Hassreden positionieren. Deutschland geht mit seinen gesetzlichen Maßnahmen diesbezüglich noch einen Schritt weiter.

Es wird oft gesagt, dass wenn Antisemitismus auf dem Vormarsch ist, 'etwas Größeres vor sich geht'. Das stimmt. Aber auch das Gegenteil ist der Fall: Jüdisches Leben in seiner Vielfalt als integralen Bestandteil Europas zu akzeptieren, ist ein Zeichen für eine gesunde Gesellschaft. Die Akzeptanz jüdischen Lebens wird sich positiv auf gesellschaftliches Miteinander auswirken und anspornen, sich gegen jede Form von Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit zu stellen. Antisemitismus zu verurteilen und zurückzudrängen ist eine kontinuierliche und sich wiederholende Aufgabe. Den gesellschaftlichen Kompass dafür wieder einzuordnen ist Grundvoraussetzung für die dafür nötige Zivilcourage. ■

Katharina von Schnurbein *ist seit Dezember 2015 die erste Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission. Zuvor war sie als Beraterin des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zuständig für den Dialog mit Kirchen, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften. In der Barroso I Kommission (2004-2010) war Frau von Schnurbein Pressesprecherin des tschechischen EU-Kommissars Vladimír Spidla, zuständig für Arbeit, Soziales und Gleichberechtigung, davor Pressesprecherin der EU-Delegation in Prag (2002-2004).*

Antisemitismus hat NIE AUFGEHÖRT ZU EXISTIEREN

TEXT ■ **Felix Klein**

Antisemitismus hat zwar nie aufgehört zu existieren, aber jetzt ist er – wieder – zu einem ernsten Problem geworden: Tätliche Angriffe auf jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Menschen passieren in Deutschland leider, so scheint es mir, wieder häufiger. Die medial aufmerksam wahrgenommenen Angriffe auf Schüler, Passanten oder jüdische Einrichtungen wie jüngst in Chemnitz machen mir große Sorge. Jüdische Menschen fühlen sich zunehmend wieder bedroht, während achtzig Prozent der nichtjüdischen Deutschen meinen, das Thema sei nicht so wichtig. Genaue Aussagen darüber, ob und inwiefern Antisemitismus zugenommen hat, sind dabei schwierig, denn Antisemitismus ist in Zahlen schwer belegbar. Es gibt derzeit leider kein zuverlässiges System zur Erfassung antisemitischer Vorfälle, sondern mehrere verschiedene Verfahren. Zum Beispiel weist die PMK-Statistik, also die polizeiliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität, 94% der Fälle dem rechtsradikalen Spektrum zu. Das deckt sich aber nicht mit der Wahrnehmung von jüdischen Betroffenen.

Genau hier sehe ich eine meiner ersten und drängendsten Aufgaben: die Einrichtung eines bundesweiten, dezentralen Meldesystems, das uns eine verlässliche Datenlage liefert. Zurzeit arbeiten wir mit den Ländern und dem RIAS Berlin daran, einen Bundesverband zu gründen, also einen Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus. Dieser Bundesverband soll gewährleisten, dass die gleichen Kategorien verwendet werden, wenn antisemitische Vorfälle gemeldet werden, um die Lage in den Ländern vergleichbar zu machen. Das bundesweite Meldesystem mit Anlaufstellen, in denen Opfer sich beraten lassen können, soll auch Hemmungen abbauen, Vorfälle überhaupt zu melden. Wir müssen hier den jahrzehntelangen schlechten Erfahrungen, die Opfer antisemitischer Gewalt mit Behörden gemacht haben, mit einem neuen Ansatz begegnen. Das beinhaltet auch die Sensibilisierung von Polizei und Justiz. Wenn, wie vom Amtsgericht Wuppertal festgestellt, ein Brandanschlag auf eine Synagoge nicht als antisemitisch gilt, weil er mit dem Nahostkonflikt „erklärt" wird, dann ist das Ausdruck eines größeren Problems, was die Wahrnehmung und Beurteilung von Antisemitismus angeht. Dieses Problem wird immer wieder deutlich, auch an Schulen und im Umgang der Polizei mit Antisemitismus. In Chemnitz hat die Polizei ja den Angriff auf den jüdischen Restaurantbesitzer Uwe Dziuballa erst einmal nur als versuchte Sachbeschädigung geführt. Hier ist noch viel zu tun, was überhaupt ein Verständnis dafür angeht, was Antisemitismus ist und wie er sich äußert.

Einen wichtigen Schritt in diese Richtung lieferte die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA). Inzwischen wurde sie auch vom Bundestag und von der Bundesregierung in einer erweiterten Form verabschiedet. Sie lautet: ***„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."***

Diese Definition zu verbreiten und auch konkret anzuwenden, und darüber hinaus Wissen darüber zu vermitteln, was Antisemitismus heute ist und welche Formen er annehmen kann, das ist eine Aufgabe, die auf Bundes- und Länderebene und auf kommunaler Ebene in allen gesellschaftlichen Bereichen angegangen werden muss: Besonders in den Bereichen Bildung, Justiz und Polizei müssen verlässliche Strukturen geschaffen werden, über die solches Wissen vermittelt und weitergegeben wird. Als Bundesbeauftragter für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus ist es meine Aufgabe, die Bemühungen der Länder in diesem Bereich zu begleiten und zu koordinieren, oder eben auch anzustoßen, wenn es notwendig ist.

Insofern möchte ich als Vermittler und Vernetzer wirken: Zum einen muss die jüdische Perspektive ernst genommen werden und in die Maßnahmen gegen Antisemitismus einfließen. Zum anderen gibt es schon sehr viele gute Initiativen und Projekte, auf Bund-, Länder-, und auch kommunaler Ebene. Was noch fehlt, ist zum einen eine Gesamtstrategie, wie die bestehenden Ansätze gebündelt und konzertiert werden können. Daran arbeite ich mit meinem Team auf Hochtouren. Zum anderen möchte ich das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein darüber schärfen, dass Antisemitismus ein Problem für uns alle ist, das wir auch alle gemeinsam angehen müssen. Wir können den Kampf gegen Antisemitismus nicht den Jüdinnen und Juden in diesem Land überlassen, sondern müssen uns als Gesellschaft davon befreien. Er kommt in allen Milieus vor. „Blaming and shaming" einzelner Gruppen führt uns jedoch gewiss nicht weiter. Wenn aber Demokratinnen und Demokraten aller Couleur und jeden Glaubens Hand in Hand dagegen vorgehen, haben wir eine echte Chance. Antisemitismus ist eine Bedrohung für die gesamte Gesellschaft. Und zwar nicht nur, weil er auch anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit die Tür öffnet, sondern auch, weil ihm meist ein antimodernes und antidemokratisches Weltbild zugrunde liegt. Auch deshalb ist die Lage des Antisemitismus in einer Gesellschaft eine Art Lackmustest, an der ersichtlich wird, in welchem Zustand sie ist.

Eine der wichtigsten Erfahrungen in den ersten Monaten meiner Amtszeit war in dieser Hinsicht glücklicherweise, dass es eine Vielzahl von Menschen gibt, die diese Sicht teilen und diesen Kampf entweder schon längst aufgenommen haben oder uns dabei unterstützen wollen. Auch die Einrichtung meines Amtes selbst bedeutet insofern einen Paradigmenwechsel. Eine weitere Erfahrung war andererseits aber leider auch, dass sich in der kurzen Zeit seit meiner Ernennung im Mai die Diskursgrenzen und die Hemmschwellen für Hass und Gewalt weiter gesunken sind. Das ist eine furchtbare Entwicklung und an den Ereignissen in Chemnitz wird sichtbar, dass es sich hier im Vergleich zu früheren Jahrzehnten um eine neue Qualität handelt.

Deswegen ist eine der dringendsten Herausforderungen nun, hier ganz klare Grenzen zu setzen und „Stopp" zu sagen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Errungenschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte, die zum Teil hart erkämpft wurden, einer kurzsichtigen und antidemokratischen Kultur und von Ausgrenzung geprägten Politik zum Opfer fallen.

Die Rolle von Erinnerungskultur ist in diesem Zusammenhang immens. Alle, die in Deutschland leben, tragen eine Verantwortung dafür, die Vergangenheit dieses Landes wach und die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und den Holocaust lebendig zu halten. Das hängt nicht davon ab, wo genau die Großeltern oder Urgroßeltern zwischen 1933 und 1945 waren, sondern allein davon, wie wir gemeinsam dieses Land gestalten wollen. Zur Prävention von Antisemitismus, wie auch von Rassismus und anderen Formen von Menschenfeindlichkeit gehört es, Akteure zu ermutigen, die Verantwortung dafür zu übernehmen und sich mit Projekten und Initiativen zu engagieren. Ich freue mich, dass ich bei meiner Arbeit viele Mitstreiter an meiner Seite habe. Auch die Kirchen spielen dabei eine wichtige Rolle. ■

Dr. Felix Klein *Felix Klein, geboren 1968 in Darmstadt, ist seit Mai 2018 Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.*

TEXT ■ **Stephan J. Kramer**

Gemeinsam gegen Judenfeindschaft aus der Sicht des Verfassungsschutzes

Die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland ist im Jahr 2017 unverändert hoch geblieben. Durchschnittlich vier solcher Straftaten pro Tag habe die Polizei registriert, berichtete der „Tagesspiegel". Das sei ungefähr so viel wie 2016. In den meisten Fällen waren dem Blatt zufolge die Täter rechtsextrem oder zumindest rechts motiviert. Das Blatt beruft sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf schriftliche Fragen von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke).

Demnach stellte die Polizei 2017 insgesamt 1453 antisemitische Delikte fest, darunter 32 Gewalttaten sowie 160 Sachbeschädigungen und 898 Fälle von Volksverhetzung. Die Zahlen werden laut „Tagesspiegel" vermutlich noch steigen, da nicht alle Angaben der Länder bereits endgültig sind und es Nachmeldungen geben dürfte.

Bei 1377 Delikten geht die Polizei von rechts motivierten Tätern aus. 33 Straftaten werden ausländischen Judenfeinden – ohne Islamisten – zugeschrieben, weitere 25 Delikte „religiös motivierten" Antisemiten, also meist muslimischen Fanatikern ausländischer oder deutscher Herkunft. Bei 17 Taten war es der Polizei trotz erkennbarem Judenhass nicht möglich, ein politisches Milieu zu ermitteln. Nur ein Delikt, eine Volksverhetzung, war nach Erkenntnissen der Polizei links motiviert.

Da viele Betroffene sich scheuten, judenfeindliche Straftaten anzuzeigen, „dürfte die Dunkelziffer beträchtlich höher sein", sagte Pau. Ein umfassendes und langfristiges gesellschaftliches Vorgehen gegen jedweden Antisemitismus sei daher unerlässlich. Antisemitische Straftaten sollen nach dem Willen des Deutschen Bundestages zukünftig sogar im Bundesverfassungsschutzbericht gesondert ausgewiesen werden. Der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde in Thüringen, Prof. Reinhard Schramm, hat nach antisemitischen Vorfällen an einer Berliner Grundschule von schwierigen Situationen für Juden auch an Thüringer Schulen berichtet. Aufgrund zweier Vorfälle sei er im vergangenen Jahr an zwei Schulen herangetreten. Es waren Einzelfälle, in denen es nicht zu Handgreiflichkeiten kam, bewertete der Landesvorsitzende die Ereignisse.

Zahlen zu Antisemitismus an Thüringer Schulen gibt es nicht. Deshalb hat der Landeslehrerverband in Thüringen auf Bitte von MDR AKTUELL eine kleine Umfrage bei Schulleitern gestartet. Der Landeslehrerverband wollte von seinen Kollegen wissen, ob sich Thüringer Schulkinder judenfeindlich beleidigen. Es habe nur sehr wenige Rückmeldungen gegeben und darunter sei so gut wie nichts Substanzielles gewesen, so die ernüchternde Bilanz.

Zwei mögliche Erklärungen wurden seitens des Lehrerverbandes bisher in Erwägung gezogen: „Entweder ist das in Thüringen momentan überhaupt kein Thema in den Schulen. Oder aber wir müssen die Wahrnehmung auch wieder schärfen, dass dieses Thema eben nicht einfach unter die Räder kommt, sondern dass man das tagtäglich auf dem Schirm hat."

Am 13.03.2018 verabschiedete der Thüringer Landtag eine gemeinsame Entschließung der Fraktionen der CDU, Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, um Antisemitismus in Thüringen konsequent zu bekämpfen. Ein umfangreicher Maßnahmenkatalog wird aufgelistet. Unter anderem wird eine spezifischere Erfassung antisemitischer Straftaten durch die Sicherheitsbehörden gefordert, welche stärker die zugrundeliegende Motivation der Täter und Täterinnen beinhaltet. Zusätzlich werden entsprechende Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zur Einordnung antisemitischer Straftaten angeregt. Das sind wichtige und richtige Forderungen. Sie allein reichen aber nicht aus.

Das Thema Antisemitismus spielt heute eine wichtige, ja herausragende Rolle in der öffentlichen Debatte in ganz Deutschland. Oft wird ein Wiedererstarken des Antisemitismus beklagt, nicht zuletzt durch die Zuwanderung Hunderttausender Menschen aus der islamischen Welt, in der Antisemitismus oft Teil der Alltagsideologie ist. Die Reaktionen auf die moslemische Variante des Judenhasses reichen von Verharmlosung – Stichwort: die Neuen müssen bloß die Regeln unserer Demokratie lernen und Gedenkstätten für ermordete Juden besuchen, dann wird alles gut – bis hin zur Apokalypse, etwa beim Modedesigner Karl Lagerfeld, der Deutschland vorwarf, Millionen von Antisemiten ins Land geholt zu haben. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) verfolgt in ihrem Grundsatzprogramm seit Jahren einen eindeutig anti-islamischen Kurs und versucht damit beim Wähler – nicht nur den Wutbürgern der Gida-Bewegungen – zu punkten.

Wachsender Antisemitismus unter Flüchtlingen?

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) und andere Stimmen warnen vor einem zunehmenden Antisemitismus durch die Flüchtlingszuwanderung. Viele Flüchtlinge aus Syrien und dem

Irak seien in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der die Vernichtung von Israel und den Juden Staatsdoktrin gewesen sei.
Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, äußert sich besorgt über einen wachsenden Antisemitismus in Deutschland durch die Einwanderung von muslimischen Asylsuchenden. „Wenn man zwanzig oder dreißig Jahre lang mit einem israel- und judenfeindlichen Bild aufgewachsen ist, dann wird man dieses Bild nicht einfach an der deutschen Grenze aufgeben", sagte Schuster der F.A.Z. mit Blick auf Herkunftsländer, in denen starke antijüdische Tendenzen existieren. „Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir jedem Flüchtling nahebringen, dass in Deutschland das Grundgesetz die Lebensgrundlage aller Menschen ist und zu unserem Wertekanon die Ablehnung jeglicher Form von Antisemitismus sowie das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels dazugehören."
Für viele Beobachter stellt sich daher die Frage: Ist der unzweifelhaft existierende muslimische Antisemitismus in Deutschland – erstmals im Sommer 2015 und auch danach war er wieder in seiner ganzen Härte öffentlich auf den Straßen sichtbar – ein einheimisches Gewächs oder importiert? Diese Frage lässt sich nicht so einfach beantworten. In Deutschland gibt es keine historisch und organisch gewachsene Islamschule deutscher Provenienz, sodass letztendlich positive wie negative Aspekte des muslimischen Lebens in Deutschland ihre Wurzeln immer auch irgendwo im Ausland haben.
Hinzukommt, dass im elektronischen Zeitalter die Medien allgegenwärtig sind. Wenn eine islamistische Website antisemitische Propaganda verbreitet, und ihre Internetadresse mit „.de" endet, ist das dann einheimischer muslimischer Antisemitismus? Und was wäre, wenn die gleiche Website in einem anderen Land angesiedelt wäre? Wäre der gleiche Inhalt dann importiert?
Man sieht also, dass sich hier keine klare Unterscheidung vornehmen lässt. Eins ist aber klar: Der muslimische Antisemitismus wird aus dem Ausland zu einem erheblichen Teil mit befeuert. Wie Umfragen ergeben, ist die islamische Welt mit Antisemitismus wie mit einer Epidemie durchsetzt.
In einer Umfrage der Anti-Defamation-League aus dem Jahr 2015 (ADL) (ADL Global 100: A Survey of Attitudes Toward Jews in Over 100 Countries Around the World) wird deutlich, dass weltweit 26% der Befragten zwischen sechs und elf der negativen Stereotypen über Juden für wahrscheinlich wahr halten. Dieselbe Umfrage bescheinigt in der Region Mitlerer Osten und Nord-Afrika (MENA) 74% der Befragten mit derselben Einstellung. 75% der Befragten dort sagen, dass sie „Juden hassen, aufgrund der Art wie Juden sich eben benehmen" und 74% sind der Ansicht, dass „Juden loyaler zum Staat Israel sind als zum Land in dem sie leben". 65% von ihnen sind der Ansicht, dass „Juden für die meisten Kriege auf der Welt" verantwortlich sind. Im Ergebnis kommt die Studie zu dem Schluss, dass bei allen getesteten religiösen Gruppen, Muslime mit 49% den höchsten Antisemitismusanteil haben. Besonders bezeichnend dabei ist, dass von den 26% weltweit befragten und als antisemitisch eingestellten Personen, 70% noch nie einen Juden getroffen haben.
Angesichts dieser Situation kann es nicht ausbleiben, dass Kontakte von in Deutschland lebenden Moslems in die islamische Welt hinein unter anderem auch antisemitische Töne mit zu uns nach Deutschland bringen. Soweit die Analyse. Das kann jedoch nicht bedeuten, dass wir den Flüchtlingen keinen Schutz in unserem Land vor Krieg und Verfolgung gewähren sollten. Ganz im Gegenteil: Wir müssen versuchen die Flüchtlinge nicht nur zu versorgen, sondern ihnen auch unsere gesellschaftlichen Grundwerte zu vermitteln und Vorurteile und Stereotypen abbauen zu helfen.
Das zeigt einmal mehr, dass die deutsche Gesellschaft, der deutsche Staat selbstverständlich nicht von der Pflicht entbunden ist, den muslimischen Antisemitismus, der sich hierzulande leider immer mehr breitgemacht hat, genauso wie jeden anderen Rassismus und Extremismus, welcher Provenienz er auch sei, und gegen wen er sich auch richte, zu bekämpfen. Auch die Aussage der Islamismus habe nichts mit dem Islam zu tun, hat weder etwas mit der Realität zu tun noch hilft sie bei der Analyse und Bewältigung des offensichtlichen Problems.
Ebenso wenig können islamische Verbände in Deutschland sagen: Das geht uns nichts an, denn das ist „Propaganda nicht Made in Germany". Denn selbstverständlich haben auch Vertreter der islamischen Bevölkerung in Deutschland die Verpflichtung, gegen Antisemitismus, Rassismus jeglicher Art, Fremdenhass und sonstigen Extremismus auch in den eigenen Reihen zu kämpfen. Das gilt ja nicht anders für die Vertreter anderer Religionen und für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft.
Während auf der einen Seite der rechtspopulistischen und nationalistischen Alternative für Deutschland (AFD) eine maßgebliche Rolle beim Erstarken des Antisemitismus aus dem rechtsnationalen Lager zugeschrieben wird, behaupten andere, die AFD inszeniere sich gerne als „judenfreundliche" Partei, die an der Seite Israels steht. Zuletzt gipfelte dies in der kürzlich erfolgten, öffentlichkeitswirksamen Gründung der Gruppe Juden in der AFD (JAFD). Damit soll angeblich der Beweis angetreten werden, dass die Partei nicht „antisemitisch sein könnte". Die Frage scheint angebracht, ob hier die sprichwörtlichen Nazis in Nadelstreifen in die Parlamente drängen? Oder ist die Partei das, was sie vorgibt: eine bürgerlich-konservative Kraft rechts der Union? Dieser Frage geht Martin Niewendick in seinem Artikel „Das schwierige Verhältnis der AfD zum Antisemitismus" in der „Welt" vom 18.01.2018 nach.
Das Verhältnis zu Juden und Israel ist ein Gradmesser für die Einordnung der Partei innerhalb der politischen Landschaft. Richtig ist wohl, dass die Partei ein Antisemitismus- und Revisionismusproblem hat.
Einer der Zweifel erregt, ist Wolfgang Gedeon. Der ehemalige baden-württembergische AfD-Politiker gehörte wegen offen antisemitischer Äußerungen zu den umstrittensten Vertretern der Partei, bis er aus der AFD-Landtagsfraktion austrat. Das Parteiausschlussverfahren blieb indessen erfolglos. Vielen Kritikern gilt der ehemalige Arzt als Holocaustleugner, und seit einer Entscheidung des Berliner Landgerichts im Januar 2018 darf man ihn auch offiziell so nennen. Das Gericht wies eine Klage gegen den Präsidenten des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster ab. Dieser hatte den Politiker Anfang 2017 als Holocaustleugner bezeichnet.
„An der Antisemitismus-Zionismus-Frage wird sich weisen, aus welchem Holz die AfD geschnitzt ist", schrieb Gedeon im Jahr 2017. Er forderte von seiner Partei eine klare Distanzierung vom „israelischen Zionismus". In einem seiner Bücher findet sich der Satz: „Wie der Islam der äußere Feind, so waren die talmudischen Ghetto-Juden der innere Feind des christlichen Abendlandes."
Er ist freilich nicht der einzige AfD-Politiker, der mit antisemitischen Aussagen provoziert, wie Niewendick herausgearbeitet hat. 2015 hatte der AfD-Lokalpolitiker Gunnar Baumgart unter anderem den Holocaust-Leugner Ernst Zündel in Schutz genommen und auf Facebook einen Artikel gepostet in dem behauptet wird, dass „kein einziger Jude" durch „Zyklon B oder die Gaskammern" ermordet worden sei. Der Brandenburger Jan-Ulrich Weiß hatte 2014 eine von Kritikern als antisemitisch beurteilte Karikatur über den jüdischen Bankier Rothschild verbreitet. Und Peter Ziemann aus Hessen schwadronierte 2013 über „satanische Elemente der Finanz-Oligopole".
Auch die stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Beatrix von Storch tut sich schwer mit dem Kampf gegen Judenhass jenseits öffentlicher Beteuerungen, wie Niewendick in seinem Beitrag in der Welt weiter zu berichten weiß.
Zusammen mit ihrem Mann betreibt sie ein Vereinsnetzwerk, zu dem auch das Onlineportal „Freie Welt" gehört. Dort wird das klassische antisemitische Märchen von der jüdischen Weltverschwörung aufgewärmt.
Über den US-amerikanischen jüdischen Investor George Soros liest man etwa: „Von der US-Wahl bis zur Ukraine: Oligarch George Soros mischt überall mit." Dieser sei ein „international tätiger Strippenzieher". Und der heutige französische Präsident und „Ex-Rothschild-Banker" Emmanuel Macron „löst Merkel als Hauptmarionette der Finanzglobalisten ab", heißt es auf der Webseite. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland nannte

Hitler und die Nazis einen Vogelschiss in der deutschen Geschichte. Björn Höcke, der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, forderte eine 180-Grad-Wende bei der Betrachtung des Dritten Reiches. Das Holocaust-Denkmal in Berlin hat er als Mahnmal der Schande bezeichnet. In seinem neuen Buch „Nie zweimal in denselben Fluss" spricht derselbe Björn Höcke von „den hunderttausenden Alten, Frauen und Kindern, die im Inferno des anglo-amerikanischen Bombenterrors umkamen" oder von einer „Konkurrenz um die grausigste Verfolgungsgeschichte, um die ein lukrativer Markt entstanden ist, auf dem das Gewicht des eigenen Leids die Waagschale nach unten drückt. Das lockt dann natürlich auch die Falschmünzer an". Auch bewertet er die „Vergangenheitsbewältigung" als „überführten moralischen Impuls" zum „Zwecke politischer Gängelung und Paralyse unserer nationalen Identität". Die Erinnerungsarbeit um den Holocaust wird für ihn damit nicht zur „produktiven Verarbeitung von Wunden", sondern zur „Neurotisierung der Deutschen". Solche Äußerungen aus der AfD sind nicht nur teilweise der Sprachgebrauch von klassischen Neo-Nazis und Rechtsextremisten, da muss man doch wohl von einer Relativierung des Holocausts sprechen. Hier wird gezielt mit Grenzüberschreitungen provoziert. Seine Beteuerungen, es nicht so gemeint zu haben, überzeugen im Gesamtkontext nicht und müssen als „Windowdressing" bezeichnet werden.

Wenn heute von alltäglichem Antisemitismus in Deutschland gesprochen wird, dann konzentriert sich die Debatte in der Regel auf Antisemitismus aus dem Bereich des Rechtsextremismus und der Muslime. Was ist aber mit dem linken Antisemitismus?

Dass es in Deutschland Judenfeindlichkeit gibt – an diesen Skandal hat man sich mehr oder weniger gewöhnt, er gehört – auch in offener Form – zur neuen politischen Normalität, und selbst unter den bürgerlichen Eliten ist er zu Hause. Aber »linker Antisemitismus«? Besitzen Linke nicht eine hochgradige moralische Empfindsamkeit, ein untrügliches Gespür für Ausgrenzung und Verfolgung? Wie konnte ein linker Antisemitismus entstehen, der im »Zionismus den Feind der Menschheit« sieht? Wie konnte die RAF nach der Geiselnahme der israelischen Olympiamannschaft mit unüberbietbarer Niedertracht diesen Satz in eine »Strategieschrift« meißeln: »Israels Nazi-Faschismus verheizt seine Sportler wie die Nazis die Juden – Brennmaterial für die imperialistische Ausrottungspolitik. « Oder mit Joschka Fischer gefragt: Warum landeten »jene, die mit der Abkehr von der Elterngeneration als Antifaschisten begonnen hatten«, bei der judenfeindlichen »Sprache des Nationalsozialismus«?

In der Tat, nach linkem Antisemitismus muss man nicht lange suchen, wie Thomas Assheuer in seinem Artikel in der Wochenzeitung Die Zeit (11/2013) schon vor Jahren anhand der o.a. Fragen herausgearbeitet hat. In der Antiglobalisierungsbewegung Attac fand sich die Karikatur eines fetten Kapitalisten, der einen abgemagerten blonden Arbeiter in Zinsknechtschaft nimmt. Oder dies: Bei einer Tagung des IWF vollführten linke Aktivisten unter den Masken von Donald Rumsfeld und dem israelischen Ministerpräsidenten Scharon einen Tanz ums Goldene Kalb. In Hamburg verhinderten »Antizionisten« gewaltsam eine Aufführung von Claude Lanzmanns Israel-Film. „Und wenn Abgeordnete der Partei Die Linke im Bundestag über Israel reden, dann bekommt ihre Tonlage oft genug etwas affektiv Feindseliges, ganz so, als ginge der DDR-Kommando-Antizionismus mit der dumpfen Israelverachtung alter BRD-Linker eine schlagende Verbindung ein", schreibt Assheuer.

Der Frankfurter Erziehungswissenschaftler und Publizist Micha Brumlik ist als einer der Ersten den Wurzeln des linken Antisemitismus nachgegangen, sie reichen zurück ins 19. Jahrhundert, zurück zu den Frühsozialisten, zum Beispiel zu Louis-Auguste Blanqui (1805 bis 1881). Blanqui war ein revolutionärer Feuerkopf, er kämpfte gegen »industriellen Feudalismus« und für die Gleichheit aller. Doch mit Unterscheidungen hielt er sich nicht lange auf; Kapitalismus und Judentum waren für ihn ein und dasselbe, und in den Bankiers Rothschild sah er die »Thronbesteigung der Juden«. Blanqui: »Die Semiten sind der Schatten auf dem Gemälde der Zivilisation, der böse Geist der Erde. All ihre Geschenke sind die Pest. Sie sind eine minderwertige Rasse.«

Den stalinistischen Antisemitismus (»wurzellose Kosmopoliten«) muss man ebenso erwähnen wie den verordneten Antizionismus in der DDR. Interessant ist die Israel-Begeisterung der Neuen Linken in der frühen Bundesrepublik. Sie suchte eine neue politische Identität, sie war historisch aufgeklärt und liebäugelte mit dem Kibbuz-Sozialismus. Bewusst oder unbewusst hatten die Kinder der NS-Täter die Schuld ihrer Eltern übernommen. Mit diesem negativen Gefühlserbe im Gepäck fuhren sie nach Israel, gingen in Kibbuzim, glaubten an Wiedergutmachung und hofften, im Land der Holocaust-Überlebenden werde ein doppelter Traum in Erfüllung gehen: der Traum vom Sozialismus und die Befreiung vom Alb deutscher Vergangenheit.

Aber der Sechstagekrieg 1967 änderte alles. Die Besetzung des Westjordanlandes bedeutete eine Kehrtwende – Israel bot keine Projektionsfläche mehr, es war plötzlich »böse«, und die Palästinenser erschienen als die neuen Juden. Der Sechstagekrieg, schreibt der Historiker Michael Brenner, »hatte im Bewusstsein der Linken aus dem israelischen David einen Goliath gemacht – die Juden waren nicht mehr Opfer, sondern wurden plötzlich zu Tätern. Als Opfer mochte man die Juden, als Täter waren sie dagegen angreifbar.« Die bundesdeutschen Linken wurden zu »sekundären« Antisemiten, sie benutzten genau die Stereotype, die die Geschichte der Judenfeindschaft bereitstellte.

Als sich 1969 der SDS mit dem bewaffneten Kampf der Palästinenser gegen Israel solidarisierte, zerbrach auch die lose Solidargemeinschaft aus Intellektuellen und Apo. Der Schriftsteller Jean Améry attackierte die Protestbewegung scharf, für ihn verbarg sich hinter einer »ehrbaren« Israelkritik ein »ehrloser« linker Antisemitismus wie »das Gewitter in der Wolke«. Auch in der Kritischen Theorie schlug die anfängliche Sympathie für die Studentenbewegung um in ein blankes Entsetzen. Der Philosoph Theodor W. Adorno, der vor den Nazis nach Amerika hatte fliehen müssen, sah einen Teil der radikalisierten Linken auf dem Weg in

den Faschismus. Faschismus – das Reizwort fiel nicht zufällig. Tatsächlich wies der linke »Befreiungsnationalismus« eine verblüffende Ähnlichkeit mit einem rechten Agitationsmuster auf. Im Zentrum stand auch hier das »Volk«, das die Wahrheit immer schon in sich trage und vom kapitalistisch-amerikanischen »Gesetz« befreit werden müsse. Das »Volk« waren die Palästinenser, und Israel war der Brückenkopf des »Dollarimperialismus«, der es mit »Schalom plus Napalm« jederzeit »ausradieren kann«.

Antisemitismus findet sich in der heutigen Zeit ganz besonders in der Form über die Delegitimierung des Staates Israel.

Oft ernten Juden Sympathie, jedenfalls in den Medien, die sich zunehmend trauen, Themen wie das Mobbing jüdischer Schüler in ihre Berichterstattung aufzunehmen. Die Bundesregierung und mehrere Bundesländer haben Beauftragte für den Kampf gegen den Antisemitismus eingesetzt – eine zweifelsohne wichtige Initiative. Ob diese eine Trendwende, durch einen nunmehr wirksamen Kampf gegen Antisemitismus bewirken werden, bleibt abzuwarten. Bisher sind schon die beiden Berichte und Handlungsempfehlungen der Antisemitismus Kommission des Deutschen Bundestages aus den Jahren 2011 und 2017 nicht zur Umsetzung gekommen.

Allerdings geht die deutsche Antisemitismusdebatte zumeist an einigen Kernwahrheiten vorbei, sei es, weil diese nicht erkannt werden, sei es, weil sie für peinlich gehalten werden. Deshalb ist es an dieser Stelle wichtig, einige wichtige Aspekte beim Namen zu nennen.

❶ Es gibt keinen neuen Antisemitismus. In der einen oder anderen Form ist Judenhass Teil der kulturellen und religiösen Tradition in der christlichen ebenso wie in der moslemischen Welt. Gewiss gibt es unterschiedliche

Ausprägungen im Orient wie im Okzident. Gewiss ändert sich oft, wenngleich nicht immer, die Terminologie. Die treibenden Kräfte aber sind seit Jahrhunderten dieselben.

❷ Niemand wird als Antisemit geboren. Allerdings werden antijüdische Ressentiments bereits sehr jungen Kindern eingeimpft, lange bevor der Staat mit aufklärerischer Sicht der Dinge eingreifen kann. Oft sind schon ABC-Schützen tief davon überzeugt, dass Juden „böse", „Ausbeuter", „Gottesmörder", „Gegner des Propheten" und so weiter sind. So tiefsitzende Vorurteile durch erzieherische Maßnahmen im Schulwesen zu überwinden, ist in den meisten Fällen nicht möglich.

❸ In der alteingesessenen deutschen Gesellschaft gibt es heute nicht unbedingt mehr Feindschaft gegen Juden, als es in den ersten Nachkriegsjahrzehnten der Fall war. Er wird nur offener ausgesprochen, wobei der Hass auf Juden sich gern als „Kritik" an Israel tarnt. In vielen Teilen der Gesellschaft ist es eine Selbstverständlichkeit gegen Israel zu sein, so wie es im Kaiserreich und in der Weimarer Gesellschaft zum guten Ton gehörte, Juden zu hassen. Vergessen wir nicht: Das Wort „Antisemiten" wurde von einem Antisemiten erfunden und wurde mit Stolz, nicht mit Scham ausgesprochen. Was wir heute erleben ist, dass der Antisemitismus durchaus vorhanden ist, der Begriff aber durch Euphemismen ersetzt wurde, die nun wieder mit Stolz, nicht mit Scham benutzt werden.

❹ Neu gegenüber früheren Perioden der langen deutschen Geschichte ist, dass die deutsche Politik den Antisemitismus ablehnt und die meisten deutschen Politiker ihn ehrlich verabscheuen. Das ist keine hinreichende Bedingung, um den Antisemitismus auszumerzen, aber doch ein wichtiger Ansatz, um seiner Verbreitung zumindest gewisse Grenzen zu setzen.

Zum einen ist ein Bündnis möglichst aller demokratischen Kräfte erforderlich: Der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur, Wirtschaft und der Behörden. Zum anderen sind, in Gesellschaft und Politik, massive Aufwertungen der Werteerziehung zu Respekt, Empathie und Toleranz im Erziehungswesen sowie eine sich dem Thema nicht verschließende Medienlandschaft wichtige Instrumente zur Eindämmung der Verbreitung antisemitischer Ideen. Sie sind aber allein nicht ausreichend. Es ist essenziell, dass der Rechtstaat mit allen ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln gegen den Antisemitismus vorgeht. Prävention, Intervention und Repression müssen konsequent angewandt werden. Dazu gehören nicht nur eine konsequente Aufklärung und Strafverfolgung von antisemitischen Taten, sondern auch – im Rahmen des sachlich Gebotenen und des rechtlich zulässigen – eine konsequente Beobachtung derjenigen Kreise, die einen Nährboden für Antisemitismus bilden.

All dies erfordert große personelle und finanzielle Anstrengungen. Wobei es zu bedenken gilt, dass eine Beobachtung einschlägiger Kreise durch den Verfassungsschutz nicht nur antisemitische, sondern auch viele andere Straftaten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verhindern würde. Voraussetzung für ein erfolgreiches Vorgehen auf dieser Ebene ist aber nicht nur die Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern auch eine entsprechende Organisation und personeller Ausbau staatlicher Sicherheitsbehörden, sowie eine konsequente und nachhaltige Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen im Bereich der Prävention sowie der allgemeinen Jugend- und Sozialarbeit. ■

Stephan J. Kramer *geb. 1968, seit 2015 Präsident des Amtes für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales; zuvor Direktor des Office combatting Antisemitism in Europe, American Jewish Committee, Berlin/Brüssel; davor Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland.*

TEXT ■ **Falk Schnabel**

Antisemitische Straftaten

Vor wenigen Tagen, am 4. Oktober 2018, sagte die Bundeskanzlerin nach ihrem Besuch von Yad Vashem in Jerusalem, es sei „uns Verpflichtung einer immerwährenden Verantwortung dafür (…), dass wir für die grundsätzlichen Werte der Menschen eintreten, gegen Antisemitismus, gegen Hass, gegen jede Form von Diskriminierung von Minderheiten". Wie aber ist es um den Antisemitismus, der hier unmittelbar als Gegenstück zu den grundsätzlichen Werten der Menschen steht, derzeit bei uns bestellt? Werden wir dieser Pflicht noch gerecht? Und wie sieht es eigentlich mit der rechtlichen, genauer: der strafrechtlichen Relevanz von Antisemitismus aus?

„Wir stehen vor einem Ungetüm", meint Charlotte Knobloch, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, im SPIEGEL vom 6. Oktober 2018, und fährt fort: „Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass es wieder so schlimm wird." Tatsächlich brauchte man nur die Presse der letzten Wochen zu verfolgen und konnte sehen, dass der Antisemitismus sein hässliches Gesicht in Deutschland immer offener zeigt. Ein Kippa-Träger wird in Düsseldorf auf offener Straße angegangen und beleidigt, ein jüdisches Restaurant wird in Chemnitz mit Steinen und Flaschen beworfen - dies sind nur einige Ereignisse, die es in den letzten Tagen medial in die breite Öffentlichkeit geschafft haben. Die Chronik antisemitischer Vorfälle, die die Amadeu-Antonio-Stiftung seit 2002 kontinuierlich erstellt, weist beispielsweise für das Jahr 2002 49 solcher Vorfälle aus, 2008 sind es 85, 2013 dann 70. Für das Jahr 2018 führt die Chronik bis einschließlich 1. Oktober insgesamt 162 antisemitische Vorfälle auf.

Die reinen Zahlen, allemal erschreckend, reichen für eine Antwort darauf, wie groß das Problem ist, allerdings nicht aus. So finden sich in der Liste der Amadeu-Antonio-Stiftung für 2018 ganz unterschiedliche Ereignisse: Ein dahingeschmiertes „Anti-Zion" an einer Leipziger Haltestelle; das wiederholte Herausschneiden des Wortes „Synagoge" aus einem Banner für den Synagogenbau in Magdeburg; ein mit schwarzem Filzstift gezeichneter Davidstern an einer Wand in Berlin; überklebte oder übermalte Stolpersteine; ein anonymer Telefonanrufer in Frankfurt a.M., der sich als „Gauleiter" ausgibt und der Angerufenen, die vermutet, wegen ihres Namens für eine Jüdin gehalten worden zu sein, mit „Deportation" droht; eine alte Frau, die beim Anblick des Davidsterns eines Mannes diesen fragt, ob man ihn „vergessen" habe. Überhaupt machen Schmierereien und Beleidigungen einen großen Teil der erfassten Vorfälle aus. Einige meinen vielleicht, das seien nur Bagatellen einzelner, noch dazu feige begangen bei Nacht oder aus der Anonymität heraus, die ernstliche Zweifel daran, dass unsere Gesellschaft im Großen und Ganzen gegen Antisemitismus widerstandskräftig geworden ist und wir unserer eingangs erwähnten Verpflichtung gerecht werden, kaum aufkommen lassen können. Was ist dann aber mit denen, die inzwischen auch vor laufenden Kameras den Arm zum Hitlergruß ausstrecken? Mit den Populisten und Möchtegerns am rechten Rand, die immer häufiger bei Demonstrationen und öffentlichen Auftritten ihre Weltsicht hinausbrüllen? Mit Hassbotschaften, kruden Verschwörungstheorien und Pseudo-Argumentationen, die im Internet kursieren und judenfeindliche Hirngespinste als Fakten verkaufen wollen? Und schließlich mit körperlichen Angriffen auf Menschen, die Juden sind oder in den Augen der Täter jedenfalls so aussehen?

Das Simon Wiesenthal Center ist eine Nichtregierungsorganisation, die sich nach ihrer Selbstdarstellung der Erforschung des Holocausts und Hasses in einem historischen und zeitgenössischen Kontext widmet. Diese über 40 Jahre alte, weltweit aktive und von den Vereinten Nationen akkreditierte Organisation hat ihren Hauptsitz in Los Angeles, und jedem Kalifornienurlauber kann der Besuch des dortigen Museums of Tolerance nur wärmstens ans Herz gelegt werden. Seit 2010 veröffentlicht das Center einmal im Jahr eine Top-Ten-Liste der - wörtlich übersetzt - „weltweit schlimmsten antisemitischen und antiisraelischen Ereignisse". Auf der Liste für 2017 finden sich neben Äußerungen der Hisbollah (Platz 6) und der Einschätzung, die britische Labour Party sei ein Zuhause („Home") für Antisemiten (Platz 10) vor allem Vorkommnisse, in denen Antisemitismus in Europa und Amerika öffentlich und von vielen zur Schau gestellt wurde: Eine nationalistische Demonstration in Polen (Platz 8), Verbreitung von Verschwörungstheorien an US-amerikanischen Universitäten (Platz 3), antisemitische Sprechchöre bei Demonstrationen u.a. in London, Wien, Malmö, New York, Vancouver usw. (Platz 2) und die Ereignisse rund um den „Unite the Right"-Marsch in Charlottesville im August 2017 (Platz 1).

Nach alledem ist der Eindruck vieler nicht von der Hand zu weisen, dass Antisemitismus zunimmt, uns von heimlich bis gewalttätig in verschiedensten Formen begegnet und sich gerade dort als besonders gefährlich erweist, wo sich immer mehr Menschen offen und öffentlich zu ihm bekennen.

Bevor wir aber der Frage nachgehen können, welche Relevanz Antisemitismus in (straf-) rechtlicher Hinsicht hat, müssen wir zunächst den Begriff klären. Was macht eine Beleidigung zu einer antisemitischen Beleidigung, wann ist eine Sachbeschädigung z.B. in Form einer Schmiererei eine antisemitische und worin unterscheiden sich antisemitische körperliche Angriffe von sonstigen Körperverletzungen?

Am 20. September 2017 hat sich - der Pressemeldung der Bundesregierung vom selben Tag zufolge - das Bundeskabinett mit der „Arbeitsdefinition von Antisemitismus" der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) befasst. Die Bundesregierung empfiehlt diese Arbeitsdefinition nunmehr insbesondere für den Bildungsbereich, für die Justiz und Exekutive, soweit dort noch keine anderen Definitionen verwendet werden. Sie lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."

Allerdings ist mit der Feststellung, ein bestimmtes Ereignis stelle nach dieser Definition Antisemitismus dar, für unsere Ausgangsfrage noch nicht allzu viel gewonnen. Die schärfste Waffe des Rechtsstaats, das Recht, jemanden zu bestrafen, darf bekanntlich nur dann zum Einsatz kommen, wenn ein Verhalten gegen ein Strafgesetz (nicht nur gegen eine „Arbeitsdefinition") verstößt. Ein allgemeines, strafbewehrtes Verbot von Antisemitismus im obigen Sinne (z.B. „Wer eine bestimmte Wahrnehmung von Juden hat oder sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen richtet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu x Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.") kennt unsere Rechtsordnung nicht und wird es aus verfassungsrechtlichen Gründen so wohl auch nicht geben können. Damit ist aber zugleich klar, dass Antisemitismus im Sinne der oben genannten Definition - so verabscheuungswürdig er auch ist - nicht in jeder Erscheinungsform per se zugleich eine Straftat darstellen muss.

Wie sind dann die Überschriften in der Presse vom Mai 2018 zu verstehen, wonach die Zahl „antisemitischer Straftaten" im Jahr 2017 gestiegen sei? Was ist überhaupt unter einer „antisemitischen Straftat" zu verstehen? Der Begriff bezieht sich auf die Fallzahlen der „Politisch Motivierten Kriminalität" (PMK), die am

8. Mai 2018 für das Jahr 2017 durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat veröffentlicht worden sind. Der PMK werden nach einem bundeseinheitlichen Definitionssystem Straftaten unter anderem dann zugeordnet, wenn - siehe etwa die „Ergänzung zu den Antworten der Landesregierung auf die Kleinen Anfragen 675, 676, 677 und 684“ (Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 17/2665) - „in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie (…) gegen eine Person wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet“.

Innerhalb der PMK werden Straftaten wiederum sogenannten Phänomenbereichen zugeordnet, u.a. „PMK-rechts“, „PMK-links“, „PMK-ausländische Ideologie“ usw. Für den Phänomenbereich „PMK-rechts“ ist 2017 ein Rückgang um knapp 13 % gegenüber 2016 auf 20.520 Straftaten zu verzeichnen gewesen. Bei den dabei verwirklichten Delikten handelte es sich in diesem Phänomenbereich zu rund 59 % um Propagandadelikte (etwa das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, §§ 86, 86a StGB); Gewalttaten (zum größten Teil Körperverletzungen) sind im selben Bereich gegenüber 2016 um 33,5 % auf 1.130 zurückgegangen. Ein Themenfeld der PMK beschäftigt sich außerdem mit der sogenannten Hasskriminalität, d.h. mit Straftaten, die durch gruppenbezogene Vorurteile motiviert sind. Darunter machen fremdenfeindliche Straftaten zwar den größten Anteil aus; immerhin ist ihre Anzahl aber von 2016 auf 2017 um 28,4 % zurückgegangen. Antisemitische Straftaten (hier ist der Begriff) sind hingegen um 2,5 % von 1.468 in 2016 auf 1.504 in 2017 angestiegen.

Die Zahlen für Nordrhein-Westfalen können ebenfalls der vorerwähnten Landtagsdrucksache 17/2665 entnommen werden. Danach wurden für das Jahr 2017 insgesamt 324 Straftaten als antisemitisch eingestuft, von denen der Großteil, nämlich 294, dem Phänomenbereich „PMK-rechts“ zugeordnet worden sind. Im ersten Halbjahr 2018 sind bei der PMK für Nordrhein-Westfalen 89 antisemitische Straftaten erfasst worden, hiervon zählten 82 zum Phänomenbereich „PMK-rechts“ (siehe Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 17/3452). Für frühere Jahre ist außerdem das in der Landtagsdrucksache 16/7996 dargestellte Zahlenwerk aufschlussreich.

Am 8. Mai 2018 wurde auch die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2017 vorgestellt. Mit rund 5,76 Mio. Straftaten bundesweit konnte danach nicht nur ein Rückgang von 5,1 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden, sondern es handelte sich - so der Bundesinnenminister - um die niedrigste Zahl seit 1992. Für die im vorliegenden Kontext besonders relevante Strafnorm der Volksverhetzung (§ 130 StGB), die allerdings nicht ausschließlich antisemitisches Verhalten erfasst und auf die gleich noch einzugehen ist, weist die PKS für 2017 insgesamt 4.763 Fälle auf, von den rund 67 % aufgeklärt werden konnten; hierbei gab es 3.096 Tatverdächtige, von denen der größte Teil männlich war (2.638) und der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen bei rund 6,7 % lag (siehe PKS Bundeskriminalamt, 2017, Grundtabelle). Zum Vergleich die Daten der PKS für 2016 (siehe PKS Bundeskriminalamt, 2016, Grundtabelle): 6.514 Straftaten der Volksverhetzung, davon 68,2 % aufgeklärt, insgesamt 4.438 Tatverdächtige, davon 3.798 männliche und 5,5 % nichtdeutsche Tatverdächtige.

Die vorgenannten Statistiken spiegeln naturgemäß nur das wider, was von der Polizei erfasst worden ist. Bei der PMK ist darüber hinaus zu beachten, dass die Zuordnung von Taten gleich zu Beginn eines Verfahrens erfolgt, so dass spätere Erkenntnisse, die womöglich eine andere Bewertung nahelegen, nicht zwingend berücksichtigt sein müssen. Vor allem aber können die polizeilichen Statistiken keine Auskunft darüber geben, ob die dort erfassten Straftaten tatsächlich in strafbarer Weise begangen worden sind. Denn nicht jedes von der Polizei wegen des Verdachts(!) einer Straftat eingeleitete oder erfasste Verfahren führt zu einer Verurteilung. Die verbindliche Feststellung, eine bestimmte Person habe eine bestimmte Straftat begangen, kann im Regelfall aber nur durch ein Gericht mit einem rechtskräftigen Urteil getroffen werden.

Aus diesem Grund müssen wir auch die Strafverfolgungsstatistik betrachten. Diese liegt derzeit frei im Internet verfügbar zuletzt für das Jahr 2016 vor (siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie 10, Reihe 3, 2016) und enthält umfassend Daten u.a. über Verurteilungen je nach Straftat, Höhe der Verurteilung, Altersgruppen der Verurteilten usw. Ihr kann indes nicht entnommen werden, ob der Verurteilung eine Straftat zugrunde liegt, die im Sinne der PMK-Definition antisemitisch gewesen ist. Eine Korrelation mit der PKS oder den Fallzahlen der PMK ist auch in zeitlicher Hinsicht nicht möglich, weil z.B. ein Verfahren, das wegen einer in 2016 von der PKS oder den PMK-Fallzahlen erfassten Straftat eingeleitet worden ist, wegen der Verfahrensdauer nicht notwendigerweise noch im selben Jahr zu einer Verurteilung geführt hat, sondern womöglich erst in 2017 vor Gericht verhandelt wurde (und dort u.U. mit einem Freispruch endete). Dennoch soll hier zumindest der bereits erwähnte § 130 StGB (Volksverhetzung) betrachtet werden, und zwar nur dessen dritter Absatz. § 130 Absatz 3 StGB bedroht denjenigen mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe, „wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches [Anm.: damit ist der „Völkermord“ gemeint] bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost“. Hierunter fällt z.B. das Leugnen des Holocausts. Nach der Strafverfolgungsstatistik sind 2016 wegen § 130 Absatz 3 StGB insgesamt 187 Personen verurteilt worden (167 männliche), darunter sechs Heranwachsende (18 bis 20 Jahre) und fünf Jugendliche (14-17 Jahre).

Es fragt sich, welche Aussagekraft diese statistischen Daten haben, die beliebig für die einzelnen Jahre noch feiner aufgeschlüsselt und mit denjenigen der Vorjahre verglichen werden könnten. Sind 187 bundesweit im Jahr 2016 wegen § 130 Absatz 3 StGB Verurteilte oder sind 324 antisemitische Straftaten in den PMK-Fallzahlen 2017 für Nordrhein-Westfalen viel oder wenig? Wer so fragt und womöglich als Vergleichsgröße noch die Bevölkerungszahl oder die Fallzahlen anderer Delikte danebenstellt, ist bereits auf dem Holzweg. Jede Verurteilung, jede Straftat und jeder antisemitische Vorfall - strafbar oder nicht - ist eine bzw. einer zu viel, denn es gibt keine „Normalmenge“, keine „genau richtige“ Zahl und erst recht kein „allgemein akzeptables Maß“ an Antisemitismus, von denen man nach oben oder unten abweichen kann. Dass eine antisemitische Äußerung nicht die Voraussetzungen der Volksverhetzung erfüllt und daher nicht bestraft werden kann, ändert nichts daran, dass sie antisemitisch und derjenige, der sie getätigt hat, ein Antisemit ist, der besser geschwiegen hätte. Die Relevanz des Antisemitismus – um zur Ausgangsfrage zurückzukehren – ist nicht nur eine strafrechtliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche. Ihm entgegenzutreten ist Aufgabe von jedermann. ■

Falk Schnabel, *Studium in Bielefeld, ab 2001 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld, von 2006 bis 2012 im Justizministerium NRW, von 2012 bis 2015 im Gesundheitsministerium NRW zuständig für den Maßregelvollzug, 2016 bis 2017 Abteilungsleiter bei der Generalstaatsanwaltschaft Hamm, seit April 2017 Leiter der Staatsanwaltschaft Düsseldorf.*

Denk- und Sprechverbote IN DEUTSCHLAND?

TEXT ■ **Sergey Lagodinsky**

Eine Perle unter den Ammenmärchen im heutigen Deutschland besagt, Antisemitismus sei hierzulande verboten. Schon im Vorfeld der OSZE-Konferenz zum Kampf gegen Antisemitismus, die im Jahr 2004 in Berlin stattfand, bemerkte der Jurist und damals leitende Redakteur der Berliner Zeitung Christian Bommarius dort (27.4.2004) mit Blick auf den strafrechtlichen Eifer der Deutschen gegenüber den Holocaustleugnern: „In Deutschland […] gibt es keinen Antisemitismus. Er ist gesetzlich verboten."[1] Während der erste Satz dieses Zitats wohl ironisch gemeint war, ist die zweite Feststellung schlichtweg falsch. Verboten ist hierzulande (höchstens) Nationalsozialismus. Antisemitismus blüht und gedeiht in all seinen anderen Schattierungen weiter, ohne dass Antisemiten Sanktionen zu fürchten brauchen. Im Zeitalter der Vielfalt ist die der antisemitischen Ausdrucksformen die perverseste vorhandene Diversität.

Absurd ist insofern das weit verbreitete Lamentieren über angebliche Denk- und Sprechverbote in Deutschland. Längst ist es in diesem Land riskanter jemandem Antisemitismus vorzuwerfen als zu behaupten, dass jüdische Interessen die Welt beherrschen oder dass Israelis sich als Nazis verhalten.

Viele Beobachter bringt dieser Zustand der gefühlten rechtlichen Impotenz gegen antijüdische Ressentiments regelrecht auf die Palme: Wie können antijüdische Äußerungen ausgerechnet in Deutschland möglich / salonfähig sein, fragen sie sich und reiben sich die Augen. Indes ist die Antwort nachvollziehbarer als man denkt: Die Lehren der deutschen Vergangenheit spielen auch auf dieser Ebene eine entscheidende Rolle.

Aus der Zeit des Nationalsozialismus hat die Bundesrepublik sogar zwei „Nie wieders" als Schlussfolgerungen gezogen: „Nie wieder Auschwitz" hieß die eine Lehre und „Nie wieder politische Verfolgung" die andere. Letztere wurde im Grundgesetz, auch in Form der Garantie für Meinungs- und Kunstfreiheit, festgeschrieben. Ein direktes Bekenntnis zum Schutz vor Antisemitismus, aber auch vor anderen Formen des Rassismus wurde bei der Formulierung des Grundgesetzes trotz entsprechenden Forderungen von KPD-Abgeordneten nicht aufgenommen. Mehrmals beantragten die Abgeordneten der KPD-Fraktion, die Meinungsfreiheit durch das Verbot der Rassenhetze einzuschränken. Stattdessen wurde auf die ursprünglich vorgesehene „Pflicht der Treue zur Verfassung"[2], später auf den Gleichheitsartikel oder auf die vorgesehene Schranke der Meinungsfreiheit durch „allgemeinen Vorschriften der Strafgesetze"[3] (später: allgemeiner Gesetze) verwiesen. Der historisch begründete und gesamtgesellschaftlich als notwendig erachtete Schutz vor antisemitischen Äußerungen kann also in Deutschland rechtlich gesehen meistens nur auf Kosten der Meinungsfreiheitsgarantie erfolgen.

Bisher wurde die deutsche Gesellschaft mit dem Grundsatz „Nie wieder Auschwitz" durch bildungspolitische sozialkulturelle Sprachregelungen fertig. Dass eine Distanzierung der Bundesrepublik von dem NS-geprägten Antisemitismus die kulturelle und politische DNS der letzten Jahre der westlichen Bundesrepublik und die ersten Jahrzehnten des vereinigten Deutschlands geprägt haben, ist selbstverständlich. Und auch im rechtlichen Bereich versuchte die Justiz alles, um nationalsozialistisches Gedankengut möglichst lückenlos zu verbieten. Zuletzt und am ehrlichsten wurde dies vom Bundesverfassungsgericht in seinem Wunsiedel-Beschluss ausgesprochen. Dort postulierten die Richter den ungeschriebenen Grundsatz der Verfassung, wonach das Grundgesetz als Gegen-

entwurf zum NS-Regime entstanden sei und dass sie daher Äußerungen, die das nationalsozialistische Gedankengut gutheißen, unmöglich vom Schutz der Grundrechte gedeckt sehen wollten.

Die bisherige Aufgabenverteilung sah also folgendermaßen aus: eindeutig nationalistisches Gedankengut wurde rechtlich geahndet, andere eindeutige Formen des Antisemitismus wurden im öffentlichen Raum durch gesellschaftliche Tabus belegt. Allerdings leben gesellschaftliche Tabus von einem gesellschaftlichen Konsens. Und gerade hier bröckelt es. Was früher unsagbar war, ist in vielen Fällen kein Tabu mehr. Dies hat vielfach mit unserem sich verändernden Verhältnis zur deutschen Geschichte zu tun. Die zwei parallel stattfindenden Prozesse sind eine Erosion der emotionalen Betroffenheit seitens der jüngeren Nachfahren der NS-Generationen. Gleichzeitig fehlt großen Teilen der deutschen Bevölkerung überhaupt eine denkbare familienhistorische Verbindung zum Holocaust, stattdessen finden wir bei ihnen Zuwanderungsgeschichten und somit häufig eine Zurückweisung jeglicher persönlicher Verantwortung wieder. In einer Gesellschaft, in der das Verhältnis zur eigenen Geschichte – und im Schlepptau auch häufig zum Kollektiv der Juden – vielfach auf Zugehörigkeiten zum Kollektiv der Täter basierte, versagen die bisher üblichen Mechanismen der Verantwortung. Somit wird auch der Bereich des gesellschaftlich Sagbaren immer weiter.

Das rechtliche Instrumentarium vermag diese wachsenden Defizite der gesellschaftlichen Kommunikationsregeln nicht zu überdecken. Das liegt daran, dass das Recht wegen des starken Schutzes der Meinungsfreiheit außerstande ist, die vielfältigen Formen des Antisemitismus zu erfassen. Während Gerichte sehr sensibel auf antisemitische Ausdrucksformen reagieren, die an NS-Muster anknüpfen, fehlte und fehlt ihnen ein wirksames Instrumentarium, um andere Formen des Antisemitismus effektiv zu verbannen. Und so liegt die Schwierigkeit an zwei parallelen Umständen: den weit gefassten Grenzen der Meinungsfreiheit westlicher Prägung einerseits und dem breiten Umfang der aktuellen Antisemitismus-Formate und ihren ambivalenten Ausdrucksformen andererseits.

Die Lösung des Widerspruchs, zwischen der Notwendigkeit des starken politischen Meinungsschutzes von der einen und der Notwendigkeit der Regulierung der freien Rede von der anderen Seite, versuchte bisher die Schrankenregelung in Artikel 5 des Grundgesetzes zu regeln. Dieser stellt die Ausübung der Meinungsfreiheit unter drei Vorbehalte: den Schutz der persönlichen Ehre, den Schutz der Jugend und die Verbote durch allgemeine Gesetze, also solche Normen, die nicht eine bestimmte Meinung verbieten, sondern Zulässigkeit von Aussagen anhand allgemeiner Kriterien beurteilen. Allgemein sind Gesetze, wenn sie keine bestimmte Meinung unter Strafe stellen, sonder etwa alle Beleidigungen oder alle aggressiven Äußerungen egal welcher Tendenzrichtung regulieren.

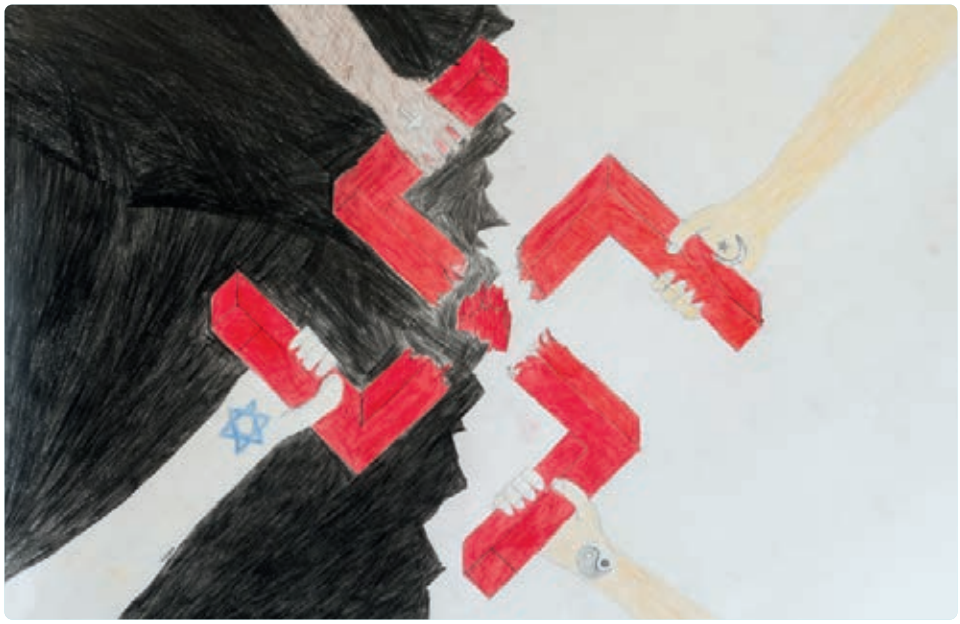
Nur unter diesen engen Voraussetzungen ist es denkbar, Aussagen zu sanktionieren, die Stellungnahmen und somit Meinungen des Sprechenden enthalten. Die Strenge der Dogmatik folgt dem Wunsch der Väter und Mütter des Grundgesetzes, eine Balance zwischen gefährlichen Äußerungen einerseits und der zulässigen und erwünschten Sozialkritik andererseits zu meistern. Insgesamt ging es aber meist um die Abwägung zwischen wichtigen Schutzgütern einer Verfassungsdemokratie und der Meinungsfreiheit.

Die drei wichtigsten Schrauben, an denen Gesetzgeber und Richter dabei immer gedreht haben, um die nötige Kalibrierung der Meinungsfreiheit hinzubekommen, waren: Menschenwürde bei Schmähungen, persönliche Betroffenheit bei Beleidigungen, mögliche Gefährdung des öffentlichen Friedens bei Volksverhetzungen.

Wird eine verbale Verletzung der Menschenwürde angenommen, insbesondere wenn sie durch eine persönliche Schmähung stattfindet, so sei ein solcher beleidigender Angriff von vornherein verboten. Es bedarf keiner Diskussionen und keiner Abwägungen. Der sich Äußernde steht alleine da. Somit wird postuliert: Ein persönlicher Angriff, der in erster Linie eine entmenschlichende persönliche Herabsetzung, nicht eine Auseinandersetzung in der Sache zum Ziel hat, fällt nie unter das Privileg der freien Meinungsäußerung. Allerdings ist hierfür die Schwelle ziemlich hoch.

Auch an dieser Stelle nahmen die Gerichte in Deutschland häufig Recours auf Parallelen zum Nationalsozialismus als Indikator. Schon sehr früh haben Gerichte bejaht, dass bei Äußerungen, die die geistige Nähe zu nationalsozialistischen Ausdrucksformen aufweisen, eine Menschenwürdeverletzung der jüdischen Menschen vorliege. In einem Urteil etwa, in dem es um die Beschimpfung eines Zentralratsmitglieds als „Zigeunerjude“ ging, wurde darauf hingewiesen, dass ausgerechnet das Zusammentreffen der beiden Bezeichnungen Jude und „Zigeuner“ die NS-ähnliche begriffliche Mischung und somit den verbotenen Menschenwürde-Angriff darstellte. Eine rein „informatorische“ Betonung der jüdischen Herkunft wurde vom Bundesverfassungsgericht hingegen nicht als Menschenwürdeangriff angesehen, auch dann nicht, wenn, wie im konkreten Fall, nur einer der Protagonisten im Pressebericht als Jude bezeichnet wurde, während die Herkunft anderer nicht-jüdischer Protagonisten nicht interessierte. Ob eine solche Bezeichnung die Menschenwürde der Betroffenen verletze, so die Richter, hänge von den „Begleitumständen des Gebrauchs“, und insbesondere davon ab, ob sich der Äußernde mit der „nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziert oder seine Äußerungen sonst damit im Zusammenhang stehen“.

Doch auch für Äußerungen unterhalb der Schwelle der Schmähungen sind die Hürden für Strafbarkeit ziemlich hoch: Wird eine ganze Gruppe verbal angegriffen, so befindet man sich klassischerweise nicht im Bereich der Beleidigung (§ 185 StGB), sondern im Bereich der Volksverhetzung (§ 130 StGB). Für Letzteres ist aber nicht ausreichend, jemanden kollektiv anzugreifen. Um hiernach sanktioniert zu sein, muss der Angriff auf eine Art und Weise stattfinden, die den öffentlichen Frieden gefährdet. Er muss also geeignet sein, das Vertrauen in die Rechtssicherheit zu erschüttern oder das psychische Klima in der Gesellschaft aufzuhetzen. Eine Volksverhetzung wird somit (abseits der klassischen Holocaustleugnung) nicht bei bloßen antisemitischen Äußerungen ohne aufhetzenden, friedensgefährdenden Charakter angenommen. Vereinfacht gesagt: Eine bloße Behauptung im Privaten, etwa: „Juden sind gierig“, ist keine Volksverhetzung.



Die schwierigste Hürde bei der Verfolgung antisemitischer Äußerung bleibt aber die goldene Regel der Meinungsfreiheit: Ist eine Meinung mehrdeutig, so ist dem Sprecher derjenige Inhalt zu unterstellen, der für ihn oder sie am wenigsten nachteilig ist.

Somit wird der Strafverfolgung von Antisemiten zum Verhängnis, was Antisemitismus historisch zu einem resistenten Vorurteil macht: Antisemitismus ist nicht bloß eine Beschimpfung, er erschöpft sich nicht in eindeutigen persönlichen Angriffen gegen einzelnen Menschen oder Beschimpfungen des gesamten jüdischen Kollektivs. Antisemitismus ist ein Weltbild. Es geht nicht ausschließlich darum, Juden persönlich zu treffen, Stereotypen gegen sie zu schüren oder den öffentlichen Frieden zu stören. Antisemiten geht es darum, die komplexen Realitäten zu reduzieren und auf einfache Art und Weise zu erklären – über die Unterstellung der Allmacht der Juden. Antisemitismus wird somit zu einer ambivalent klingenden Systemkritik und überschneidet sich auf perverse Art mit Kritik an sozialen Zuständen schlechthin. Hier kommt Antisemiten auch die aufklärerische Großzügigkeit der Verfassungsdemokraten zugute: Die kruden antisemitischen Beschimpfungen wurden längst an die Ränder der Gesellschaft verbannt. Dort, wo sie wahrnehmbar sind, regen sich Empörungswellen und werden Ermittlungsbehörden eingeschaltet. So nach bekanntesten dokumentierten Fällen: Nach den unverschämten Schmähungen des Restaurantbesitzers Feinberg in Schöneberg oder nach dem Auspeitschen eines Kippaträgers mit antijüdischen Beschimpfungen in Prenzlauer Berg. Hier ist der Aufschrei laut, der Reaktionseifer beträchtlich.

Die „raffinierten Antisemiten" gehen hingegen sanktionsfrei aus: Sie haben gelernt, politisch korrekt zu hassen, sprich die eigenen antisemitischen Dämonen zu zügeln. Diese Dämonen werden anders gefüttert als es die NS-Ideologen taten, die heutigen Speisen sind eleganter, perverser, sprich zweideutiger geworden. Just an dieser Stelle kommen wir an die Grenzen des liberaldemokratischen Selbstverständnisses und stehen vor den Gretchen-Fragen der freien Demokratie: Ab wann hört eine Aussage auf, zulässige Sozialkritik zu sein, ab wann trägt sie antisemitische Züge und – nicht weniger wichtig: ab wann, wenn überhaupt, besteht die Notwendigkeit, Aussagen zu verbieten, und zwar auch dann, wenn sie antisemitisch sind.

Dem Impuls zahlreicher Aktivist/innen, möglichst viele verdächtige Aussagen auf die Fahndungsliste der Gerichte zu setzen, müssen wir, auch und gerade als Juden/Jüdinnen widerstehen. Strafrechtlicher Aktionismus bringt wenig, wenn die Folge die Verengung des gesellschaftlichen Diskursfeldes insgesamt sein soll. Sind die problematischsten antisemitischen Äußerungen heutzutage ambivalente Äußerungen, so würde deren Regulierung zwangsläufig Bereiche betreffen, die nicht zwingend antisemitisch sind: Ab wann ist Kritik an Israel antisemitisch? Ab wann sind Kapitalismus- und Finanzkritik antisemitische Verschwörungstheorien? Es ist Aufgabe des Rechts, Gefahren zu ahnden, gleichfalls ist es Aufgabe des Rechts, Freiräume zu schützen. Die Verengung der Freiräume würde heutzutage auch aus einem anderen Grund schärfer ausfallen: Wir leben in einer Zeit, in der Antisemitismus nicht das einzige aktuelle und drängendste Vorurteil ist. Natürlich gibt es zahlreiche andere Anfeindungen in unserer Gesellschaft, von denen viele genauso subtil, aber auch genauso gefährlich sind. Erhöhen wir also den strafrechtlichen Druck auf möglicherweise antisemitische Redner, müssen auch vorurteilsbeladene Äußerungen mit anderen Zielrichtungen und anderen Opfergruppen verboten werden. Unsere Gesellschaft stünde in Gefahr in eine Kriminalisierungsspirale zu rutschen, aus der wir kaum herauskämen.

Dass strikte Regulierung der Freiräume für Redebeiträge sich als unerwartet kontraproduktiv für die Bekämpfung des Antisemitismus erweisen, zeigen die sich häufenden (zivilrechtlichen) Urteile, die sich gegen diejenige richten, die ihren Opponenten Antisemitismus unterstellen. Diese fatale Entwicklung in der Rechtsprechung begann mit Urteilen gegen Henryk Broder, wonach ihm untersagt wurde, publizistisch zu behaupten, Abraham Melzer fülle eine Lücke mit ‚braunem Dreck' aus. Später wurde der Politikerin Jutta Ditfurth verboten, den bekannten Querfront-Hetzer Jürgen Elsässer als „glühenden Antisemiten" zu bezeichnen. Schließlich verbat ein Landgericht einer Mitarbeiterin der Amadeu-Antonio-Stiftung, Xavier Naidoo Antisemit zu nennen. Die beunruhigende Tendenz in all diesen Fällen ist die Umkehrung der Angriffe und Nutzung der Justiz nicht (wie erwartet) zur Sanktionierung der Antisemiten, sondern (umgekehrt) zur Verfolgung derjenigen, die den Antisemitismusvorwurf in den öffentlichen Raum stellen. Somit wird die Diskussion über Antisemitismus verengt. Indes brauchen wir die Meinungsfreiheit genau dafür; zum freien, angstlosen Austausch darüber, wie wir bestimmte Äußerungen und ihre Urheber beurteilen können. Sollen wir solche Diskussion ins Strafrechtliche verbannen, geben wir ein Stück unserer Demokratie auf.

Wie diese Beispiele zeigen, sollten wir also alles dafür tun, um dreierlei zu erreichen: Meinungsfreiheit zu stärken statt sie zu verkürzen; diese Meinungsfreiheit dafür zu nutzen, Tacheles zu reden und subtile Antisemitismusformen zu enttarnen; Antisemitismus und insbesondere seine neueren Formen, die nicht an diejenigen der NS-Zeit erinnern, öffentlich und diskursiv problematisieren, ohne jedes Mal nach strafrechtlichen Verboten zu rufen. Nur so können wir die demokratischen Freiräume erhalten, zugleich aber klare Kante gegen Hass jeglicher Couleur zeigen. Diese Kombination zwischen Liberalität und Zivilität ist das, was uns eine Orientierung in Zeiten geben sollte, in denen unsere westlichen Demokratien an allen Fronten auf die Probe gestellt werden. ■

ANMERKUNGEN ▼

1 Bommarius, Deutscher Denkmalschutz, in: Berliner Zeitung, 27. 4. 2004.
2 Doemming/Füsslein/Matz, Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, in: JöR 1 (1951), S. 1–926, hier S. 84.
3 Vgl. Doemming/Füsslein/Matz, Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, in: JöR 1 (1951), S. 1–926, hier S. 80-84.

Dr. Sergey Lagodinsky *ist Publizist und Jurist. Gegenwärtig leitet er das Referat EU/Nordamerika der Heinrich Böll Stiftung. Er ist Mitglied in der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin seit 2008. Sergey Lagodinsky schreibt und forscht über das jüdische Leben in Deutschland, den Antisemitismus sowie zu Themen internationaler Politik. In seinem 2014 erschienenen Buch „Kontexte des Antisemitismus" untersucht er das Verhältnis zwischen Antisemitismus und Meinungsfreiheit in Deutschland sowie im Völkerrecht.*

Das Kreuz mit der ISRAELkritik

TEXT ■ **Georg M. Hafner**

Leila Ghandour ist nur acht Monate alt geworden. Am 15. Mai 2018 listet die Hamas das kleine palästinensische Mädchen als 58. Todesopfer beim „Great March of Return" auf, erstickt im Tränengasbeschuss der israelischen Armee. Perfekter konnte die Anklage gegen Israel nicht sein: „Kindermörder Israel".

Die Hamas weiß, dass sie den Krieg gegen Israel nicht gewinnen wird. Deshalb versucht sie die Schlacht in den Medien und in den Köpfen der Völkergemeinschaft für sich zu entscheiden. Aber warum fallen Journalisten so leicht darauf rein? Ganz einfach: Weil Journalisten auch nur Menschen sind und den Applaus genießen. Der ist aber bei kaum einem Thema so garantiert wie beim Thema „Israel".

Das klappt aber nur, wenn man das Land dämonisieren, es delegitimieren, also in seiner Existenz noch 70 Jahre nach der Staatsgründung in Frage stellt oder wenn man mit zweierlei Maß ansetzt, wenn es um Israel oder den Rest der Welt geht, kurz, wenn man antisemitisch argumentieren kann, dann gibt es begeistertes Schulterklopfen aus allen Milieus unserer Gesellschaft.

Warum aber drängt es eigentlich die Kinder und Kindeskinder derer, die die Juden planmäßig auszulöschen versuchten, ausgerechnet den Überlebenden und ihren Familien Ratschläge zu erteilen, wie sie sich anständig verhalten sollen?

Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage glaubt eine satte Mehrheit von 71 Prozent, die Deutschen sollten Israel ruhig verstärkt die Meinung sagen und die, wie es der SPIEGEL nannte, „historisch bedingte Sonderbehandlung" (!) überwinden.

„Pax Christi", die Organisation mit dem „Frieden" als Markenkern, tourte pünktlich zum 70 Jahrestag der Staatsgründung Israels mit einer Ausstellung gegen den Unterdrückerstaat durch die Lande. „Mauer Museum Bethlehem" heißt die Propagandaschau. Auf 15 wetterfesten Tafeln wird das Leid der Palästinenser beklagt, die sich aber durch ihr „Durchhaltevermögen, ihre Menschlichkeit und manchmal ihren Humor" nicht unterkriegen lassen, wie es im Beipack steht. Für die Auflistung der Mordanschläge auf die israelische Zivilbevölkerung hat der Platz auf den Pappen nicht mehr gereicht.

Unterdessen sind Blockwarte für die bundesweite Aktion „Besatzung schmeckt bitter"in Supermärkten und Kaufhäusern unterwegs: „Melden Sie Lebensmittel, deren Herkunft Ihnen unklar ist, die eine unklare Ursprungsangabe ‚Israel' tragen". „Kauft nicht bei Juden"? Ja. Die BDS-Bewegung „Boycott Israel" ist das Sammelbecken der Antisemiten, die nicht so genannt werden wollen. Lange mitleidig belächelt, ist sie jetzt eine ernst zu nehmende Bewegung in fast allen Bereichen. Sogar in der Wissenschaft oder im Sport.

Als etwa Tal Fliker die Goldmedaille im Judo beim Grand Slam in Abu Dhabi errungen hatte, durfte die Flagge seines Landes nicht gehisst werden und statt der israelischen Nationalhymne wurde die Hymne des internationalen Judoverbands eingespielt. Tal Fliker hat dann die Hatikva gesungen, ganz leise, für sich, mit Tränen in den Augen. Ein bewegender Moment, der aber nur in den israelischen Medien zu sehen war, nicht bei uns.

Wir leben in Milieus, in denen es unausgesprochene Regeln des sozial Erwünschten gibt. Es gehört sich nicht, gegen die Gleichberechtigung der Frauen, gegen Schwule oder Lesben, Rassist oder gar Antisemit zu sein. Wer anders denkt, schweigt oder macht seinen Haken trotzig bei der AfD. Aber je mächtiger das Gefühl wird, diese Regeln endlich auch für eine stumme Mehrheit durchbrechen zu müssen, umso größer wird der Drang, es dann doch auch laut zu sagen. Gerne eingeleitet mit einem Freispruch in eigener Sache: „Man wird ja noch mal sagen dürfen...!"

Natürlich darf man! Die Frage ist nur, warum will man? Dient die obsessive Kritik an Israel der Abwehr tiefsitzender eigener Schuldgefühle? Je mehr wir auf das Schuldenkonto des Judenstaates abbuchen, umso mehr kann vom eigenen Schuldbuch ausgetragen werden.

Jede Nachricht über den Ausbau einer Siedlung oder gar die Gründung einer neuen wird fast dankbar aufgenommen, weil sie den Hass gegen Israel rationalisiert und legitimiert.

„Unfug" heißt es dann sofort, gerade Freunde dürfe man nicht schonen. Je tiefer die Freundschaft umso heftiger die Kritik. So gesehen ist es um die deutsch-israelische Freundschaft gut bestellt.

Israelische Innenpolitik ist mindestens so kompliziert wie die deutsche. Trotzdem wissen die selbernannten deutschen Experten genau, was Israel zu tun und was zu lassen hat. Wie anmaßend diese Haltung ist, wird spätestens klar, wenn wir uns die Situation umgekehrt vorstellen, wenn also jeder Israeli zum „Deutschlandkritiker" mutieren und erklären würde, wie etwa das Flüchtlingsproblem hierzulande zu lösen wäre oder die Dieselaffäre.

Dem „Israelkritiker" reicht es nicht, das Recht auf Kritik an der israelischen Siedlungspolitik oder dem Umgang mit den Palästinensern einzufordern, in Wahrheit ist ihm nämlich nicht die Politik des Staates, sondern seine schiere Existenz ein Dorn im Auge. Und so wenig, wie der Jude durch freundliches Verhalten den Antisemiten dazu bringen wird, ihn zu mögen, so wenig wird Israel durch eine andere Politik diese „Kritiker" überzeugen.

Weltweit werden Juden für die israelische Politik haftbar gemacht und zur Zielscheibe antisemitischer Stimmungsmache. Nicht diejenigen, die diese Stimmung befördern, werden bespuckt, verprügelt, gehänselt. Sie erhalten auch keine Drohbriefe. Und natürlich wollen sie auch nicht, dass Juden in Europa durch die aufgeheizte Stimmung gefährdet sind und wie etwa in Frankreich gar ermordet werden. Sie wollen es nicht, aber sie tragen dazu bei.

Eine Information „darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschaffung weder entstellt noch verfälscht werden", so steht es unter Ziffer 2 („Sorgfalt") im Pressegesetz. Gerade aber Überschriften sind verräterisch für Autoren und Redaktion. „Acht Tote bei Tunnel-Sprengung durch Israels Armee", titelte die ZEIT im Oktober vergangenen Jahres. Erst im Bericht selbst erfuhr der geneigte Leser, dass Israel sich gegen einen der Terrortunnel der Hamas zur Wehr gesetzt hatte, um einem Anschlag auf sein Staatsgebiet zuvorzukommen. Den Vogel in unseriöser Berichterstattung hat allerdings kürzlich das Nachrichtenportal T-Online abgeschossen: „Gaza-Konflikt: Israel bombardiert – Palästinenser wehren sich mit Raketen".

Solche Überschriften sind unseriös, weil sie nur halb wahr sind. Aber eine „halbe Wahrheit ist eine ganze Lüge", sagt zu Recht ein jüdisches Sprichwort. Dabei ist die Glaubwürdigkeit die wichtigste Währung des Qualitätsjournalismus. Und genau sie steht oft auf dem Spiel und stärkt so die Lügenpresse-Brüller. Die BBC war im II. Weltkrieg auch deshalb eine so entscheidende Nachrichtenquelle, weil sie die Niederlagen der Alliierten nicht verschwieg.

„Free Palestine", daran lässt die Hamas keinen Zweifel, heißt „frei von Juden" und wie radikal islamische Staaten sich ihrer „ungläubigen Gegner" entledigen, hat der IS gezeigt. An vielen Stammtischen, bei erlesenen Häppchen in geselliger Runde und eben auch bei vielen Journalistentreffen hat man jedoch kein Verständnis für die Angst der Israelis vor dem Hass der Feinde und ist sich schnell einig: Israel ist an allem schuld.

Hinter der Parole „Freiheit für Palästina" können sich mühelos Islamisten, Rechte, Linke, Christen, Alte und Junge vereinen. Auffällig dabei ist zum einen die offensive Empathieverweigerung für die Israelis, die sich permanenter Terrorbedrohung und Kampfansagen der arabischen Nachbarn und des Iran ausgesetzt sehen. Zum anderen fällt auf, wie sehr mit zweierlei Maß gemessen wird, sobald es um Juden und Israel geht. Würde tatsächlich die Sorge um das Schicksal der Palästinenser die Menschen auf die Straße treiben, so müsste es Massendemonstrationen gegen Syrien und seine Verbündete geben. Mindestens 3500 Palästinenser sind Berichten zufolge inzwischen getötet worden, über Hunderttausend mussten fliehen. Sie werden gefoltert, entrechtet, verfolgt und hingerichtet. Doch niemand interessiert sich für ihr Leid, weil sie keine Opfer Israels sind.

1948 rief Ben Gurion den Staat Israel aus, „eine Art Irrenhaus in der Wüste, über und über bestäubt mit dem Knochenmehl der Juden, die nicht lebend eingetroffen waren", schrieb der israelische Schriftsteller Yoram Kaniuk in seinem Roman „1947". „Er wurde für Tote errichtet. Er erinnert stets daran, dass sie vielleicht nicht hätten sterben müssen, wenn wir ihn fünfzig Jahre früher gegründet hätten."

Es ist genau diese Erinnerung, die den Staat so verhasst macht, denn er erinnert die Welt und vor allem Deutschland an das eigene schreckliche Versagen, an die Schuld, deren Zinsen Israel in Rechnung gestellt werden. 70 Jahre und acht Kriege nach der Staatsgründung ist das friedliche Miteinander so fern wie damals und für viel zu viele ist an allem allein Israel schuld.

Drei Tage bevor Leila Ghandour stirbt, gewinnt die israelische Sängerin Netta Barzilai den Eurovision Song Contest. „Nächstes Jahr in Jerusalem" schmettert sie ihren Fans begeistert entgegen. Israel ist völlig aus dem Häuschen. Ministerpräsident Netanjahu, der gerade die amerikanische Botschaft in die Hauptstadt geholt hatte, stimmt begeistert ein: „Nächstes Jahr in Jerusalem".

Das greift die Süddeutsche Zeitung in einer Karikatur ihres Hauszeichners Dieter Hanitzsch auf. Der Ministerpräsident im Outfit der Sängerin. Soweit, so komisch. Der Ministerpräsident mit abstehenden Schweinsöhrchen, dicker Nase, schwulstigen Lippen, in fetten Marschstiefeln, die der Wehrmacht alle Ehre machen und eine Rakete mit Davidstern schwingend, soweit, so antisemitisch.

Natürlich war das alles nicht so gemeint, heißt es aus der aufgescheuchten SZ, das sei dem Redakteur so durchgerutscht. Aber die SZ hat eine gewisse Tradition in antisemitisch konnotierten Zeichnungen, weshalb der Chefredakteur des Blattes die Reißleine gezogen und den Hofkünstler vom Hofe gejagt hat. Er ist übrigens wieder gut untergekommen, das Boulevardblatt „Münchner Abendzeitung" hat ihm Unterschlupf gewährt.

Alles gut? Keineswegs. Denn der Künstler selbst kann nichts Antisemitisches erkennen und wenn doch, sei das durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Für seine israelkritischen, - andere sagen: antisemitischen - Verdienste bekam er gerade den Bayerischen Kabarettpreis 2018 verliehen.

Die Fotos der kleinen Leila Ghandour, die sofort nach ihrem Tod in den sozialen Netzen und in allen Presseagenturen herumgereicht wurden, waren grausam. Erst Leila mit großen dunklen Augen und mit weißem Schleifchen im schwarzen Haar, dann Leila als Leiche in den Armen ihrer verzweifelten Mutter. Das Entsetzen über den Tod dieses Kindes war allgemein und verständlich, aber es hat die Journalisten geblendet, so sehr, dass sie tagelang nicht auf die naheliegendste aller Fragen gekommen sind: was bitte haben Säuglinge an einer Kriegsfront zu suchen? Dabei war genau diese Frage in aller Offenheit durch den Hamasführer Yahya Sinwar selbst längst beantwortet und hätte jedem halbwegs begabten Hobbyjournalisten zur Verfügung gestanden: „Wir sind entschlossen, die Körper unserer Frauen und Kinder in einen Damm zu verwandeln gegen unseren Zusammenbruch", sagte er im palästinensischen Rundfunk. Dass er der Familie über 2000 Dollar dafür gab, damit sie die Gruselgeschichte verbreitete, erzählte ein Cousin den israelischen Behörden später in aller Offenheit. Eine übliche Entlohnung für Märtyrer und deren Angehörigen.

Als dann noch herauskam, dass Leila unter einer schweren Vorerkrankung des Herzens litt und selbst Ärzte in Gaza, zunächst anonym, später sogar öffentlich, Zweifel äußerten, ob nicht eher ihr schwerer Herzfehler zu ihrem plötzlichen Tod geführt habe, blieb Israel weiter am Pranger und nicht etwa die Hamas, die Leila Tage später von der offiziellen Opferliste streichen ließ.

Selbst die New York Times fand Leilas Geschichte nicht besonders kritikwürdig, schließlich zeige sie, zu welchen Verzweiflungstaten die Hamas offenbar genötigt werde, nachdem die Palästinenser sich von den USA verraten und von vielen arabischen Nachbarn verlassen fühlten. Von einem Kriegsverbrechen der Hamas an der eigenen Zivilbevölkerung dagegen war nirgends zu lesen.

Auch die Vereinten Nationen fanden nichts dabei. Es gab keine Resolution, keine Anklage, stattdessen eine Schweigeminute im UN-Sicherheitsrat. Mit gesenkten Häuptern, gefalteten Hände, betroffenen Gesichter gedachten die Diplomaten am 15. Mai 2018 in New York der vielen Toten bei den Auseinandersetzungen am Grenzzaun zu Gaza.

Kuweit hatte die Sondersitzung zur Verurteilung Israels beantragt. Ausgerechnet Kuweit, das Land, das, in Folge des zweiten Golfkrieges 1991, seine eigene palästinensische Bevölkerung, mehr als 370 000 Menschen, über Nacht enteignet und aus dem Land gejagt hatte. Zu dieser „Nakba" schwiegen, nicht nur die UN.

Man muss Israel nicht lieben, man kann und muss es auch hart kritisieren, aber die journalistischen Anstandsregeln gelten auch im Umgang mit dem jüdischen Staat. Egal ob man selbst glühender Zionist ist oder das Herz für den palästinensischen „Freiheitskampf" schlägt, Journalisten dürfen keine Propagandisten sein, sie dürfen sich „nicht gemein machen mit einer Sache - auch nicht mit einer guten Sache", hat Hanns Joachim Friedrichs, der große deutsche Journalist, seiner Zunft ins Gewissen geschrieben. Ein Journalist „darf überall dabei sein, aber nirgendwo dazu gehören". ■

Dr. Georg M. Hafner *war leitender Fernsehredakteur bei der ARD und ist Autor zahlreicher Filmdokumentationen, zuletzt des Dokumentarfilms „München 1970 – Als der Terror zu uns kam". Für seine Filme erhielt er u.a. den Grimme-Preis, den Bayerischen Fernsehpreis, den Prix Europa. Er ist Träger der Buber-Rosenzweig-Medaille. Seit 2013 ist er freier Autor und Publizist in Frankfurt a.M.*

TEXT ■ **Romani Rose**

Antiziganismus genauso ächten

Im Sommer 2018, vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, wurde das Thema „Zuwanderung" erneut und wiederum mit Vorwürfen gegen Roma aus den südosteuropäischen Ländern forciert. Der Duisburger SPD-Oberbürgermeister Sören Link brachte eine dezidiert rassistische Note in die Diskussion ein, als er zuerst erklärte, dass kriminelle Schlepperbanden Roma aus Rumänien nach Duisburg bringen und er schloß dann an – und wiederholte dies mehrfach in verschiedenen Statements: „Ich muss mich hier mit Menschen beschäftigen, die ganze Straßenzüge vermüllen und das Rattenproblem verschärfen. Das regt die Bürger auf."

Genau diese Verbindung von Rattenproblem und Vorwürfen gegen die Minderheit baut Haß auf und macht Sinti und Roma zur Zielscheibe eines potentiell gewalttätigen Antiziganismus. Was hier zum wiederholten Male sich abspielt, kennen Juden, Sinti und Roma seit langem: ein Problem (sei es real oder sei es in Zeiten des Wahlkampfs lanciert) wird dadurch zugespitzt und eine Lösung suggeriert, indem eine Minderheit zum Sündenbock erklärt wird. In diesem Kontext aber durch eine gezielte, an der Abstammung festgemachte Kennzeichnung die Angehörigen der Minderheit zur alleinigen Ursache eines Problems zu machen, steht in der Tradition der Herstellung von Sündenböcken und birgt, gerade jetzt, die Gefahr von Gewalt gegen Sinti und Roma in Deutschland.

Mit dem Hinweis auf „Ratten" nimmt der Duisburger Oberbürgermeister jahrhundertealte Bilder auf, die sowohl zum Fundus des Antisemitismus wie des Antiziganismus gehören. Juden wurden ebenso wie Sinti und Roma schon im Mittelalter für das Auftreten der Pest verantwortlich gemacht, mit der Folge von Pogromen und Vertreibung. Dass die Nazis entsprechende Bilder und Ressentiments in ihrer Propaganda bis hin zu den Filmen über das Warschauer Ghetto und über Theresienstadt systematisch nutzten, ist hinreichend dokumentiert.

Die Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes aus dem Jahr 2014 zeigte damals auch schon am Beispiel Duisburgs den Stellenwert auf, den die Berichterstattung über Sinti und Roma hat. In mehreren Interviews sahen die befragten Mitarbeiter von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Einrichtungen „angesichts der Brisanz des Themas [die Roma-Migranten in Duisburg] die ihnen besonders notwendig erscheinende Sorgfaltspflicht regelmäßig zugunsten einer reißerischen Berichterstattung vernachlässigt. Exemplarisch sei auf ein Interview in Duisburg verwiesen. Darin zeigte sich der Gesprächspartner infolge der bisher erlebten Kontakte zu verschiedenen Medien vollkommen desillusioniert. Trotz seiner Bemühungen um eine ausgewogene Darstellung der Fakten seien im Nachhinein immer wieder Bilder von Müll und überbelegten Wohnungen produziert worden. Der ebenfalls vorgestellte Schulbesuch von Kindern und die Sprachintegrationskurse der Erwachsenen wurden hingegen als wenig bildträchtig ausgeklammert.".

Antiziganismus und Antisemitismus sind keine neuen Phänomene, sie sind in Europa seit Jahrhunderten virulent. Manche der alten Bilder sind oft für lange Zeit verschwunden – wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland nach dem 2. Weltkrieg – um dann unvermittelt wieder aufzutauchen.

2017 zeigten SWR und KIKA den Kinderfilm „Nellys Abenteuer". Im Zentrum des Films – der nach Aussagen der Produzenten und des Regisseurs Vorurteile abbauen soll – steht eine Kindesentführung : Nelly, blondes Mittelstandskind, wird in Rumänien von kriminellen Roma im Auftrag eines deutschen Unternehmers gekidnappt. Die Romakinder, mit denen Nelly im Verlauf des Films Freundschaft schließt, leben, so der pädagogische Begleittext zum Film, von Diebstahl.

Die weiteren Darstellungen im Film sind nahezu ausnahmslos orientiert an den gängigen Klischees und Stereotypen, wie sie grundlegend für die Diskriminierung von Sinti und Roma sind, Kriminalität in vielfältiger Form, von Schutzgelderpressung und Diebstahl bis eben zur Kindesentführung, und dazu Zwangsheirat und wiederum unhygienische Lebensweise. Der Film enthält die traditionellen Elemente und Motive eines literarischen Antiziganismus, nämlich das Kinderraub-Motiv, der über eine lange Tradition verfügt und der bis heute wirksam ist. Es war und ist unverständlich, wie ein

solcher Film die Jurys mehrerer Filmfördereinrichtungen – der Film wurde mit ca. 935.000 Euro Steuermitteln gefördert – und die einschlägigen Redaktionen des SWR durchlaufen konnte, ohne dass die Produktion und Reproduktion von Stereotypen bemerkt wurde. Trotz der Proteste des Zentralrates wurde der Film vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen mehrfach ausgestrahlt. Ein ähnlicher Film über antisemitische Stereotypen und Ressentiments im Kontext einer Reise nach Israel wäre – so will ich voraussetzen – auf jeder Redaktionskonferenz des SWR sofort abgelehnt worden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Faßbinder-Kontroverse: Als 1985 das Stück von Rainer Werner Faßbinder, „Die Stadt, der Müll und der Tod" in Frankfurt aufgeführt werden sollte, gab es heftige Proteste von jüdischer Seite, und dem Theater wurde „subventionierter Antisemitismus" vorgeworfen. Der Antrag auf Förderung des Drehbuchs über 600.000 DM wurde von der Filmförderanstalt damals abgelehnt - unter anderem mit der Begründung, dass „möglicherweise antisemitische Vorurteile bestätigt oder neu gefördert werden könnten."

Das Beispiel von Nellys Abenteuer zeigt eine weitere Qualität des Antiziganismus wie auch des Antisemitismus, dass nämlich bestimmte Zuschreibungen, Bilder, Stereotypen und Ressentiments lange unterdrückt oder nahezu vergessen werden können, dass es aber wie in einem Computer nur die richtige Tastenkombination braucht, um die Vorurteile sofort wieder aktivieren zu können.

Was aber ist Antiziganismus genau?

Das Europäische Parlament hat im April 2015 eine Erklärung verabschiedet, in der Antiziganismus als eine „besondere Form von Rassismus" bezeichnet wird, der sich gegen Roma richtet. Antiziganismus sei eine Ideologie, die sich auf rassische Überlegenheit gründet, und die eine Form der Entmenschlichung und des institutionellen Rassismus darstellt. Wichtig bei dieser Erklärung des Europäischen Parlamentes ist die ausdrückliche Kennzeichnung des Antiziganismus als besondere Form von Rassismus. Natürlich können wir diese allgemeine Definition noch weiter konkretisieren, indem wir die verschiedenen Formen des Antiziganismus, von religiösem Antiziganismus bis zum Antiziganismus in den Medien genauer betrachten.

Entscheidend ist aber eines: Über Antiziganismus kann nicht gesprochen werden, ohne dessen extremste und radikalste Form, die Vernichtung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus, ohne den Holocaust, zum Zentrum des Nachdenkens zu machen. Der Völkermord an den Sinti und Roma markiert ebenso wie der Mord an den Juden Europas die Einmaligkeit und die Besonderheit dieser besonderen Formen des Rassismus.

Der nationalsozialistische Staat sprach den Angehörigen unserer Minderheit auf der Grundlage einer menschenverachtenden Rassenideologie kollektiv und endgültig das Existenzrecht ab, nur weil sie als Sinti oder Roma geboren waren. Schon die Nürnberger Rassengesetze von 1935 fanden auf Sinti und Roma ebenso Anwendung wie auf jüdische Menschen. In einer Anweisung von Reichsinnenminister Frick hieß es dazu : „Zu den artfremden Rassen gehören … in Europa außer den Juden regelmäßig nur die Zigeuner." Damit wurden beide Minderheiten gleichermaßen zu Fremdrassen erklärt, die aus der arischen Volksgemeinschaft auszuschließen seien.

Mit dem Auschwitz-Erlass vom 16. Dezember 1942 begann die letzte Phase des Holocaust an den Sinti und Roma Europas. Vom März 1943 an wurden Sinti und Roma aus ganz Europa in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert und ermordet. Himmlers Auschwitz-Erlass war der Höhepunkt des Rassenwahns der Nazis, der Sinti und Roma in Europa vollständig vernichten sollte. Nach Auschwitz wurden dann sogar Sinti deportiert, die als hochdekorierte Soldaten oder Offiziere zum Teil direkt von der Ostfront in das Vernichtungslager geschickt wurden.

Der Publizist Hermann Langbein, der als politischer Häftling in Dachau, Neuengamme und Auschwitz inhaftiert und als Zeuge der Situation im Vernichtungslager Auschwitz maßgeblich an der Vorbereitung der Frankfurter Auschwitz-Prozesse beteiligt war, berichtete in einem Interview aus dem Jahr 1992, dass viele Sinti bei ihrer Ankunft in Auschwitz noch ihre Wehrmachtsuniform mit zum Teil hohen Auszeichnungen trugen. Besondere Aufmerksamkeit rief nach Aussage Langbeins die Ankunft eines Offiziers aus, der noch das Eiserne Kreuz Erster Klasse trug, als er im Lager eintraf. Die Ankunft von Häftlingen in Offiziersuniform löste, wie wir aus Aufzeichnungen der Lagerleitung wissen, insbesondere bei den wachhabenden SS-Männern große Unruhe aus, weshalb verfügt wurde, dass ihnen ihre Uniform noch vor dem Eintreffen ins Lager abgenommen wurde und nicht erst in der Kleiderkammer von Auschwitz.

Die systematische Entrechtung und Vernichtung im NS-Staat stellte einen tiefen Bruch in unserer gemeinsamen deutschen Geschichte dar. Die deutschen Sinti waren seit über 600 Jahren im deutschen Sprachraum ansässig. Die Normalität des Zusammenlebens wurde auf brutale Weise zerstört, ganze Familien wurden ausgelöscht.

Über 500.000 Sinti und Roma in Europa wurden in den Vernichtungslagern oder von den Einsatztruppen der Polizei und der SS wie der Wehrmacht hinter der Ostfront ermordet.

An der Erfassung und Verfolgung von Sinti und Roma waren nahezu alle gesellschaftlichen Institutionen beteiligt. Auch die Kirchen waren hilfreich und stellten – die Evangelische Kirche in Berlin schon sehr frühzeitig – ihre Kirchenbücher für die Erfassung und die Erstellung von Rassegutachten zur Verfügung.

Mein Vater war auf der Flucht und lebte unter einer falschen Identität in München. Als er erfuhr und das dann bestätigt sah, dass Sinti und Roma aus Deutschland nach Auschwitz deportiert wurden, versuchte er unter Lebensgefahr den Münchner Kardinal Michael Faulhaber in seinem Erzbischöflichen Palais in München aufzusuchen und ihn zu bitten, bei Hitler zu intervenieren, um den Deportationen von Sinti und Roma Einhalt zu gebieten. Er war davon überzeugt, dass unsere Kirche den verfolgten Sinti und Roma – ihren Schwestern und Brüder im Glauben – Beistand leisten würde. Er wurde jedoch zum Kardinal nicht vorgelassen, nachdem er sein Anliegen dem Sekretär des Kardinals vorgetragen hatte.

Erst 2013 hat eine Tübinger Kirchenhistorikerin in Faulhabers Nachlass einen Tagebucheintrag gefunden, der das Handeln meines Vaters dokumentiert: Der Kardinal notierte handschriftlich, daß ihn ein Zigeuner mit dem Namen Alexander Adler, der Tarnname meines Vaters, um Hilfe für 14.000 Brüder im Glauben bat. Und er hält in seinem Tagebuch dann fest : „Nein, kann keine Hilfe für die Zigeuner in Aussicht stellen."

Es gab für die wenigen Überlebenden Sinti und Roma, die aus den Lagern an ihre Heimatstädte zurückkehrten, kaum Unterstützung. Spätestens mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland setzte die alte Diskriminierung wieder ein, die viele unserer Überlebenden als zweite Verfolgung wahrgenommen haben. Sowohl die politischen Parteien als auch Kirchen, Gewerkschaften und die Christlich-Jüdischen Gesellschaften verdrängten oder ignorierten den Völkermord an den Sinti und Roma.

Für Sinti und Roma gab es kein Stuttgarter Schuldbekenntnis – wie es im Oktober 1945 erfolgte. Erst mit dem Beginn der Bürgerrechtsarbeit Ende der 1970-er Jahre fanden sich Unterstützer, zu denen dann auch Martin Stöhr zählte. Martin Stöhr war lange Jahre Vorsitzender des Koordinierungsrates und später dann des Internationalen Rates der Christen und Juden, dessen Sitz in Heppenheim nicht weit von unserem Zentrum in Heidelberg liegt.

Das Verdrängen und Verleugnen des Holocaust an den Sinti und Roma war und ist eine der entscheidenden Ursachen für die Fortdauer des tiefen Antiziganismus in Deutschland. Die wichtigsten Institutionen, die dieses Verleugnen anführten, waren die Polizeibehörden in Deutschland, allen voran das Bayerische Landeskriminalamt, in dem bis zum Beginn der 1970er Jahre die bis 1951 als Zigeunerpolizeistelle ihren Sitz hatte, die später als sogenannte Landfahrerzentrale weiterbestand.

In der Münchner Zigeunerpolizeistelle wurden die Akten der Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens im Reichssicherheitshauptamt von genau den Beamten aus dem Reichssicherheitshauptamt wei-

tergeführt, die zuvor für die Erfassung und Deportation der Sinti und Roma in die Vernichtungslager zuständig waren. Leiter dieser Stelle wurde der SS-Obersturmbannführer Josef Eichberger, der im Reichssicherheitshauptamt die gleiche Funktion für Sinti und Roma innehatte wie Adolf Eichmann für die Vernichtung der Juden. Eichberger hatte als SS-Mann für das Reichssicherheitshauptamt Transporte von Sinti und Roma bis direkt in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau begleitet.

Diese Stelle des Landeskriminalamtes, die weiterhin alle Sinti und Roma in der neuen Bundesrepublik Deutschland systematisch erfasste, erstellte Gutachten an die Entschädigungsämter über die Gründe, warum die jeweiligen Menschen deportiert worden waren. Man stelle sich vor, Adolf Eichmann hätte nach 1945 als Beamter eines Landeskriminalamtes Gutachten über die Deportation von Juden erstellen können.

Die Leugnung des Völkermordes wurde durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes höchstrichterlich bestätigt. Am 7. Januar 1956 fällten die Richter des Bundesgerichtshofs ein Grundsatzurteil zur Ablehnung der Entschädigung von überlebenden Sinti und Roma, die im Mai 1940 in die Gettos und KZ-Lager im besetzten Polen deportiert worden waren. Diese Maßnahmen seien laut BGH aus „militärischen und sicherheitspolitischen Beweggründen" erfolgt. In diesem Urteil heißt es weiter: „Die Zigeuner neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung von fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb zu eigen ist." Damit übernahm der BGH die Rechtfertigungsstrategie der Nationalsozialisten.

Versuchen Sie sich vorzustellen, was es für einen traumatisierten Angehörigen unserer Minderheit, der der Hölle der KZs entronnen war, bedeuten musste, einer solchen infamen Diffamierung von höchstrichterlicher Stelle ausgesetzt zu sein.

Bei den bundesdeutschen Polizeibehörden dauerte es bis 2007, bis der damalige Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, dezidiert die Aufarbeitung der Geschichte des BKA durchsetzte. Zunächst in mehreren Kolloquien und dann in einem umfangreichen Forschungsprojekt wurde auch die Rolle der Polizei aufgezeigt, und wie insbesondere die Kontinuitäten von Personal und von Feindbildern zur Stigmatisierung der Minderheit führten. Die Initiative von Jörg Ziercke im Bundeskriminalamt, die er auch gegen Widerstand innerhalb seiner Behörde durchsetzen mußte, verdient allergrößten Respekt. Für uns war das ein wirklicher Ausdruck von Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland.

Gegen alle diese Formen des Antiziganismus wandte sich die Bürgerrechtsarbeit der Sinti und Roma. Seit seiner Gründung 1982 ist der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma die Dachorganisation, der die Interessen von Sinti und Roma in Deutschland und international vertritt. Im Zentrum unserer politischen Arbeit stand anfangs vor allem die Forderung nach der politischen Anerkennung und gesellschaftlichen Aufarbeitung des NS-Völkermords an den Sinti und Roma.

Dies war ein intensiver und langsamer Prozeß. Für mich und für viele in meiner Generation ermöglichte der Aufbau demokratischer Strukturen, wozu auch die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gehörte, nach dem Trauma des Holocaust einen positiven Ansatz für unsere Identität. Nach wie vor ist für uns Artikel 3 Absatz 3 für unsere Identität als Deutsche von zentraler Bedeutung :

„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden."

Ein von mir und von vielen Sinti und Roma in Deutschland aufmerksam wahrgenommener Moment war die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges. Diese Rede im Januar 1985 war für uns – so sehe ich es heute – ein wirklicher Wendepunkt. Erstmals hatte hier ein Bundespräsident deutlich gesagt, was der 8. Mai für uns, und zwar für uns alle, bedeutet: „…von Tag zu Tag [wurde] klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft."

In seiner Rede hat der Bundespräsident damals klar gemacht, das die Erinnerung an die vielen Opfer des 2. Weltkrieges nicht von der Machtübergabe an die Nazis getrennt werden dürfe. Und das bedeutet, das die Nazis nicht nur die Millionen Opfer des Holocaust, die Millionen Mordopfer zu verantworten haben, sondern das die Nazis Deutschland und Europa und schließlich die Welt in einen Abgrund gerissen haben – mit Millionen Opfern auch auf Seiten der deutschen Bevölkerung. Die Zerstörung der deutschen Städte, die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat müssen in unserer Erinnerung auch verbunden werden mit der Verantwortung für das Deutschland, in dem wir heute leben.

Wie stabil oder wie fragil unsere Demokratie tatsächlich ist, wird sich erst in einer Zeit wirklicher ökonomischer Krise zeigen. Schon jetzt aber zeigt sich, daß wir unsere demokratischen Werte nicht als selbstverständlich nehmen dürfen. In Deutschland und in Europa sind Sinti und Roma zunehmender Gewalt ausgesetzt. In der Ukraine gab es im Sommer dieses Jahres mehrere Pogrome gegen Roma, die im Mord an mehreren Roma gipfelten. In Italien muß die vom dortigen Innenminister Matteo Salvini angekündigte Sondererfassung von Sinti und Roma in Italien als gezielter Vorstoß gewertet werden, um die Grenzen des italienischen Rechtsstaats aufzulösen und in der Tradition faschistischer Regime zuerst die Vertreibung von Migranten aus Italien und dann die Ausgrenzung von nationalen Minderheiten aus der Staatsbürgerschaft voranzutreiben. Roma mit italienischem Pass müsse man „unglücklicherweise behalten", hatte der italienische Innenminister erklärt.

Deshalb ist es überfällig, dass die konsequente Bekämpfung des Antiziganismus endlich auf die politische Agenda in Deutschland und in Europa kommt. Wir sind sehr froh, dass die Bundesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung klar festgeschrieben hat, dass sie im Januar 2019 eine unabhängige Expertenkommission Antiziganismus berufen wird.

Es ist einerseits der Erfolg der Bürgerrechtsarbeit, dass im Bereich der Politik bei den demokratischen Parteien ein Bewußtsein dafür entstanden ist, dass der Schutz und die Förderung von Minderheiten Teil jeder demokratischen Kultur sein muss. Gleichzeitig aber müssen wir feststellen, dass der Antiziganismus in seinen vielfältigen Ausformungen noch immer Tief in der Gesellschaft verwurzelt ist.

Meinungsumfragen, die die Amerikaner in den Jahren nach dem Krieg in Deutschland durchführten, zeigen einen offenen Antisemitismus, der noch Anfang der 1950-er Jahre bei fast fünfzig Prozent lag. Es bedurfte einer klaren Ansage der Politik und ihrer Repräsentanten, und es bedurfte einer klaren Zielsetzung in den Schulen und in der politischen Bildung, damit dieser Antisemitismus geächtet wurde. In genau gleicher Weise muß der Antiziganismus geächtet werden, wenn wir die Lehren aus der deutschen und der europäischen Geschichte ernst nehmen. Hier sind wir alle gefordert. ■

Romani Rose, *Jahrgang 1946. Seit der Gründung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma dessen Vorsitzender. Veröffentlichungen zur Bürgerrechtsarbeit und zur NS-Geschichte. Mitglied u.a. im Internationalen Auschwitz-Rat.*

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.

ALS SIE MICH HOLTEN,
GAB ES KEINEN MEHR,
DER PROTESTIEREN KONNTE.“

Martin Niemöller

DAS NETZWERK FÜR *Demokratie und Courage*

TEXT ■ **Mio Proepper**

"I think the importance of doing activist work is precisely because it allows you to give back and to consider yourself not as a single individual who may have achieved whatever but to be a part of an ongoing historical movement." **Angela Davis**
[Ich denke die Wichtigkeit aktivistischer Arbeit besteht genau darin, dass sie uns erlaubt, etwas zurückzugeben und uns selbst nicht nur als einzelnes Individuum zu sehen, das vielleicht irgendetwas erreicht hat, sondern Teil einer kontinuierlichen historischen Bewegung zu sein.]
Angela Davis in deutscher Übersetzung

Ich möchte diesen Text über die Bildungsarbeit des bundesweiten Netzwerks für Demokratie und Courage e.V. (NDC), das von jungen Leuten getragen wird und sich für Demokratieförderung und gegen menschenverachtendes Denken engagiert, mit dem Zitat der afroamerikanischen Aktivistin Angela Davis beginnen, da es meine Ansprüche und Beweggründe sowie die vieler weiterer im NDC aktiven Menschen auf den Punkt bringt: der Wunsch, die Gesellschaft zu verändern, aktiv mitzugestalten und Teil einer Gruppe von Menschen zu sein, die etwas tun wollen gegen Ungerechtigkeiten und sich für eine bessere, offenere, gerechtere Welt der Vielen einsetzen. Wie wir das erreichen wollen? Mit politischer Bildung.
Politische Bildungsarbeit ist immer bedeutsam. Momentan gibt es Anlass zu der Annahme, dass sie von besonderer Bedeutung ist: In Chemnitz werden geflüchtete Menschen durch die Straßen gejagt[1], Politiker_innen anerkannter Parteien laufen Hand in Hand mit bekannten, gewaltbereiten Neonazis und Rassist_innen in Demonstrationszügen[2] und ein jüdisches Restaurant in Chemnitz wird wiederholt angegriffen[3]. Spätestens nach dem Verbot der Seenotrettung und dem bewussten „sterben lassen" unzähliger Menschen in Mittelmeer wird klar: Über Humanismus lässt sich wieder streiten.
Neben konkreten Beispielen sind auch die Ergebnisse verschiedener Einstellungsforschungen alarmierend. So zeigt die Mitte Studie der Friedrich Ebert Stiftung 2016[4] Folgendes auf: Es stimmen 5,8 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung antisemitischen Aussagen zu, 8,7 Prozent rassistischen bzw. sexistischen, 24,9 Prozent stimmen abwertenden Aussagen über Sinti und Roma zu, 49,3 Prozent solchen über Langzeitarbeitslose und 49,5 Prozent der Befragten weisen eine abwertende Haltung gegenüber geflüchteten Menschen auf.[5]
Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, wenn es um den Zustand der deutschen Gesellschaft und deren Einstellung gegenüber marginalisierten Gruppen geht. Die Ergebnisse sind besorgnisserregend, daher sollte es eine unabdingbare Notwendigkeit für alle darstellen, sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren.
Dies macht – mit dem Blick auf wirksame Veränderungsprozesse – eine kontinuierliche und engagierte Bildungs- und auch Beratungsarbeit notwendig. Am 13. September 2018 sprach sich Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey in einer Pressemitteilung zum Bundesprogramm „Demokratie leben!" für eine bessere Förderung von Engagement aus: „Die Ereignisse in Chemnitz haben uns noch einmal gezeigt, wie wichtig es ist, hinzuschauen, was vor Ort passiert und darauf zu reagieren, was vor Ort gebraucht wird. […] Der Schutz unserer Demokratie und die Unterstützung der Menschen, die sich vor Ort engagieren, sind Daueraufgaben."[6] Die Zusicherung monetärer Unterstützung für die Arbeit des NDC und vieler weiterer Vereine und Verbände ist eine notwendige Anerkennung der täglichen Bildungsarbeit in Schulen, Organisationen und Betrieben. Neben den finanziellen Mitteln ist die Auszeichnung mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ebenfalls eine wichtige Anerkennung für unsere Arbeit.

EXKURS: Menschenverachtende Einstellungen und Kritik am Extremismus-Begriff

Der Begriff Rechtsextremismus wird in der Arbeit des NDC vermieden, dieses Konzept suggeriert, menschenverachtende Einstellungen wären ein Randproblem, ein Problem von Rechts. Stattdessen sprechen wir von menschenverachtenden Einstellungen, da sich immer wieder zeigt, dass die gesamte Bevölkerung ein Problem mit diesen Einstellungen hat. Unter den Umbrella-Term „menschenverachtende Einstellungen" fallen jegliche Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus, Homophobie, Gadjée-Rassismus, Antimuslimischer Rassismus, Antisemitismus und weitere. Es sollte darum gehen, diskriminierende Aussagen und Handlungen klar zu benennen und sie nicht als ein alleiniges Problem von „Rechts" zu simplifizieren.

Das NDC – Ein Netzwerk mit einer fast 20jährigen Geschichte

Informationen vermitteln, zum Nachdenken anregen, Menschen Mut machen sich zu äußern, Solidarität mit von Diskriminierung Betroffenen fördern, klar gegen menschenverachtende Meinungen auftreten, zum couragierten Handeln im Alltag motivieren: Mit der Erklärung dieser Ziele beginnt in der Regel jeder Projekttag des NDC. Sie verbinden alle Menschen, die sich im und für das NDC engagieren und es sind jene Ziele, die bereits vor fast 20 Jahren unsere Arbeit prägten und bis heute nicht an Aktualität verloren haben.

Die Genese des NDC begann 1999 in Sachsen. Die Wahlergebnisse der DVU (Deutsche Volksunion) bei den Landtagswahlen 1998 in Sachsen Anhalt und die Sorge, dass die NPD in Sachsen bei den 1999 anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen vergleichbare Ergebnisse erzielen könnte, waren neben anderen Gründen ein Motivationsfaktor, für verschiedene Initiator_innen, sich zusammenzuschließen, um etwas gegen diese Zustände zu unternehmen.[7] Zu den motivierten Gründer_innen des Projekts zählten unter anderem Vertreter_innen der DGB-Jugend Sachsen, der Jusos Sachsen, der SJD - Die Falken in Sachsen, der Naturfreundejugend Sachsen, des Grünen Jugendbündnis Sachsen und der DAG-Jugend Sachsen sowie engagierte Einzelpersonen.[8] Ziel war es, durch kontinuierliche Bildungsarbeit gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern. So wurde 1999 das Projekt „für Demokratie Courage zeigen" ins Leben gerufen[9] und die ersten Projekttage gegen Rassismus und Diskriminierung und für couragiertes Handeln konzipiert und in Sachsen umgesetzt. Im Dezember 2000 wurde das ursprüngliche Projekt erweitert und das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. gegründet.[10]

Nach und nach schlossen sich weitere Menschen an und in immer mehr Bundesländern wurden Landesnetzstellen eröffnet, um vor Ort Projekttage durchführen zu können. Mittlerweile gibt es das NDC in zwölf Bundesländern. Zudem gibt es ein Schwesterprojekt in Frankreich, in Belgien werden hin und wieder NDC-Projekttage umgesetzt und derzeit wird ein Ableger des NDC in Österreich gegründet.

Auch das Themenfeld vergrößerte sich peu à peu. Zum Beispiel setzt man sich mit Themen wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Gadjée-Rassismus[11], Solidarität und Klassismus auseinander. Mittlerweile sind sie fester Bestandteil des NDC-Themenspektrums und Projekttagsrepertoires.

Zudem wurde die Zielgruppe im Laufe der Zeit kontinuierlich erweitert. Die meisten Projekttage richten sich an Schüler_innen ab der Sekundarstufe I aller Schulformen, manche aber auch an jüngere Schüler_innen. Weitere Zielgruppen sind Multiplikator_innen und seit neuestem auch Mitarbeitende und Führungskräfte verschiedener Unternehmen, wie z.B. im Projekt Open Saxony.[12] Die jahrelangen Erfahrungen im Feld der politischen Bildungsarbeit und die Expertise von Einzelpersonen fließen seit 2015 auch in Beratungs- sowie Prozessbegleitungsangebote des NDC ein, welche für Schulen, Bildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen bereitgehalten werden. Darüber hinaus unterstützt das NDC Gruppen, die sich aktiv gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit positionieren wollen, indem es ihnen im „Argumentations- und Handlungstraining gegen Rechts" sowohl Hintergrundwissen als auch Techniken und Instrumente an die Hand gibt, mit denen sie anschließend überzeugend für Humanität und Menschenwürde eintreten können.

Die Projekttage

Das Herzstück des NDC sind jedoch nach wie vor die Projekttage. „Mit unseren Projektschultagen […] gehen wir in Schulen, Ausbildungseinrichtungen, Jugendhäuser usw. und wollen mit jungen Menschen ins Gespräch kommen.[…] Wir übernehmen mit dieser Arbeit keine klassischen Aufgaben der Schule, sondern verstehen uns vielmehr als einen zusätzlichen Baustein bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Aufgaben […]. Gerade das Projektschultagskonzept bietet die Möglichkeit, eine praktische Kommunikationsebene zu jungen Menschen auszubauen."[13]

Insgesamt bietet das NDC siebzehn verschiedene Projekttage sowie einige regionale Projekttagskonzepte in einzelnen Bundesländern an. Einer der pädagogischen Grundsätze ist dabei der peer to peer Ansatz: freiwillig engagierte Teamende sind als die wichtigsten Akteur_innen des NDC nah dran an den Lebensrealitäten der Schüler_innen. Sie sprechen mit den Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe mit dem Anspruch, möglichst hierarchieverkleinernd zu wirken. Sie gehen auf die Bedürfnisse der Schüler_innen ein und halten keine langen Vorträge, sondern kommen mit den Teilnehmenden ins Gespräch. Während eines Projekttages werden diese immer wieder ermutigt, ihre eigenen Meinungen zu vertreten, mit den Teamenden und Mitschüler_innen zu diskutieren und auch vermeintlich unpopuläre Gedanken zu äußern. Innerhalb dieser Diskussionen beziehen die Teamenden auch klare Standpunkte, da die Solidarisierung mit Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, bei ihnen nicht zur Disposition steht, ebenso wenig wie die Ablehnung jeglicher Formen von menschenverachtenden Einstellungen.[14]

Seit der Gründung wurden im NDC rund 4.200 Teamende ausgebildet, die mittlerweile bei mehr als 21.500 Projekttage über 470.000 Schüler_innen erreicht haben.[15]

Die fundierte sechstägige Ausbildung der Teamenden für die drei Grundkonzepte Projekttag A, B und C umfasst nicht nur ein breites Spektrum an methodischen und didaktischen Kompetenzen. Ich selbst lernte das NDC nach meinem Umzug nach Leipzig kennen und erinnere mich nur zu gut an die aufregende Teamschulungs-Woche, in der ich eingetaucht bin in Diskussionen über Rassismusdefinitionen und diskriminierungsarme Sprache, methodische Kniffe lernte, wundervoll gestaltete Pinnwandvorträge präsentiert bekam und erste Berührungspunkte mit dem Feedback-Konzept hatte, welches im NDC angewendet wird. Mich begeisterte all das und ich schätze meine jetzige Position als Trainerin sehr, da sie mir mittlerweile erlaubt, selbst diese Schulungen gemeinsam mit anderen Trainer_innen zu leiten und so junge Menschen für unsere Arbeit begeistern zu können.

Einblick in den Projekttag D - Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher

Bei der Arbeit des NDC gegen Antisemitismus ist der Projekttag D hervorzuheben - Ein Projekttag zu Antisemitismus, Verschwörungstheorien und eigener Verantwortung; die Benennung inspiriert durch ein Zitat Hannah Arendts: „Vor Antisemitismus ist man nur auf dem Mond sicher". Entwickelt wurde der Projekttag im Jahr 2009 von engagierten Menschen aus dem Team des NDC Sachsen-Anhalt, umgesetzt wurde er dann das erste Mal 2011, seitdem wird er regelmäßig geteamt. Rund um die Arbeit am und mit dem Projekttag dreht sich das Modell-Projekt von „Demokratie leben!" im NDC Sach-

sen-Anhalt. Der Projekttag fand bereits 70 Mal statt und so konnten durch ihn über zweitausend Schüler_innen erreicht werden. Noch in diesem Jahr sollen fünf weitere dieser Projekttage stattfinden. Gegenwärtig wird der Projekttag nur in Sachsen-Anhalt angeboten, aber weitere Bundesländer wie Sachsen, Hessen und Schleswig-Holstein haben Interesse daran, diesen wichtigen Projekttag auch in ihr Repertoire aufzunehmen. Lehrer_innen sowie Multiplikator_innen werden mit folgendem Text auf die Thematik aufmerksam gemacht: „Obwohl jüdisches Leben in unserer Gesellschaft kaum sichtbar ist und man meinen sollte, Antisemitismus sei über 60 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus kein relevantes Problem mehr, ist der Begriff auch heute noch sehr präsent. Viel Lärm um nichts oder doch begründete Sorge? Um dies beantworten zu können, setzt sich der Projekttag mit dem Themenkomplex Antisemitismus auseinander. […] Den Teilnehmenden wird bewusst, dass Antisemitismus nicht ausschließlich ein Phänomen des Nationalsozialismus gewesen ist, auch wenn er in dieser Zeit seinen furchtbaren „Höhepunkt" in der Vernichtung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden fand. […] Es wird klar, dass es sich dabei um ein Weltbild handelt, das auch in gegenwärtigen Verschwörungstheorien Anwendung findet. Die Teilnehmenden erlernen spielerisch den Umgang mit solchen Verschwörungstheorien und werden dazu motiviert, sich kritisch mit ihnen auseinander zu setzen. Im Fokus des gesamten Projekttags stehen dabei immer wieder die realen Folgen für Betroffene und es wird vermittelt, wie wichtig es ist, sich der individuellen Verantwortung bewusst zu werden."[16]

Auch dieser Projekttag verfolgt, wie alle Projekttage des NDC, klar definierte Ziele. Die Teamenden zeigen den Teilnehmenden die historische Kontinuität von Antisemitismus auf. Sie sorgen dafür, dass die Teilnehmenden erkennen, dass Antisemitismus ein Weltbild ist, welches auch ohne Jüdinnen und Juden funktioniert und sensibilisieren für die Gefahren, die von diesem Weltbild ausgehen. Zum Schluss sollen die Teilnehmenden ihre eigene Verantwortung erkennen und motiviert sein, entsprechend dieser Verantwortung gegen antisemitische Einstellungen zu handeln.

Einblick in den Projekttag C - Das wird man wohl noch sagen dürfen

Neben dem Projekttag D, dessen Hauptaugenmerk auf Antisemitismus liegt, wird dieses Herrschaftsverhältnis auch in den anderen Projekttagen immer mitgedacht und behandelt. So wird im Projekttag C beispielsweise ein Film über Betroffene von Aktivist_innen gegen Diskriminierung gezeigt. In diesem Beitrag kommt Uwe Dziuballa zu Wort, der Besitzer des Chemnitzer Restaurants Shalom, auf welches bereits mehrmals antisemitische Anschläge verübt wurden. Verschiedene Inputs, in welchen den Schüler_innen Themen wie Diskriminierung nähergebracht werden, thematisieren immer auch das Thema Antisemitismus. Der Projekttag C ist ein Konzept für couragiertes Handeln gegen Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und Neonazis und wird von allen zwölf NDC-Landesnetzstellen für Schüler_innen ab der 8. Klasse angeboten. Auch mit diesem Projekttag verfolgen die Teamenden den Anspruch, einerseits Wissen zu vermitteln und andererseits die Teilnehmenden vor allem für menschenverachtende Einstellungen in der Gesellschaft zu sensibilisieren und ihnen Handlungskompetenz für ein couragiertes Eingreifen in Diskrimierungssituationen zu vermitteln. Der Tageseinstieg in diesen Projekttag erfolgt über den Begriff „Diskriminierung". Anhand selbstgewählter Beispiele wird den Teilnehmenden aufgezeigt, dass Diskriminierung durch Gruppenkonstruktion und Machtgefälle entsteht und sich häufig als Abwertung und Ungleichbehandlung zeigt. In einer anschließenden Bilderarbeit setzen sich die Teilnehmenden mit verschiedenen Formen menschenverachtender Einstellungen und der Verbreitung dieser in der Gesellschaft auseinander, darüber hinaus kommen in dem bereits genannten Filmausschnitt von Diskriminierung Betroffene zu Wort. Dabei werden Einstellungen wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie thematisiert. An die-

ser Stelle des Projekttages setzt oft ein emotionales Verständnis der Teilnehmenden ein, da die Erfahrungsberichte (beispielsweise im Interview mit Uwe Dziuballa) die Schüler_innen berührt und für das Thema sensibilisiert. Gemeinsam wird nun gesammelt, welche Folgen menschenverachtende Einstellungen und Handlungen für die Betroffen haben, um schließlich gemeinsam mit den Teilnehmenden des Projekttages wichtige Handlungsmöglichkeiten im Alltag zu erarbeiten und zu erproben. Dahinter stecken zwei Ziele: einerseits für die Folgen neonazistischer Gewalt zu sensibilisieren und Empathie für Betroffene zu schaffen und andererseits Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten gegen Diskriminierung im Alltag zu vermitteln und die Teilnehmenden hierzu zu motivieren.

Darauf aufbauend werden von den Teamende verschiedene neonazistische und menschenverachtende Strömungen, Strategien und Ideologieelemente aufgezeigt und die Teilnehmenden beschäftigen sich mit verschiedenen Gruppierungen und Neonazis, die diese menschenverachtenden Einstellungen ganz bewusst äußern. Dadurch lernen sie, wie sie verschiedene gesellschaftswirksame Strategien erkennen können. So erfassen die Schüler_innen den Zusammenhang zu menschenverachtenden Einstellungen in der Gesellschaft und den besonderen Wert von Selbstorganisation, Solidarität und Gegenrede. Sie werden ermutigt, selbst aktiv zu werden. Als Abschluss des Projekttages lernen die Teilnehmenden verschiedene Organisationen und Initiativen kennen, die sich gegen Diskriminierung und gegen Neonazis positionieren und werden motiviert, Vergleichbares auch in ihrem Alltag umzusetzen.[17]

Abschließende Worte

Das NDC kann verstanden werden als ein Ort des politischen Engagements, an dem junge Menschen zum Einsatz für eine bessere Welt für alle begeistert werden, als ein Ort des Dialogs, der Diskussion und so mancher innernetzwerklicher Krisen, die aber letztendlich nur Ausdruck dafür sind, dass das NDC für viele ein Ort ist, für den es sich lohnt zu streiten, zu kämpfen und letztendlich demokratisch gemeinsame Ziele auszuhandeln. So zeigt die im NDC erlebte Solidarität gesellschaftliche Wirkung, und auch wenn die Arbeit stellenweise kleinteilig wirkt, schaffen wir es immer wieder Menschen zum Nachdenken anzuregen. Es ist unsere Aufgabe präsent zu sein, um die Menschen in unserer Gesellschaft Tag für Tag an ihre Verantwortung zu erinnern, demokratische und humanistische Werte, deren Verletzung wir nur allzuoft miterleben, zu schützen. Mit diesen Gedanken möchte ich diesen Artikel abschließen.

Ein Toast auf all die Menschen die sich Tag für Tag in der Bildungsarbeit engagieren und auf all jene, die mit ihrer Bereitschaft zu lernen, (sich) zu verändern und zu wachsen das NDC lebendig machen! ■

ANMERKUNGEN ▼

■ Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Bräler, Elmar (Hrsg.): Die enthemmte Mitte – autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland; 2016

■ Dulig, Martin: „Für Demokratie Courage zeigen" – mit Projekt(schul)tagen gegen Rassismus und Rechtsextremismus auftreten - Auszug aus einem Vortrag im Rahmen der Tagungsreihe „Gewalt, Rassismus und Zivilcourage unter Kindern und Jugendlichen (2001/2002) des Deutschen KoordinierungsRates e.V. der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Bad Nauheim (Epd-Dokumentation 49/2002)

■ Jelitte, Thomas: Reflexionen politischer Bildungsarbeit an Schulen in Merlin Wolf (Hrsg.): Antifaschistische Pädagogik, Aschaffenburg: Alibri 2018.

■ www.demokratieleben.de/bundesprogramm/presse/pressemitteilungen.html (01.10.2018)

■ www.netzwerk-courage.de/web/154-1099.html

■ www.netzwerk-courage.de/web/2105-2228.html (01.10.2018)

■ www.netzwerk-courage.de/web/landesnetzstellen.html (01.10.2018)

■ www.netzwerk-courage.de/web/153-2269.html

■ www.netzwerk-courage.de/web/100.html

■ www.sueddeutsche.de/politik/chemnitz-kretschmer-regierungserklaerung-1.4117530

■ www.tagesschau.de/inland/chemnitz-juedisches-restaurant-101.html (01.10.2018)

■ www.taz.de/!5529822/ (01.10.2018)

■ www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/chemnitz-video-sachsen-hans-georg-maassen-verfassungsschutz-angriff-mob-fakten/seite-2 (01.10.2018)

■ Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte, Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016; S. 56.

1 www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/chemnitz-video-sachsen-hans-georg-maassen-verfassungsschutz-angriff-mob-fakten/seite-2 (01.10.2018)

2 www.taz.de/!5529822/ (01.10.2018)

3 www.tagesschau.de/inland/chemnitz-juedisches-restaurant-101.html (01.10.2018)

4 Die Veröffentlichung der aktuellen Mitte Studie 2018 ist ab dem Frühling 2019 zu erwarten und wir werden sehen, welche Einstellungen sich dann abzeichnen.

5 Vgl. hierzu: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte, Feindselige Zustände – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016; S. 56.

6 www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/presse/pressemitteilungen.html (01.10.2018)

7 Vgl. Jelitte, Thomas: Reflexionen politischer Bildungsarbeit an Schulen in Merlin Wolf (Hrsg.): Antifaschistische Pädagogik, Aschaffenburg: Alibri 2018. S. 187

8 Vgl. Ebd.

9 Vgl. Ebd.

10 Vgl. Ebd.

11 Auch bekannt unter dem veralteten Begriff Antiziganismus.

12 www.netzwerk-courage.de/web/153-2269.html (01.10.2018)

13 Dulig, Martin: „Für Demokratie Courage zeigen" – mit Projekt(schul)tagen gegen Rassismus und Rechtsextremismus auftreten - Auszug aus einem Vortrag im Rahmen der Tagungsreihe „Gewalt, Rassismus und Zivilcourage unter Kindern und Jugendlichen (2001/2002) des Deutschen KoordinierungsRates e.V. der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Bad Nauheim (Epd-Dokumentation 49/2002), S. 39

14 Vgl. Jelitte, Thomas: Reflexionen politischer Bildungsarbeit an Schulen in Merlin Wolf (Hrsg.): Antifaschistische Pädagogik, Aschaffenburg: Alibri 2018. S. 186

15 www.netzwerk-courage.de/web/100.html (01.10.2018)

16 www.netzwerk-courage.de/web/154-1099.html (01.10.2018)

17 www.netzwerk-courage.de/web/2105-460.html (01.10.2018)

Mio Proepper, *Jahrgang 1990 B.A. Theaterwissenschaften (Leipzig), M.A. Erziehungswissenschaften (Leipzig), gegenwärtig M.A. Womens' and Gender Studies (NYC). Seit 2012 ist Mio Proepper aktive Teamerin des NDC in Sachsen, seit 2016 Trainerin und seit 2017 vertritt sie die Belange der Trainer_innen im Vorstand des NDC e.V.*

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus KIgA

TEXT ■ **Dervis Hizarci**

Renommiert, kompetent, innovativ – Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e.V. bietet umfassendes Fachwissen im Bereich der politischen Bildung für die Migrationsgesellschaft. Aus seinen Kreuzberger Büros heraus arbeitet das vielfältige und diverse Team interdisziplinär und bietet im gesamten Bundesgebiet Lösungs- und Schulungsansätze für hochkomplexe Themen, wie Antisemitismus, Antimuslimischen Rassismus, Nahostkonflikt und Radikalisierungsprävention. Konstant werden Multiplikator/-innen qualifiziert und Interessierte aus Bildung, Politik und Zivilgesellschaft beraten. In den vergangenen Jahren konnte sich die KIgA auch international einen Namen machen und organisiert mit Partnern aus den USA und Deutschland internationale Fachkonferenzen zu den Kernthemen der Organisation. Gesellschaftliche Impulse setzt das Team der KIgA auch mit Hilfe von kulturellen Veranstaltungen und Ausstellungen.

Mit ihrer Expertise gestaltet die vor 15 Jahren gegründete Organisation auch den politischen und wissenschaftlichen Diskurs aktiv mit und stellt Mitglieder für nationale und internationale Gremien, wie zum Beispiel den Expertenkreis Antisemitismus der Bundesregierung. Ob Qualifizierung für Lehrer/-innen, Schulworkshops, Seminarreihen oder die Entwicklung langfristiger Konzepte zur Antisemitismusprävention: das Angebot umfasst eine breite Palette an Möglichkeiten.

So hat die KIgA e.V. in den letzten Jahren reichhaltige und wertvolle Erfahrungen in der Einbeziehung insbesondere junger Menschen in die politische Bildungsarbeit gesammelt. Darunter fällt zum Beispiel auch das Projekt „Discover Diversity - between the Present and the Past". Ein Modellprojekt, das junge Geflüchtete in die politische Bildung einbezieht, ihre Erfahrung berücksichtigt und darüber neue Zugänge zu historisch-politischer Bildung sucht. Leitziel ist die Förderung der demokratischen Kultur und die Integration von Geflüchteten in die pluralistische Gesellschaft. Inhaltlich steht die Frage nach dem Zusammenleben in der vielfältigen Gesellschaft in Deutschland im Mittelpunkt. Das Thema wird mit Migrationsgeschichte und dem Umgang mit Vielfalt in der Vergangenheit verknüpft. Im Projekt wird die Auseinandersetzung mit Vorurteilen, insbesondere antisemitischen Denk- und Deutungsmustern, verbunden mit einer Reflexion der gesellschaftlichen Position junger Geflüchteter und dem Aufzeigen von Handlungsstrategien bei Diskriminierung.

Das Projekt „Discover Diversity – between the present and the past" arbeitet in Hinblick auf diese Bedarfe mit einem miteinander verschränkten Zwei-Säulen-Konzept, das einerseits die Konzeption von Projektschulwochen in Willkommensklassen vorsieht und andererseits geeignete Trainer/-innen zu politischen Bildner/-innen schult, die selbst einen Fluchthintergrund haben. So wurde eine Projektwoche konzipiert, die in sogenannten Willkommensklassen durchgeführt wurde, dabei trägt das Konzept inhaltlich und methodisch-didaktisch dem sprachlichen Niveau und der Heterogenität der Schüler/-innen in Willkommensklassen Rechnung. Methodische Vielfalt sowie der Einsatz von Sprachmittler/-innen und transkulturell sozialisierten Teamer/-innen bilden das Fundament, um bei den Schüler/-innen Interesse für die Inhalte der Projektwoche zu wecken. Die Projektschulwoche wurde an verschiedenen Sekundarschulen in Berlin und Brandenburg durchgeführt und richtet sich an 12-17-jährige Schüler/-innen von Willkommensklassen.

Des Weiteren wurden im Rahmen einer Workshopreihe im Projekt junge Geflüchtete im Alter von 20 bis 30 Jahren zu Teamer/-innen fortgebildet. Sie sollten in die Lage versetzt werden, nach Abschluss der Qualifizierung die im Projekt entwickelte Projektschulwoche eigenständig durchzuführen. Die jungen Geflüchteten wurden nicht nur auf die pädagogischen Aufgaben in Willkommensklassen vorbereitet, sondern bereits bei der konzeptionellen Entwicklung und der Erstellung der pädagogischen Materialien mit ihren Erfahrungen einbezogen.

Gemeinsam mit den Teamer/-innen wurde in Workshops die Konstruktion der eigenen Identität ebenso in den Blick genommen wie Geschichtsnarrative und Erinnerungskultur in Deutschland. Junge, politisch interessierte Geflüchtete erhalten einen Rahmen, in dem sie sich mit sozialen und politischen Themen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen auseinandersetzen und selbstbestimmt eigene Zugänge zu Themen historisch-politischer Bildung erarbeiten können. Die Kompetenzen der jungen Menschen wurden aktiviert; darüber hinaus erfüllten sie als Teamer/-innen bei ihren Einsätzen während der Projektschultage eine Vorbildfunktion für die Schüler/-innen.

Vorbilder für junge Menschen schaffen, auf Augenhöhe zu kommunizieren und Lebenswirklichkeiten ernst nehmen ist bei allen Methoden der KIgA integraler Bestandteil.
Auch das Projekt „Akran – Peer-to-Peer gegen Vorurteile“ setzt darauf, junge Erwachsene in die Arbeit an der Schule einzubinden.
AKRAN ist das türkische Wort für Gleichgesinnter – auf dieser Basis, Gleichgesinnter zu sein, Gleichgesinnte zu finden, und junge Menschen zu motivieren, Gleichgesinnte zu werden, beruht der Ansatz der politischen Bildungsarbeit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus. Gleichgesinnter bedeutet auch und insbesondere auf Augenhöhe zu kommunizieren, die Person gegenüber ernst zu nehmen, zuzuhören und nicht zu urteilen. Gleichgesinnte, die sich gegen Antisemitismus und Diskriminierung jeder Art einsetzen, stärken Gesellschaft, Gleichgesinnte ermöglichen Partizipation, sie unterstützen und sind Vorbild für andere. Die kritische Auseinandersetzung mit Themen wie gesellschaftliche Vielfalt und demokratische Teilhabe, Islam und Islamfeindlichkeit, religiös-extremistische Propaganda und Antisemitismus fördert demokratisches Bewusstsein und zivilgesellschaftliches Engagement.
Ein Großteil der Teilnehmer an dem Programm AKRAN sind Muslime. In praktischen und theoretischen Bildungseinheiten werden sie in den Bereichen Antisemitismusprävention, Radikalisierungsprävention und Diskriminierungsprävention ausgebildet, um an Schulen, in Jugendeinrichtungen oder auch in Moscheegemeinden zu wirken.

Auch im Bereich der politischen Bildungsarbeit mit Hilfe von Kultur hat sich die KIgA in den vergangen Jahren durch innovative Konzepte einen Namen gemacht. So wurde mit der Wanderausstellung „L'Chaim – Auf das Leben – Die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin entdecken“ ein Tool entwickelt, das Juden und Jüdinnen portraitiert, die Berlin heute als ihre Heimat bezeichnen. Die Ausstellung, die sich insbesondere an Menschen richtet, die kaum oder keine Berührungspunkte zum Judentum haben, bietet in drei Sprachen (Deutsch, Arabisch, Englisch) Informationen zu Fragen wie Heimat, Sexualität, Migrationserfahrung, Minderheit, Religion und vielem mehr.
Durch sehr persönlichen Erzählungen, die für die Ausstellung filmisch aufbereitet wurden, werden Wissen und Verständnis für Aspekte jüdischen Lebens gefördert. Zu den Filmen gibt es Einführungstexte, ein Glossar zur Begriffserklärung und die Biografien der Protagonistinnen und Protagonisten.
Mit von Experten entwickeltem pädagogischen Material werden in der Ausstellung Workshops angeboten, die sich insbesondere an Schulen richten. Eine Online-Plattform (www.lchaim.berlin) begleitet die Ausstellung und bietet Lehrkräften und Interessierten auch im Anschluss an den Ausstellungsbesuch die Möglichkeit, sich vertieft mit der Ausstellung zu beschäftigen.
Insbesondere der Bereich der politischen Bildung für Schulen wurde bei der KIgA konstant ausgebaut. So ist mit der in 2018 neu gegründeten Praxisstelle Bildung und Beratung eine zentrale Anlaufstelle für Berliner Schulen entstanden, die sich Antisemitismus an Schulen und anderen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung entgegenstemmt. Dabei werden die Schulen auf vielfältige Weise unterstützt.
Schulen können sowohl eine Erstberatung und Begleitung bei akuten Fällen als auch eine längerfristige Betreuung und Kooperation in Anspruch nehmen. Die Gründung der Praxisstelle ist als Reaktion auf die steigenden Anfragen von Schulen, die öffentlichen und privaten Auseinandersetzungen mit aktuellem Antisemitismus und die damit zusammenhängenden Forderungen zu sehen, die einen akuten Bedarf an Präventionsangeboten deutlich machen. Gleichzeitig ist ein kritisches Reflektieren aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen besonders bei jungen Menschen zu beobachten und ein großes Interesse, sich gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und autoritäres Denken und für Vielfalt, Akzeptanz und Wertschätzung zu engagieren.
So werden bei der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus über die Praxisstelle Bildung und Beratung Bildungsangebote für Schüler/-innen und Lehrkräfte koordiniert und implementiert, um mit vielfältigen Methoden und Formaten nachhaltig und effektiv antisemitische Denkmuster zu durchbrechen, Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken, für den Themenkomplex Antisemitismus und Ausgrenzung zu sensibilisieren, einen Perspektivenwechsel anzuregen und

Kompetenzen im Umgang mit menschenfeindlichen Äußerungen und Handlungen zu stärken.

Durch die intensive Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat konnte erreicht werden, dass alle Angebote für Berliner Schulen kostenfrei sind. Die Angebote werden nach Rücksprache mit den Schulen zusammengestellt und auf Basis der von der KIgA entwickelten Methoden durchgeführt. Bei der inhaltlichen Ausrichtung der Methoden sind derzeit drei Themenfelder des Antisemitismus besonders relevant: Der sekundäre Antisemitismus, der israelbezogene Antisemitismus und der Komplex der Verschwörungstheorien. Die Methoden aus dem Themenfeld Sekundärer Antisemitismus zielen darauf ab, die Funktionsweisen und Motive dieser Form von Antisemitismus zu erarbeiten, den gesellschaftlichen Kontext zu problematisieren, in welchem Debatten um Verantwortung, nationale Identität und Zugehörigkeit geführt werden und sich zur eigenen Haltung und zu den Bezügen zur NS-Vergangenheit kritisch zu positionieren.

Im Themenfeld israelbezogener Antisemitismus geht es darum, ein Bewusstsein für die Komplexität des Nahostkonflikts und damit in Verbindung stehende antisemitische Deutungsmuster zu schaffen, für unterschiedliche Perspektiven zu sensibilisieren und Bemühungen um gegenseitige Annäherung, Kompromisse und eine friedliche Koexistenz zu verdeutlichen.

Die Methoden des Komplexes der Verschwörungstheorien möchten für die Merkmale, Ausbreitung, Dynamik und Funktionsweisen von Verschwörungstheorien sensibilisieren, antisemitische Zuschreibungen wie Machtstreben und globalem Einfluss von Juden/-innen verdeutlichen, Möglichkeiten aufzeigen, Verschwörungsdenken in Alltagssituationen angemessen zu begegnen und kritische Medienkompetenz stärken.

Ein weiterer Schwerpunkt der durch die Praxisstelle angebotenen Methoden liegt auf der interaktiven Wanderausstellung „L´Chaim – auf das Leben!". Diese hat neben der Vermittlung einer differenzierten Sichtweise des Judentums und seiner Vielfalt zum Ziel, durch die behandelten Themenfelder und der vorgestellten Biographien auch von nichtjüdischen Berliner/-innen, den Schüler/-innen emotionale Anknüpfungspunkte zu ihrer eigenen Lebenswirklichkeit zu vermitteln, Gemeinsamkeiten aufzuzeigen und sie dabei zu unterstützen, Vorurteile abzubauen.

Zwei weitere wichtige Säulen der Praxisstelle Bildung und Beratung sind die Konzeptberatung für einzelne Schulen und die Fortbildung von Lehrkräften zum Problemfeld Antisemitismus, die sukzessive aufgebaut werden. Die vermehrten antisemitischen Vorfälle in Berlin erklären den steigenden Bedarf an fundierter Beratung und dem Aufzeigen von Handlungsoptionen für direkt und indirekt Betroffene.

Da vor allem an Schulen antisemitische Vorfälle zu beobachten sind, denen verschiedenen Motivationen zugrunde liegen und beispielsweise im Kontext des Konfliktes zwischen Israel und Palästina angesiedelt sind, soll die KIgA-Praxisstelle als Anlaufstelle für Schulen dienen, um sowohl eine Erstberatung als auch eine längerfristige Begleitung anzubieten. Referenz und Grundlage dieser Beratung ist die intensive theoretische und diskurskritische Auseinandersetzung im Themenfeld Antisemitismus sowie die langjährige pädagogische Erfahrung in der Aufarbeitung von Antisemitismus im Rahmen von konkreten Vorfällen und Konflikten, bzw. bereits länger bestehenden Problemkonstellationen.

Hierbei ist es der KIgA ein besonderes Anliegen, aktiv zur nachhaltigen Konfliktlösung beizutragen. Das bedeutet, dass sich die Beratung nicht nur auf das einmalige Bearbeiten von Anfragen beschränkt, sondern in regelmäßigen Abständen Kontakt mit den jeweiligen Schulen aufgenommen wird, um aktuelle Entwicklungen zu evaluieren, die unter Umständen erneute Interventionen nötig machen. Im Umgang mit antisemitischen Äußerungen, Handlungen und Übergriffen spielen je nach Position der involvierten Personen Gefühle wie Unsicherheit, Scham, Machtlosigkeit oder Unwissenheit eine Rolle, die dazu führen, dass eine angemessene Reaktion oder Intervention ausbleibt. Insbesondere im schulischen Kontext ist dies jedoch relevant, um ein angstfreies und wertschätzendes Klima im Klassenverband oder auch zwischen einzelnen Schüler/-innen herzustellen und längerfristig zu sichern.

Aufgrund dessen ist auch eine Sensibilisierung von Lehrkräften für den Komplex Antisemitismus sinnvoll und notwendig. Hierfür bietet die KIgA perspektivisch Fortbildungen für Lehrkräfte an, die unter anderem die Vermittlung des geschichtlichen Hintergrundes von Antisemitismus in der Gesellschaft beinhalten, das Aufzeigen verschiedener Formen von Antisemitismus, deren Bearbeitung unterschiedliche Interventionsstrategien bedarf und die Durchführung ausgewählter Fallanalysen gegenwärtiger oder vergangener antisemitischer Vorfälle. Das Ziel der Fortbildung ist sowohl eine Bewusstseinsschärfung für Ausgrenzungsmechanismen zu erreichen, insbesondere derer, die bei Antisemitismus relevant sind, die Fähigkeit anzuregen, unterschiedliche Perspektiven einzunehmen als auch eine Kompetenzstärkung und Handlungssicherheit im Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu generieren.

Auszüge aus der Vielzahl der von der KIgA entwickelten Methoden wurden auch auf der vom KIgA Team „Anders Denken" neu-entwickelten Website **www.anders-denken.info** zusammengetragen. Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit gibt Antworten und Anregungen. Hier finden Interessierte und Engagierte, die sich pädagogisch mit Antisemitismus auseinanderseitzen wollen, inhaltliche Orientierung und praktische Unterstützung. Die Plattform stellt Basiswissen bereit, führt in aktuelle Debatten und Diskurse ein, informiert über didaktische Erfahrungen und Bildungsansätze und hilft bei der Suche nach lokalen Partnern. Darüber hinaus stehen konkrete Bildungsmaterialien zum Download bereit.

Neben der wichtigen Bildungsarbeit bringt sich KIgA auch immer mehr im Bereich der Netzwerkbildung und des Dialoges ein. Im Rahmen öffentlicher Diskurse um Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft wird häufig über Jüdinnen und Juden als Betroffene sowie über Muslime und Musliminnen als vermeintliche Haupttätergruppe gesprochen. Zu selten kommen die oft als Kollektiv konstruierten Personen in ihrer Vielfalt selbst zu Wort und ins Gespräch. Die KIgA hat in 2018 mit fünf Konferenzen Maßnahmen zur Initiierung und Stärkung eines solchen Dialogs geschaffen.

Auch internationale Kooperationen mit Partnerorganisationen und internationale Konferenzen werden von der KIgA umgesetzt. Ziel ist die Vernetzung und der Fachaustausch zu den globalisierten bzw. global bedeutsamen Phänomenen des Antisemitismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen – insbesondere dem antimuslimischen Rassismus. Die Konferenzen finden unter aktiver Einbeziehung von Akteuren und Akteurinnen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bildung aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland statt. Die Vernetzungsbestrebungen verfolgen das Ziel, unterschiedliche themenrelevante Erfahrungen und Narrationen, Problemstellungen und Zugänge auszutauschen, grenzübergreifende Strategien anzugehen sowie Ansätze der Prävention von Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit auszutauschen, auszuprobieren oder sogar gemeinsam weiterzuentwickeln. ■

Dervis Hizarci *Dervis Hizarci ist Vorstandsvorsitzender der KIgA e.V. und gefragter Experte in den Bereichen Antisemitismus, anti-muslimischer Rassismus und vergleichenden Religionswissenschaften. Er berät u.a. Institutionen wie die Bundespolizei und das Zentrum für Innere Führung der Bundeswehr sowie verschiedene Ministerien. Zudem ist er Mitglied der Internationalen Expertengruppe zu Antisemitismus der OSZE/ODIHR.*

TEXT ■ **Uli Ehrl und Sebastian Blusch**

Zur bildnerischen Umsetzung des Jahresthemas

Seit dem Schuljahr 2016/2017 wird am Labenwolf-Gymnasium Nürnberg regelmäßig das Projekt „Jüdisches Leben und jüdische Religion" durchgeführt. Es richtet sich an Schülerinnen und Schüler (SuS) der 9. Jahrgangsstufe, da dort das Thema im Religionsunterricht ohnehin seinen Platz hat. Die SuS haben im Rahmen des Projekts die Gelegenheit, vergangenes und gegenwärtiges jüdisches Leben kennenzulernen. Sie besuchen das Jüdische Museum und den Israelitischen Friedhof. In Fürth, einem der ehemaligen Zentren jüdischen Lebens in Franken, sind alte, ehemals jüdisch bewohnte Bürgerhäuser, Stiftungen und eine Mikwe zu entdecken. Das Museum bietet einen lebendigen Überblick über die Reichhaltigkeit jüdischen Lebens, von der religiösen Praxis über die täglichen Gewohnheiten bis hin zu den großen Jahresfesten. Das gegenwärtige jüdische Leben steht im Mittelpunkt, wenn die SuS die Israelitische Kultusgemeinde in Nürnberg besuchen. Im Kontakt mit einem jüdischen Religionslehrer und einem Rabbiner erfahren sie, wie die Traditionen des Judentums bis heute gepflegt und gelebt werden. Eine Stadtrundgang durch die Nürnberg Altstadt wirft nochmals ein Licht auf die wechselvolle Geschichte der dortigen jüdischen Gemeinde. Die Schicksale Nürnberger Bürger jüdischen Glaubens während des Mittelalters und der NS-Zeit regen zum Nachdenken an und bieten Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit Formen von Antisemitismus gestern und heute.

Junge Menschen für solche Mechanismen von Ausgrenzung und Diskriminierung zu sensibilisieren und zum Engagement gegen jedwede Form von Rassismus zu motivieren, ist auch zentrales Anliegen des Konzepts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage", dem sich unsere Schule seit Jahren verpflichtet weiß. Das Thema des Jahresheftes, „Mensch, wo bist du? Gemeinsam gegen Judenfeindschaft", fügt sich in dieses Programm ein. ■

Nina Irrgang, Sebastian Blusch

Die Thematik „Judenfeindschaft", von der Schulleiterin Frau Andrea Franke über den Kontakt mit dem Generalsekretär Rudolf W. Sirsch an uns herangetragen, haben wir zur bildnerischen Begleitung des gleichnamigen Jahresheftes an einem gemeinsamen Projekttag der vier 10. Klassen bildnerisch umgesetzt. Dabei gab es im Plenum zunächst ein Auftaktreferat von Nina Irrgang (ev. Religionslehre), in welchem sie die unverminderte Aktualität der Thematik aufzeigte und aktuelle Umfragen auswertete. In den einzelnen Gruppen wurden dann mit den Kunstlehrern (Uli Ehrl, Stefan Zagler) Möglichkeiten und Klippen bildnerischer Umsetzung besprochen (wie z.B. Symbolfindung sowie Steuerung der Deutlichkeit eines Symbolgebrauchs, oder auch im Unterschied zu allgemeinerer Themensetzung wie etwa „Ausgrenzung" oder „Mobbing"). Es wurden für die einzelnen Gruppen verschiedene Materialien-Hotspots bereitgestellt, die dem Projekt eine handwerkliche Note gaben; dabei war auch klassenübergreifende Teilnahme möglich, ebenso Einzel-, Gruppenprojekte und die Beteiligung an mehreren Projekten. Als symbolische Individuen wurden zum Beispiel ausgemusterte Stühle aus dem Schulfundus oder auch Gliederpuppen verwendet, letztere nur in Inszenierungen für fotografische Zwecke. Die Fotografien zeigen z.T. Situationsfotos; für die Dokumentation der Arbeiten kam zum Schluss eine professionelle Fotografin. ■

Uli Ehrl, Stefan Zagler

Kunst gegen Antisemitismus

Nachdem uns gesagt wurde, dass für das Kunstprojekt „gegen Antisemitismus" unser geliebter Wandertag ins Wasser fällt, war die Vorfreude dementsprechend gering. Als der besagte Tag dann anfing, versammelten sich alle 10. Klassen in einem der größeren Räume unserer Schule. Durch einige Lehrkräfte wurden wir SuS durch Erzählungen über verschiedene Vorfälle von Antisemitismus in das Thema eingeführt.

Nach dem Vortrag erhielten wir im Klassenverband eine Einweisung zur künstlerischen Umsetzung des Themas. Um nun kreativ zu werden mussten sich die Klassen nochmals in kleinere Gruppen von 2-4 SuS aufteilen. Jede Einzelgruppe entwickelte eigenständig individuelle Ideen zur Übermittlung der Botschaft. Besonders war, dass den Teams besondere Materialien wie Gips und Stühle zum Bemalen und Zersägen zur Verfügung standen (beim Vorstellen der Materialien stieg sofort die Stimmung). Zur Ausarbeitung des Themas hatten wir insgesamt 10 Stunden Zeit, in der Masken, Fotos, Gemaltes und viele weitere verschiedenste Kunstwerke entstanden. Von allen Mitschülern, mit denen wir bisher geredet haben, haben wir nur Positives zu diesem Projekttag gehört. Ich denke, fast alle ließen sich mitreißen von dem Hauptgedanken, gegen den Antisemitismus künstlerisch ein Zeichen zu setzen. Alles in allem lässt sich sagen, der Projekttag war ein Riesenerfolg, der unerwartet viel Spaß gemacht hat. ■

Antonia Bünte, 10d

„Ausgrenzung", ein großes Wort. Nach der Bekanntgabe des Themas für unser neues Kunstprojekt herrschte erst einmal Stille. Ratlosigkeit breitete sich aus; als dann auch noch herauskam, dass es um die Ausgrenzung von Juden geht, stellte sich die ganze Klasse die Frage: Wie soll ich nun einen Stuhl gestalten, zu einem derart ernsten Thema, da kann man ja nicht irgendetwas fabrizieren, da muss man sich schon Gedanken machen! Und das taten wir dann auch.

Jeder interpretierte die Aufgabenstellung ganz individuell, was er damit verbindet und wie sich die Ideen mit Farbe und Materialien umsetzen lassen. Vielleicht ist für Außenstehende nicht gleich ersichtlich, was ein bemalter Stuhl zu tun haben soll mit Ausgrenzung von Juden, aber das ist ja auch gar nicht der Punkt, es ist eben Kunst, da springt einen Betrachter die Künstlerintention nicht gleich an. Ich persönlich fand es sehr schön, wie sich jeder auseinandergesetzt hat mit der Thematik; natürlich hatten wir das im Geschichtsunterricht der 9. Klasse schon angeschnitten, aber jetzt ein ausdrucksstarkes Objekt dazu zu gestalten, mit mehr als einer bepinselten Sitzfläche und einem willkürlich angebrachten Objekt – das war noch einmal etwas ganz anderes! Als dann die Arbeit losging, wurde schnell klar: Die eigene künstlerische Seite entfalten, gerade wenn klar ist, das ist jetzt nicht irgendein Projekt, das sollte schon „was rüberbringen", war nicht so einfach. Aber wir haben uns bemüht!

Kein Material war uns zu komisch, keine Besorgung zu aufwendig für das Gelingen. Ob nun mit Holz oder Metall, Kleber oder Nagel, Faden oder Pappe und natürlich mit ganz viel Farbe, jeder hat zusammen mit seinem Partner etwas ganz Persönliches erschaffen. Gerade die Vielfältigkeit hat mich so begeistert: Als am Ende alle Stühle nebeneinander standen, keiner wie der andere – jeder stolz war auf sein besonderes Werk.

Wir durften ein sehr schönes Projekt unterstützen, es hat Spaß gemacht und zum Nachdenken angeregt; wenn wir jetzt noch dazu beitragen können, dass andere ebenfalls mehr Bewusstsein entwickeln, wäre ich begeistert! ■

Catharina Schumann, 10c

TEXT ■ **Rabbi Lord Jonathan Sacks**

Das mutierende Virus: Antisemitismus verstehen

Der Hass, der mit den Juden beginnt, hört niemals bei den Juden auf. Ich möchte, dass wir das heute verstehen. Es waren nicht nur die Juden, die unter Hitler litten. Es waren nicht nur die Juden, die unter Stalin litten. Es sind nicht nur die Juden, die unter dem IS, Al-Qaida oder dem Islamischen Dschihad leiden. Wir machen einen großen Fehler, wenn wir denken, Antisemitismus sei nur eine Gefahr für Juden. In erster Linie ist er eine Gefahr für Europa und die Freiheiten, die wir im Laufe der letzten Jahrhunderte errungen haben.

Beim Antisemitismus geht es nicht um Juden, sondern um Antisemiten. Es geht um Menschen, die keine Verantwortung für die eigenen Fehler übernehmen wollen und daher anderen die Schuld geben. Wenn man während der Zeit der Kreuzzüge Christ war oder nach dem Ersten Weltkrieg Deutscher und man sah, dass die Welt sich nicht so entwickelt hatte, wie man es sich vorgestellt hatte, gab man erfahrungsgemäß den Juden die Schuld. Und das ist es, was auch heute geschieht. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie gefährlich das ist. Nicht nur für Juden, sondern für alle, die Freiheit, Mitgefühl und Menschlichkeit schätzen.

Antisemitismus ist in einer Kultur das erste Symptom einer Krankheit, das erste Warnzeichen für einen kollektiven Zusammenbruch. Wenn Europa zulässt, dass Antisemitismus gedeiht, ist das der Anfang vom Ende Europas. Ich möchte in diesem kurzen Beitrag das vage und mehrdeutige Phänomen Antisemitismus analysieren, denn es erfordert Klarheit und Verstand, zu wissen, was Antisemitismus ist, warum er auftritt und warum Antisemiten davon überzeugt sind, nicht antisemitisch zu sein.

Zuerst möchte ich den Begriff Antisemitismus definieren. Juden nicht zu mögen ist kein Antisemitismus. Wir alle kennen Menschen, die wir nicht mögen. Das ist normal, es ist menschlich und nicht gefährlich. Israel zu kritisieren ist kein Antisemitismus. Ich sprach letztens mit einigen Schulkindern und sie fragten mich: „Ist es antisemitisch, Israel zu kritisieren?" Ich sagte nein und erklärte ihnen den Unterschied. Ich fragte sie: „Glaubt ihr, ihr habt das Recht die britische Regierung zu kritisieren?" Alle hoben die Hand. Dann fragte ich: „Wer von euch glaubt, Großbritannien habe kein Existenzrecht?" Niemand hob die Hand. „Jetzt kennt ihr den Unterschied", sagte ich, und alle verstanden.

Antisemitismus bedeutet, den Juden das Recht abzusprechen, gemeinsam als Juden zu existieren, mit denselben Rechten wie jeder andere auch. Er nimmt zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Formen an. Im Mittelalter wurden die Juden wegen ihrer Religion gehasst. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert wurden sie aufgrund ihrer Rasse gehasst. Heute hasst man sie wegen ihrer Nation, dem Staat Israel. Antisemitismus tritt in verschiedenen Formen auf, bedeutet aber immer dasselbe: die Ansicht, dass Juden nicht das Recht haben, als freie und gleichwertige Menschen zu existieren.

Wenn es etwas gibt, das ich und meine Zeitgenossen nicht erwartet hätten, dann, dass der Antisemitismus nach Europa zurückkehrt, während die Erinnerung an den Holocaust noch präsent ist. Wir rechneten nicht damit, weil Europa gemeinsam die größten jemals dagewesenen Anstrengungen unternahm, damit der Virus des Antisemitismus den Staatskörper niemals wieder befallen würde. Es fand eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema statt – antirassistische Gesetze wurden verabschiedet, an Schulen wurde Wissen über den Holocaust vermittelt und es gab einen interreligiösen Dialog. Doch trotz alledem ist der Antisemitismus zurückgekehrt.

Am 27. Januar 2000 trafen sich Vertreter von 46 Regierungen aus der ganzen Welt in Stockholm, um eine gemeinsame Erklärung zur Erinnerung an den Holocaust und den andauernden Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Vorurteile abzugeben. Dann kam 9/11 und innerhalb weniger Tage überschwemmten Verschwörungstheorien das Internet, in denen behauptet wurde, dies sei das Werk Israels und seines Geheimdienstes Mossad. Im April 2002 war ich während des Pessach-Festes zusammen mit einem jüdischen Pärchen aus Paris in Florenz, als dieses einen Anruf von seinem Sohn erhielt, der sagte: „Mama, Papa, es ist Zeit für uns, Frankreich zu verlassen. Wir sind hier nicht mehr sicher."

Im Mai 2007 sagte ich bei einem privaten Treffen hier in Brüssel zu den drei damaligen Führern Europas, Angela Merkel (Vorsitzende des Europäischen Rates), Jose Manuel Barroso (Präsident der Europäischen Kommission, und Hans-Gert Pöttering (Präsident des Europäischen Parlaments), dass die Juden in Europa sich zu fragen begannen, ob es in Europa eine Zukunft für sie gebe.

Das war vor über neun Jahren. Seitdem ist es noch schlimmer geworden. Bereits im Jahr 2013, bevor es einige der schlimmsten Vorfälle gab, stellte die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte fest, dass fast ein Drittel aller europäischen Juden aufgrund von Antisemitismus eine Auswanderung in Erwägung zogen. In Frankreich lag diese Zahl bei 46 Prozent und in Ungarn bei 48 Prozent. Lassen Sie mich Ihnen eine Frage stellen. Egal ob Sie Jude, Christ oder Moslem sind: Würden Sie in einem Land leben wollen, in dem Sie beim Beten von bewaffneten Polizisten beschützt werden müssen? In dem Ihre Kinder in der Schule von bewaffnetem Sicherheitspersonal bewacht werden müssen? In dem Sie das Risiko eingehen, auf offener Straße beschimpft oder attackiert zu werden, wenn Sie ein Zeichen Ihres Glaubens tragen? In dem Ihre Kinder an der Universität beleidigt und eingeschüchtert werden, aufgrund von Dingen, die in einem anderen Teil der Welt passieren? In dem Ihre Kinder angebrüllt und zum Schweigen gebracht werden, wenn sie ihre Sicht der Dinge darlegen?

Das passiert Juden in ganz Europa. In jedem einzelnen Land Europas, ohne Ausnahme, haben Juden Angst um die Zukunft ihrer Kinder. Wenn das so weitergeht, werden die Juden Europa weiter verlassen, bis Europa – abgesehen von den schwachen und älteren Menschen – schließlich judenrein sein wird.

Wie konnte das passieren? Genauso, wie Viren das menschliche Immunsystem besiegen: durch Mutation. Der neue Antisemitismus unterscheidet sich auf drei Arten vom früheren. Einen Unterschied habe ich bereits erwähnt. Früher wurden die Juden aufgrund ihrer Religion gehasst, dann aufgrund ihrer Rasse und nun wegen ihres Nationalstaates. Der zweite Unterschied ist, dass das Epizentrum des alten Antisemitismus in Europa lag. Heute befindet es sich im Nahen Osten und wird von den neuen elektronischen Medien in der ganzen Welt verbreitet.

Der dritte Unterschied ist besonders besorgniserregend. Ich werde Ihnen erklären, warum. Es ist einfach, jemanden zu hassen, aber schwierig, diesen Hass öffentlich zu rechtfertigen. Wenn Menschen im Laufe der Geschichte ihren Antisemitismus rechtfertigen wollten, taten sie das, indem sie Rückhalt bei der obersten Autoritätsquelle ihrer Kultur suchten. Im Mittelalter war das die Religion. Es gab also religiösen Antijudaismus. Im Zeitalter nach der Aufklärung war es in Europa die Wissenschaft. Die tragenden Säulen waren die Naziideologie, Sozialdarwinismus und die wissenschaftliche Untersuchung von Rassen. Heute sind Menschenrechte die oberste Autoritätsquelle der Welt. Daher wird Israel – die einzige uneingeschränkt funktionierende Demokratie mit einer freien Presse und unabhängigen Justiz im Nahen Osten – regelmäßig einer der fünf Todsünden des Menschenrechts bezichtigt: Rassismus, Apartheid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ethnische Säuberung und versuchter Völkermord.

Der neue Antisemitismus ist mutiert, sodass jeder behaupten kann, kein Antisemit zu sein. „Ich

bin schließlich kein Rassist", sagen sie. „Ich habe kein Problem mit Juden oder dem Judentum. Ich habe lediglich ein Problem mit dem Staat Israel." Doch während es auf der Welt 56 muslimische und 103 christliche Nationen gibt, gibt es nur einen jüdischen Staat, Israel, der lediglich 0,25 Prozent der Landmasse des Nahen Ostens einnimmt. Israel ist der einzige der 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, dessen Existenzrecht regelmäßig in Frage gestellt wird und den ein Land, der Iran, so wie viele andere Gruppen zerstört sehen möchten.

Antisemitismus bedeutet, den Juden das Recht abzusprechen, mit den gleichen Rechten wie alle anderen Menschen als Juden zu existieren. Heutzutage tritt dies in Form von Antizionismus auf. Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen Zionismus und Judentum, und zwischen Juden und Israelis, doch für die neuen Antisemiten gibt es diesen Unterschied nicht. Es waren Juden, nicht Israelis, die bei den Terroranschlägen in Toulouse, Paris, Brüssel und Kopenhagen getötet wurden. Antizionismus ist der Antisemitismus unserer Zeit.

Im Mittelalter wurden Juden beschuldigt, Brunnen zu vergiften, die Pest zu verbreiten und christliche Kinder zu töten, um deren Blut zu verwenden. In Nazideutschland wurden sie beschuldigt, sowohl das kapitalistische Amerika als auch das kommunistische Russland zu kontrollieren. Heute werden sie beschuldigt, sowohl den IS als auch Amerika zu steuern. All die alten Mythen wurden recycelt – von der Ritualmordlegende bis hin zu den Protokollen der Weisen von Zion. Die Karikaturen, die den Nahen Osten überfluten, sind Nachahmungen derer, die in „Der Stürmer" veröffentlicht wurden, einem der Hauptpropagandamittel der Nazis von 1923 bis 1945.

Die stärkste Waffe des neuen Antisemitismus ist bestechend in ihrer Einfachheit. Sie sieht so aus: Der Holocaust darf nie wieder passieren. Aber Israelis sind die neuen Nazis, Palästinenser die neuen Juden und alle Juden sind Zionisten. Daher sind die wirklichen Antisemiten unserer Zeit niemand anderes als die Juden selbst. Und dies sind keine marginalen Ansichten. Sie sind in der muslimischen Welt, auch innerhalb europäischer Gemeinschaften, weit verbreitet, und infizieren langsam die extreme Linke, die extreme Rechte, akademische Kreise, Verbände und sogar einige Kirchen. Nachdem Europa sich selbst von dem Virus des Antisemitismus geheilt hat, wird der Kontinent nun durch Teile der Welt neu infiziert, die keine Vergangenheitsbewältigung leisteten, wie sie nach Bekanntwerden des Holocausts in Europa stattfand.

Wie kann man etwas so absurdes glauben? Das ist ein umfangreiches und komplexes Thema, über das ich ein Buch geschrieben habe. Die einfachste Erklärung ist jedoch folgende. Wenn einer Gruppe schlimme Dinge widerfahren, stellen sich deren Mitglieder eine von zwei Fragen: „Was haben wir falsch gemacht?" oder „Wer hat uns das angetan?" Das gesamte Schicksal der Gruppe hängt davon ab, welche Frage sie stellt. Wenn sich die Gruppe fragt: „Was haben wir falsch gemacht?", übt sie Selbstkritik, was in einer freien Gesellschaft unerlässlich ist. Fragt sie: „Wer hat uns das angetan?", hat sie sich selbst als Opfer definiert und sucht einen Sündenbock, dem sie die Schuld für all ihre Probleme geben kann. Traditionsgemäß sind das die Juden.

Antisemitismus ist eine Form kognitiven Versagens und entwickelt sich, wenn eine Gruppe das Gefühl hat, ihre Welt gerät aus den Fugen. Er trat erstmals im Mittelalter auf, als die Christen sahen, dass sie vom Islam in Gebieten, die sie als ihre eigenen betrachteten, insbesondere Jerusalem, besiegt worden waren. Das war 1096, als die Kreuzritter auf ihrem Weg ins Heilige Land in Nordeuropa Halt machten, um jüdische Gemeinden abzuschlachten. In den 1920er-Jahren trat er nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Nahen Osten auf. Nach Europa kehrte der Antisemitismus in den 1870er-Jahren während einer Zeit der wirtschaftlichen Rezession und eines wiederauflebenden Nationalismus zurück. Aus denselben Gründen taucht er auch jetzt wieder in Europa auf: Rezession, Nationalismus und Widerstand gegen Immigranten und andere Minderheiten. Antisemitismus entwickelt sich, wenn die Politik der Hoffnung Platz für eine Politik der Angst macht, die schnell zu einer Politik des Hasses wird.

Dabei werden komplexe Probleme auf Einfachheiten reduziert. Die Welt ist nur noch schwarz und weiß, die Schuld liegt allein bei einer Seite, die andere Seite ist das alleinige Opfer. Unter Hunderten möglichen Schuldigen wird eine Gruppe herausgepickt. Das Argument ist immer dasselbe. Wir sind unschuldig, sie sind schuldig. Um frei zu sein, müssen wir sie, die Juden oder den Staat Israel, zerstören. So beginnen die schweren Verbrechen.

Juden wurden gehasst, weil sie anders waren. Sie waren die auffälligste nicht-christliche Minderheit in einem christlichen Europa. Heute sind sie die auffälligste nicht-muslimische Präsenz in einem islamischen Nahen Osten. Beim Antisemitismus ging es schon immer um die Unfähigkeit einer Gruppe, Platz für Verschiedenartigkeit zu schaffen. Keine Gruppe, die so handelt, wird jemals und kann jemals eine freie Gesellschaft hervorbringen.

Ich höre da auf, wo ich angefangen habe. Der Hass, der mit den Juden beginnt, hört niemals bei den Juden auf. Beim Antisemitismus geht es nur zweitrangig um Juden. Hauptsächlich geht es um die Unfähigkeit einer Gruppe, Verantwortung für ihre eigenen Fehler zu übernehmen, und ihre eigene Zukunft aus eigener Anstrengung zu gestalten. Keine Gesellschaft, die Antisemitismus gefördert hat, hat es jemals zu Freiheit, Menschenrechten oder religiöser Freiheit gebracht. Jede von Hass dominierte Gesellschaft fängt damit an, ihre Feinde zu vernichten, aber zerstört letztendlich sich selbst.

Das heutige Europa ist nicht grundlegend antisemitisch. Aber es hat zugelassen, dass Antisemitismus über die neuen elektronischen Medien auf den Kontinent gelangt. Es hat nicht erkannt, dass der neue Antisemitismus anders ist als der alte. Wir befinden uns heute nicht wieder in den 1930er-Jahren. Aber wir sind nah an 1879, als Wilhelm Marr in Deutschland die Antisemitenliga gründete, an 1886, als Édouard Drumont „La France Juive" veröffentlichte, und an 1897, als Karl Lueger Bürgermeister von Wien wurde. Dies sind Schlüsselmomente der Verbreitung des Antisemitismus, und alles, was wir tun müssen, ist uns zu erinnern, dass was damals über die Juden gesagt wurde, heute über den jüdischen Staat gesagt wird.

Die Geschichte der Juden in Europa war nicht immer glücklich. Die Behandlung der Juden in Europa hat dem Vokabular der Menschheit neue Begriffe hinzugefügt: Disputation, Zwangskonvertierung, Inquisition, Vertreibung, Autodafé (portugiesisch auto-da-fé, „Glaubensgericht", von lateinisch actus fidei, „Glaubensakt", Anm.d.Red.), Ghetto, Pogrom und Holocaust – Wörter, die mit den Tränen und dem Blut von Juden geschrieben wurden. Trotz alledem liebten die Juden Europa und brachten einige seiner größten Wissenschaftler, Schriftsteller, Akademiker, Musiker und modernen Denker hervor.

Wenn sich Europa wieder auf den Weg des Antisemitismus führen lässt, wird das die Geschichte sein, die man sich in der Zukunft erzählt. Zuerst waren es die Juden. Dann die Christen. Dann die Homosexuellen. Dann die Atheisten. Bis von Europas Seele nur noch eine ferne, verblassende Erinnerung übrig war.

Ich habe heute versucht, denen eine Stimme zu geben, die keine haben. Ich habe im Namen der ermordeten Roma, Sinti, Homosexuellen, Andersdenkenden, geistig und körperlich Behinderten und der anderthalb Millionen jüdischen Kinder, die wegen der Religion ihrer Großeltern ermordet wurden, gesprochen. In ihrem Namen sage ich zu Ihnen: Sie wissen, wo dieser Weg hinführt. Gehen Sie ihn nicht noch einmal!

Sie sind die Führer Europas. Die Zukunft des Kontinents liegt in Ihren Händen. Wenn Sie nichts tun, dann gehen die Juden, die europäische Freiheit wird begraben und der Name Europa wird für alle Ewigkeit moralisch befleckt sein.

Setzen Sie dem Ganzen jetzt ein Ende, solange es noch geht! ■

Quelle: www.audiatur-online.ch/2016/10/11/der-mutierende-virus-antisemitismus-verstehen

Mitschrift der Rede von Rabbi Lord Jonathan Sacks bei der Konferenz „The Future of the Jewish Communities in Europe" (Konferenz zur Zukunft der jüdischen Gemeinden in Europa), die am 27. September 2016 im Europäischen Parlament in Brüssel stattfand.

Bitte

Wir werden eingetaucht
und mit den Wassern
der Sintflut gewaschen
Wir werden durchnässt
bis auf die Herzhaut
Der Wunsch
nach der Landschaft
diesseits der Tränengrenze
taugt nicht
der Wunsch
den Blütenfrühling zu bleiben
taugt nicht

Es taugt die Bitte
dass bei Sonnenaufgang die Taube
den Zweig vom Ölbaum bringe
dass die Frucht so bunt wie die Blume sei
dass noch die Blätter der Rose am Boden
eine leuchtende Krone bilden
und dass wir aus der Flut
dass wir aus der Löwengrube
und dem feurigen Ofen
immer versehrter und immer heiler
stets von neuem
zu uns selbst
entlassen werden

Hilde Domin, Bitte. Aus: dies., Sämtliche Gedichte. S.Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2009

Pastor-sein nach Jerusalem

TEXT ■ **Johannes Wachowski**

1) Das „Ajeka“ Gottes – Der Ruf in die Verantwortung

In den Rabbinischen Weisheiten zum Pentateuch erzählt Schmuel Daum folgende Auslegung zu 1. Mose 3,9, „Und es rief der Ewige, Gott, dem Menschen zu, und sprach zu ihm: Wo bist Du?“:

„Eine wahre Episode! Rabbi Schneur Zalman von Ladi, der heilige BAAL HATANIA, der Gründer der chassidischen CHABAD-Bewegung, wurde wegen falscher und lügenhafter Aussagen ins Gefängnis geworfen. Er saß auf einer der Inseln in Leningrad. Eines Tages fragte ihn der Untersuchungsrichter: ‚Herr Rabbiner, wir lesen in der Bibel, daß Gott Adam suchte und fragte AJEKA, wo bist du? Wie ist das zu verstehen, denn Gott weiß ja alles?‘ Da fragte ihn der Rabbi: ‚Glauben sie, daß die Bibel wahr und ewig ist?‘ ‚Gewiß‘, antwortete der Richter. Die Antwort ist folgende: ‚Eine göttliche Stimme fragt jeden Menschen: AJEKA. Wo und wie stehst du in dieser Welt? Jeder Mensch hat eine Pflicht im Leben, hast du sie erfüllt?‘ Der Richter war gerührt von dieser tiefen Deutung.“

In einem berühmten christlichen Kommentar wird die Erzählung 1.Mose 3,1-24 in die Kategorien Vergehen (3,1-7) und Ahndung (3,8-24) gefasst. Das prägt dann auch die Strukturierung der Passage: „8-10: Verstecken und Entdeckung, 11-13: Vernehmen und Verteidigung; 14-19: Die drei Strafsprüche“ (Westermann, 343). Eine gerichtliche Szene steht dann im Hintergrund der Auslegung und an einigen Stellen habe ich mich gefragt, ob der Ausleger den Richter der Satisfaktionslehre Anselm von Canterburys in das Gottesbild projiziert und so eine christologische Brücke andeutet. Zum Vers 9 schreibt Westermann aber dann ganz klar: „Der den Menschen bestrafende Gott ist der sich um den Menschen kümmernde Gott.“ (346)

Ich möchte drei persönliche Geschichten zu dem „Ajeka“ Gottes erzählen. Als im postlapsarischen Zeitalter, in der vergänglichen Welt lebender Christ, der zwei Jahre in Israel gelebt und studiert hat, möchte ich vor allem aus diesem Erfahrungsschatz schöpfen. Es ist also weniger der urzeitliche Richterspruch für mich entscheidend, als der sich „kümmernde Gott“, der wieder und wieder in die Verantwortung ruft: „Ajeka!“ Im Rückblick kommen mir drei solcher Anrufe (Wajjikra) Gottes in die Erinnerung,

2) Januar 1991 – zurück in Deutschland – „Mensch, was machst Du?“

Kurz vor Beginn des Golfkrieges, im Jahr 1991, kehrte die Mehrheit des 13.Studienjahres des Programms von „Studium in Israel“ nach Deutschland zurück. Fast alle wollten bleiben, solidarisch und an der Seite Israels stehen, doch die rechtlichen und familiären Situationen drängten zur Rückreise. In Deutschland angekommen, verstand ich mein Land nicht mehr: „‘Mensch, wo bist Du?‘: Wo bist Du da hineingeraten? Als Du gingst, war Dein Land ein anderes? Jetzt triumphiert die Gesinnung, und der verantwortende Verstand ist vernebelt!“, nahm ich den Ruf auf. Denn die Stimmung war aufge-

regt: Omas hängten weiße Bettlaken aus den Fenstern. „Kein Blut für Öl!“ war auch das Motto von autonomen studentischen Seminaren an den Universitäten und überall gab es Nahostexperten, auch im Frühstücksfernsehen, obwohl sich die Bundesrepublik gar nicht militärisch beteiligte. Lediglich deutsche Firmen hatten das Gas hergestellt und verkauft, das Israel nun bedrohte. „Mensch, was machst Du?“

Noch vor Tagen war ich in Israel, hatte mit meiner Gasmaske an den Zivilschutzübungen teilgenommen und im Notfall einen gassicheren Raum vorbereitet. Nun war ich in dem Land, in dem ich den Wehrdienst verweigerte, auch aus pazifistischen Gründen, Theologie studierte und von dem nie wieder ein Krieg ausgehen sollte. Aber der Aufenthalt in Israel und die Zeit der Auseinandersetzungen bis zum Beginn des Golfkrieges hatten mich verändert, das machte mir das „Bettlakendeutschland“ ganz klar.

„Ajeka?“ „Ich würde das Land Israel militärisch verteidigen! So einfach ist es mit dem Zivildienst in Israel nicht.“ sagte ich mir damals. Und heute frage ich mich: „Kann man wirklich das Kanzlerinnenwort vom 18. März 2008 glauben?“ Vor zehn Jahren sagte die Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem israelischen Parlament: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“ Gilt das noch, wenn die Europäische Gemeinschaft eifrig an Sonderregelungen für den Iran bastelt, manche öffentliche Verantwortungsträger und Künstler nur halbherzig gegen die Boykottbewegung gegenüber Israel vorgehen und die Kritik an der Israelkritik angeblich nicht stichhaltig ist, weil Israelkritik nicht erlaubt sein soll. „Mensch, was machst Du!“

3) Die Kirche des Wortes – „Mensch, wie hörst Du?“

Mein zweites Erlebnis stammt aus meiner Predigtpraxis. Nach meinen Aufenthalt in Israel entdeckte ich, dass der erste Januar nicht nur Neujahr, sondern eigentlich der Tag der „Beschneidung und Namensgebung Jesu“ war, Festum circumcisionis (Gen 17,10-14: Lk 2,21). Ich hielt verschiedene Andachten und Predigten zu diesem Proprium im Laufe der Jahre. Meine „Vorhautpredigten“, wie sie ein Gemeindeglied abschätzig nannte, kamen nicht bei allen an. Besonders in der Bescheidungsdebatte im Jahr 2012 störten die Gedanken über das Sanctum Praeputium, die „Vorhaut Christi“. Dabei ist die Kanzelrede über diese liturgische Tradition ein gutes Mittel im Kampf gegen die kirchliche Judenfeindschaft. Denn in der Beschneidungsdebatte outeten sich zu viele christliche Stimmen als Judenfeinde. Dabei erzählt doch Lukas ganz klar, dass das „incarnatus est“ bedeutet, dass Jesus mit dem Ritual und seinem Namen in die jüdische Welt hineingeboren ist. Und so, in seinen jüdischen Kontext verortet, könnten wir spekulieren, ob nicht Joseph dann auch seine jüdischen Vaterpflichten gemäß der Halacha erfüllte, also wie es später aufgezeichnet ist, dem jüdischen Jungen auch Tora lehrte, ihn verheiraten wollte, ihn in einem Handwerk unterrichtete und ihm sogar das Schwimmen beibrachte (Babylonischer Talmud Kidduschin 29a). Die Weihnachtsgeschichte mündet in die Geschichte der „Heiligen Familie“, die als jüdische Familie dargestellt wird. Der Berit Milah ist ein erstes Ende der Weihnachtsgeschichte.

Die zwei Jahre Studium an der Hebräischen Universität veränderten nicht nur meinen Blick auf die klassischen exegetischen Methoden, sie bereicherten meinen Umgang mit Texten. Vieles könnte ich dazu schreiben, wenn ein Text nicht nur einen Skopus, sondern 70 Gesichter haben kann, wenn es mehr als lineare Auslegungsrationalitäten gibt, und man erkennt, das Kreativität keine Willkür ist, wenn die Weite der intentio operis manche schöne Auslegung erst möglich macht.

Ich will hier eine persönliche Assoziation zu 1.Mose 3,9 geben. „Und der HERR, Gott, rief Adam und sprach zu ihm: Wo bist du?“ erinnert mich an den Beginn des Dritten Buches Mose. „Und der HERR rief Mose und redete mit ihm aus der Stiftshütte und sprach: Rede.“ Trotz vieler Unterschiede in Form und Inhalt zum Beginn des Buches Leviticus und dem kleinen Aleph beim Wort Wajjikra, gibt es eine schöne Auslegung bei Raschi zur Leviticusstelle, die man zur Genesisstelle hinzuhören darf. Zum einen heißt es in der Interpretation der eigenartigen Einleitungsformel, **ויקרא אל-מֹשה**, dass „allen Ansprachen, Aufträgen und Befehlen ein freundlicher Zuruf voran ging, Liebe anzeigend, in einem Ausdruck, den die dienenden Engel gebrauchen, wie in Jes 6 **ויקרא זה אל-זה**. In diesem Licht sollen die Anweisungen des Buches Leviticus Manifestationen der Liebe Gottes sein.

Zum anderen wird in einer Interpretation erzählt, dass das kleine Alef das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Mose und Gott darstellt: Mose wollte, dass das Wort ohne Alef geschrieben werde und an Num 23,4 anspiele, wo Gott Bileam zufällig begegnet **(ויקר)**. Gott wollte nicht, dass hier eine Parallele hergestellt werden könne, schon gar nicht, dass es heißt, er begegnete Mose zufällig. Gott bestand auf das Alef, denn es sollte in der Torah an dieser Stelle heißen „Und er rief“. So schlossen beide einen Kompromiss und Mose notierte ein kleines Alef. (Siehe Kolatch, 378 Anm.54)

„Mensch, wie hörst Du?“ In den Interpretations- und Traditonswelten der Bibel möchte ich auch auf die unbekannten Stimmen hören und nach dem sensus caritatis dei suchen. Abgelegt habe ich den Geist der Abgrenzungshermeneutiken einer antijudistischen, christlichen Auslegungskultur, der für die eigene Identität ein christliches Proprium hören oder konstruieren will. Dagegen konvergieren Raschi und Westermann, der ja andeutete: „Der den Menschen bestrafende Gott ist der sich um den Menschen kümmernde Gott.“ Für die Kirche des Wortes, die creatura verbi bedeutet das, dass sie die Texte des Tenachs ausreden lässt, dann mit ihnen ins Gespräch kommt und sich schließlich freut, wie Gott in allen diesen Worten ruft, zu uns spricht, Weisung gibt und uns liebt. Aus diesem Hören dann, folgen die gemeinsamen Taten gegen die Judenfeindschaft.

4) Zwischen Israel und Deutschland – „Mensch, wo bist Du?“

Zum Schluss möchte ich auch die Frage „Ajeka?“ von drei Orten des gedanklichen und tatsächlichen Reisens zwischen Israel und Deutschland erzählen.

Der erste Ort liegt in Deutschland und ist mein Heimatort Burgkunstadt: Die Eltern meiner Großeltern erwarben im 19. Jahrhundert ein Haus von Juden, die aus Burgkunstadt in die neue Welt auswandern wollten. Das Haus in der Judengasse stand gegenüber der Synagoge. Nach 1945 nutzte mein Opa diesen Platz als seinen Schrebergarten. Dort spielte ich und verbrachte viele wunderbare Kindheitsstunden im Garten des Großvaters. Ich wuchs auf dem Boden der Synagoge auf, wenn ich das so sagen darf, ohne das zu wissen. Erst in der gymnasialen Schulzeit interessierte ich mich für das Burgkunstädter Judentum, das Haus meiner Großeltern, dessen Geschichte. Und mehr und mehr sagte ich mir, dass ich auf dem Boden spielte und als Kind aufwuchs, der damals geschändet wurde, auf dem über hunderte von Jahren die Tora gelesen, oder zu Simchat Torah mit der Torahrolle im Gotteshaus getanzt wurde. Meine Mutter erzählte mir auch, dass der Rabbiner von Burgkunstadt im Hause meiner Großeltern Klavier geübt habe.

In einem Artikel des „Lichtenfelser Tagblatts“ vom 12. November 1938 heißt es zum Abbruch der Synagoge Burgkunstadts: „Heute Samstag nachmittags 2 Uhr werden die Formationen der Partei bereits mit dem Abbruch der Synagoge beginnen und somit einen traurigen Punkt für immer aus dem Stadtbild auslöschen. Man wird wohl nicht fehl gehen in der Annahme, daß sich kein Burgkunstadter diesen denkwürdigen Akt entgehen lassen wird. Wer Lust hat, tatkräftig mit Hand anzulegen, wird willkommen sein. Es ist nebenbei sehr zu begrüßen, daß mit dem Verschwinden der Synagoge gerade die engste Straßenstelle eine beträchtliche Erweiterung erfahren wird.“ Und ich bin mir sicher, dass meine Urgroßeltern damals nicht dabei waren, verhindern konnte sie aber auch nicht die Zerstörung des nachbarschaftlichen Gotteshauses.

In einem Schreiben des Landratsamtes Lichtenfels vom 9. Juni 1945 an den Regierungspräsidenten in Ansbach heißt es später über die Burgkunstadter Synagoge: „Die Synagoge wurde in der Nacht vom 8. auf 9. XI 1938 beschädigt und sodann aufgelassen. Da sie an einer Engstelle einer Durchgangsstraße lag, wurde sie

später ganz abgetragen. Ein Teil der Grundfläche bildet jetzt einen Rasenplatz, ein anderer Teil einen Ausweichplatz für Fuhrwerke. Laut Eintrag in das Grundbuch für Burgkunstadt Band 9 Blatt 326 S. 176 ging die Synagoge in das Eigentum der Stadt Burgkunstadt über. (Vgl. zum Ganzen den Artikel im Synagogen-Gedenkband „Mehr als Steine".) Diesen Rasenplatz hat mein Großvater dann von der Stadt Burgkunstadt gepachtet. So wurde mein Kinder-Schrebergarten daraus – der Boden der Synagoge zum Heidenkindergarten. Erst 1987 stellte der Stadtrat einen Gedenkstein auf eine kleine Erinnerungsanlage.

„Mensch, wo warst Du?" Ich denke, es gibt in vielen Biographien ähnliche Mnemotopen oder Gegenstände, die es erlauben, in die Vergangenheit zu schauen, vielleicht sogar die eigene Biographie oder Familiengeschichte und deren Drehbücher in den Blick zu nehmen, um dann in der Selbstaufklärung ein Stück Versöhnung, Veränderung und Widerstand angesichts des Judenhasses zu leben: Mir wurde der Schrebergarten meines Großvaters zum Anfang meines Reisens ins Judentum und nach Israel.

Ich möchte noch auf einen zweiten Ort eingehen. Im vergangen Jahr fuhr ich mit der KLAK nach Israel. Die „Konferenz landeskirchlicher Arbeitskreise Christ und Juden" hatte ein Begegnungsprogramm ausgearbeitet, das zum 70. Jubiläum des Staates Israel profiliert die Situation der Palästinenser in den Blick nahm. Ich selbst empfand diese Reiseroute und manche Begegnung als einseitig und sagte mir wieder und wieder, wenn die Politik des Staates Israel hart kritisiert wurde, dass ich auf der Seite Israels stehe. Ich fühlte mich manchmal so, wie Eltern, die ein Kind haben, das etwas angestellt hat, aber es emotional klar ist, dass das eigene Kind das Kind bleibt, egal was vorgefallen ist. Ein Grund für diese emotionale Grundierung meiner Beziehung zum Staat Israel ist, dass ich etliche Male in Israel Angst um mein Leben hatte. Der Grund dafür war der palästinensische Terrorismus.

„Ajeka?"- „Mensch, wo bist Du? Mein Ort ist klar an der Seite Israels. Deshalb unternehme ich auch einseitige Reisen in die anderen Welten des Konflikts. Es fällt mir aber schwer, beide Narrative gleich zu hören. Zu sehr erinnere ich, welche Angst die eine Seite mir schon beschert, und die andere Seite, welche Freude mir bereitet hat. Hier höre ich auch den Kommentar vom Schmuel Daum zur eingangs genannten Auslegung wieder: „Auch wir haben eine Pflicht: Die göttliche Existenz zu verkünden, Wohltat und Liebe jedem Mitmenschen zu schenken, Treue und Verbundenheit zu dem Volk und dem Land Israel zu üben."

Der letzte Ort und die letzte Erinnerung beziehen sich auf den Ort meiner Pfarrstelle. In dem kleinen mittelfränkischen Dorf haben viele Bauern noch neben ihrem Familiennamen einen Titel, der die Stellung im Dorfleben wiederspiegelt: Der eine ist der sogenannte „Landrat", der andere der „Baron", wieder einer der „Spion" und einer auch der „Viehjud". In diesem Dorf hat auch die NPD eine Niederlassung. Und trotz meines großen Engagements muss noch lange im Geist des christlich-jüdischen Gesprächs gebetet, gepredigt, studiert und gereist werden, damit etwas langfristig verändert ist. Unterschwellig sind noch viele Antijudaismen und Antisemitismen da. Und manchmal frage ich mich: „Mensch, wo bist Du hier! Wo bist Du hier gelandet? Und wie ‚braun' ist Mittelfranken eigentlich noch?"

„Gemeinsam gegen Judenfeindschaft" heißt dann wieder und wieder zu sagen, dass Gott Juden und Christen gleichermaßen mit Liebe begegnet. Das eine Wort, das Gott in Christus gesprochen hat, das hat er auch zu Israel gesagt: „Allen Ansprachen, Aufträgen und Befehlen Gottes geht ein freundlicher Zuruf voran, Liebe anzeigend, in einem Ausdruck, den die dienenden Engel gebrauchen!" wie Raschi lehrt.

„Ajeka?" „Mensch, wo bist Du?" ist aber auch ein Ruf in die Verantwortung sich zu fragen: „Homo politicus, wo stehst Du? Pastor legens, wie predigst, betest und singst Du? Perregrinus, Reisender, wohin und zu wem reist Du? (Nach Israel, nach Palästina, ins Heilige Land, – und in Deutschland?) Homo loci, was ist Dein Erbe und Deine Bürde und vor allem: Wie sollen Deine Orte zukünftig und die Orte der Zukunft aussehen?" ■

LITERATUR ▼

Daum, Schmuel, Rabbinische Weisheiten zum Pentateuch-Bereschit-Schmot, Basel 1985.

Dessauer, Julius, Der Pentateuch. Die fünf Bücher Mosche mit wortgetreuer deutscher Uebersetzung. Nebst dem Raschi-Commentare punktiert, leichtfasslich übersetzt, und mit vielen erklärenden Anmerkungen versehen, Budapest 21905.

Hager, Angela/Haas, Hans-Christof, Burgkunstadt (Art.), in: Kraus, Wolfgang u.a. (Hg.), Mehr als Steine. . .Synagogen-Gedenkband Bayern, Bd. I, Burgkunstadt, 106-111, Lindenberg 2007.

Kolatch, Alfred J., This is the Torah. Over 500 questions and answers about the most sacred text of Judaism, New York: Jonathan David Publishers 1998.

Wachowski, Johannes, Leib und Leben. Der jüdische Jesus und das neue Jahr: Lk 2,21; 1.1.2015; Tag der Beschneidung und Namengebung Jesu in: Göttinger Predigt-Meditationen, 69 (2014), 1, 82-87.

Westermann, Claus, Genesis, Genesis 1-11, BK I,1Neukirchen-Vluyn.

Pfarrer Dr. Johannes Wachowski, *1964, Studium der Theologie, Politik und Judaistik, seit 1998 Arbeitskreismitglied von Studium in Israel, Mitherausgabe der Predigtmeditationen im christlich-jüdischen Kontext,Pfarrer in Wernsbach und am Klinikum Ansbach,Vorsitzender von Begegnung von Christen und Juden in Bayern (www.bcj.de)*

TEXT ■ **Hermann Böckmann**

40 Jahre Städtepartnerschaft
Akko – Recklinghausen

Wie sinnvoll ist es eigentlich, an einer Partnerschaft festzuhalten, die zwei Städte in Deutschland und Israel vor 40 Jahren besiegelt haben? Für den Recklinghäuser Bürgermeister Christoph Tesche steht fest: „An der Verbindung gibt es nichts zu rütteln. Sie ist in vier Jahrzehnten stetig mit Inhalt gefüllt worden, Menschen sind sich begegnet, Freundschaften sind entstanden und vor allem das Verständnis für die jeweilige Situation des Anderen gewachsen", sagte das Stadtoberhaupt der Kommune im nördlichen Ruhrgebiet.

Da hält es Tesche mit dem verstorbenen Alt-Bundespräsidenten Johannes Rau. Der hatte in einem Buch, das die Stadt Recklinghausen zum 20-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft mit dem Titel „Suchet der Stadt Bestes" herausgebracht hatte, geschrieben: „Dort, wo man Freunde hat, sind einem das Land und seine Menschen nicht gleichgültig. Unsere Beziehungen zu Israel müssen auch in Zukunft besondere Beziehungen sein, weil es für uns Deutsche gegenüber Israel keine „Neutralität des Herzens" geben darf, wie es Willy Brandt einmal gesagt hatte." Es genüge nicht, dieses nur in Reden und Erklärungen zu sagen. „Es muss vielmehr gelebte Wirklichkeit sein. Dafür müssen sich immer wieder die Menschen begegnen. Vor allem die jungen Menschen", schrieb Rau.

Die Verbindung mit Akko ist nicht die einzige Städtepartnerschaft, die Recklinghausen pflegt. Enge Kontakte gibt es auch zu Dordrecht (Niederlande), Douai (Frankreich), Preston (England), Bytom (Polen) und Schmalkalden (Thüringen). „Jede einzelne Partnerschaft ist uns wichtig, doch die Verbindung mit Israel ist etwas ganz Besonderes", betonte Tesche, der erst im Mai 2018 mit einer großen Delegation des Rates und der Verwaltung in Akko zu Gast war, um dort an den Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen teilzunehmen und das Heilige Land zu bereisen.

Es war nicht die erste Reise von Tesche nach Israel. „Es ist ein Land, in dem die Extreme tatsächlich aufeinanderprallen. Auch wenn man das natürlich aus Medienberichten weiß, ist die Wirkung tatsächlich eine andere, wenn man die ganz besondere Situation vor Ort erlebt", erklärte Tesche. Was für ihn die Städtepartnerschaft ausmacht: „Unter Freunden, die sich gegenseitig vertrauen, ist es auch möglich, kritische Fragen anzusprechen. Regelmäßige Kontakte öffnen den Blick für andere Perspektiven", sagte Recklinghausens Bürgermeister.

Und so war der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern dann auch Thema beim Treffen der Delegation aus Recklinghausen mit Akkos Bürgermeister Shimon Lankri. Der vertrat ganz offensiv die Politik von Premier Benjamin Netanjahu. Und so mancher Ratsherr oder Ratsfrau geriet ins Grübeln, wenn Lankri erklärte: „Die Europäer machen leider immer wieder die gleichen Fehler. Sie haben aus der Vergangenheit nichts gelernt", sagte dieser mit Blick auf die Diskussion über das Atomabkommen mit dem Iran. Er skizzierte eindrucksvoll wie sich die Israelis fühlen: „Von Feinden umzingelt, die internationale Presse berichtet leider sehr einseitig über den Konflikt in unserem Land und der Region."

Tesche ist nach mehreren Besuchen in Israel allemal bewusst, dass dort Auswüchse von Rechtsextremismus und Antisemitismus, die gerade in jüngerer Vergangenheit in Deutschland leider immer wieder auch international für Schlagzeilen sorgen, auch bei den Freunden im Heiligen Land Ängste und Sorgen auslösen. „Umso wichtiger ist es, dass wir in dieser Frage ganz klar Stellung beziehen. Es dürfen erst gar keine Unklarheiten oder Irritationen entstehen. Meine Entschiedenheit, gegen jegliche Ansätze von Rechtsextremismus vorzugehen, ist durch meine Reise nach Israel noch größer geworden", bekräftigt Tesche. „Das sind wir unseren Freunden in Akko, aber auch uns selbst, schuldig", ist Recklinghausens Bürgermeister überzeugt.

In der Stadt Recklinghausen gibt es seit Jahrzehnten eine ausgeprägte Kultur des Gedenkens und Erinnerns. „Dass sich diese so nachhaltig entwickelt hat, ist sicher auch ein Resultat unserer intensiven Verbindungen mit Akko. Mir sind die Aktivitäten unseres Bündnisses für Toleranz und Zivilcourage eine echte Herzensangelegenheit", sagte Tesche.

Das ganze Jahr über finden in Recklinghausen Veranstaltungen statt. Die Palette reicht vom Konzert, über Vorträge bis hin zur Lesung. Drei Termine sind fest im Kalender verankert: Zum Holocaust-Gedenktag wird in jedem Jahr von einer anderen Schule der Stadt ein Projekt durchgeführt. Immer am ersten Sonntag im November findet auf dem Friedhof der Jüdischen Kultusgemeinde ein Gedenktag für die Holocaust-Opfer aus Recklinghausen statt. Die meisten von ihnen wurden von den Nazis nach Riga deportiert und umgebracht. Ebenfalls im November wird bei einer öffentlichen Veranstaltung an einem Mahnmal in der Altstadt an die Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 erinnert.

Ziel der Städtepartnerschaft mit Akko sei nicht das Vergessen. Tesche: „Je mehr wir voneinander wissen, umso stärker wächst das neue Miteinander. Diese Erfahrungen haben in den vergangenen 40 Jahren viele Recklinghäuser, aber auch ich persönlich gemacht." Tatsächlich verliefen die Kontakte zwischen den Städten gerade in der Anbahnungsphase keineswegs nur reibungslos.

Als am 17. September 1978 in der Kreuzfahrerburg von Akko durch die damaligen Bürgermeister Israel Doron und Erich Wolfram die Städtepartnerschaft mit den Unterschriften auf der Urkunde besiegelt wurde, trafen sich die Delegationen anschließend nicht zum gemütlichen Beisammensein, wie das heutzutage üblich ist. „Es wurde getrennt gespeist", heißt es in einem Bericht einer Lokalzeitung über den Festakt. Und so mancher Zeitgenosse konnte sich angesichts der Geschichte der Verfolgung und Vernichtung Menschen jüdischen Glaubens durch Nazi-Deutschland nur sehr schwer vorstellen, dass sich die Städtepartnerschaft zwischen Recklinghausen und Akko so erfreulich entwickeln sollte.

„Mir ist auch durch die Gespräche in Israel deutlich geworden, welch großer Schritt es für Israelis gewesen sein muss, ja zu sagen zu einer solchen Verbindung", sagte Tesche. Regelmäßig empfängt er im Recklinghäuser Rathaus auch Jugendgruppen, die im Rahmen des lebendigen Austauschs zwischen beiden Städten zu Gast im Ruhrgebiet sind. „Es ist auch für mich immer wieder toll zu erleben, wie unkompliziert die jungen Menschen aufeinander zugehen, miteinander ins Gespräch kommen und so Freundschaften wachsen, die über Jahre halten. Diese Form der gelebten Städtepartnerschaft ist tatsächlich unbezahlbar", ist Tesche überzeugt.

Der Ratsdelegation, die sich im Mai 2018 auf den Weg in die Partnerstadt machte, gehörten auch viele Kommunalpolitiker an, die erstmals Israel bereisten. Zu ihnen zählt auch Erich Burmeister. „Ich habe unfassbar viele Eindrücke gesammelt. Was mir in Akko sofort ins Auge gefallen ist, waren die zahlreichen Moscheen. Schon am ersten Abend haben wir dann den Ruf des Muezzin gehört. Meine spontane Reaktion war: Es geht doch, das friedliche Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen. Umso unverständlicher ist für mich das Theater, das in Deutschland immer wieder um den Neubau einer Moschee gemacht wird."

Was ist ansonsten haften geblieben? „Jerusalem hätte ich mir nicht so groß vorgestellt. Und die Extreme, die dort aufeinanderprallen, habe ich mir so auch nicht ausgemalt. Insbesondere gilt

das für die Begegnungen, die wir an der Klagemauer mit orthodoxen Juden hatten", sagte Burmeister. Unvergessen bleibt für ihn auch der Aufenthalt in Tel Aviv. „Ich hätte niemals gedacht, eine solch weltoffene, moderne und tolerante Metropole in Israel erleben zu können. Das hat mich wirklich total überrascht", bekannte der Vorsitzende der Linke-Fraktion im Rat der Stadt.

Burmeister hat aber nicht nur Eindrücke gesammelt, sondern auch Anregungen für die konkrete politische Arbeit vor Ort mitgenommen. „Eigentlich müssen wir die Städtepartnerschaft noch weiter intensivieren. Der Jugendaustausch sollte dabei Priorität haben. Auch wenn das natürlich mit Kosten verbunden ist."

Schulter an Schulter stand Burmeister an der Klagemauer in Jerusalem übrigens mit Udo Schmidt. Der Fraktionschef der FDP im Recklinghäuser Rat bekannte ganz offen, dass das Bild, welches er von Israel vor der Reise hatte, durch den Aufenthalt komplett über den Haufen geworfen wurde. „Ich dachte, ich wüsste einiges über das Land. Tatsächlich wusste ich aber nichts", sagte Schmidt. Vor allem sei ihm dies bewusst geworden, als die Recklinghäuser Reisegruppe mit dem Bus entlang der Grenzmauer zum Westjordanland gefahren sei. „Das war für mich sehr beklemmend."

Noch mehr habe ihn aber der Besuch in der Gedenkstätte Yad Vashem beeindruckt. „Dort hatte ich beim Gang durch die Ausstellung und während der Ausführungen der Museumsmitarbeiterin feuchte Augen. Das hat mich unglaublich getroffen." Als befremdlich hat Schmidt die Begegnung mit orthodoxen Juden empfunden. „Sich den ganzen Tag mit der heiligen Schrift zu beschäftigen, und das ein Leben lang. Das ist für uns nur schwer vorstellbar." In anderem Licht erscheint für Schmidt die sicherheitspolitische Situation Israels. „Ein Land, das von Feinden umzingelt ist, muss sich natürlich schützen. Auch das ist mir durch die Reise bewusster geworden."

Der FDP-Politiker machte sich mit der Erkenntnis auf den Heimflug, „dass Städtepartnerschaften ein wichtiges Instrument der Völkerverständigung sind. Sie bieten ideale Plattformen, um Demokratie von unten zu leben. Wirklich einander verstehen können Menschen nur, wenn sie sich auch begegnen", ist Schmidt überzeugt.

Das sieht der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank Cerny, für den die Reise nach Israel ebenfalls eine Premiere war, nicht anders. „Ich kann Israel und das besondere Verhältnis des Lands zu seinen Nachbarn nach den vielen Gesprächen die wir geführt haben, jetzt eindeutig besser verstehen. Auch wenn eine Lösung aktuell nicht in Sicht ist, gebe ich die Hoffnung nicht auf, dass sich der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern entspannt." Die Gedenkstätte für die ermordeten Kinder in Yad Vashem und der Besuch an der Klagemauer werden ihm im Gedächtnis bleiben. Bestärkt sieht sich der Sozialdemokrat in seinem Vorhaben, einen Beitrag zur Stärkung und Intensivierung der Städtepartnerschaft zu leisten. „Wir haben zum Beispiel in Recklinghausen die Westfälische Hochschule. Es macht Sinn, auch auf dieser Ebene neue Kontakte anzubahnen."

Erstmals zu Gast in Israel war auch Marita Bergmaier. Die Vize-Bürgermeisterin der Stadt Recklinghausen aus Reihen der CDU zeigte sich beeindruckt. „Es ist wirklich unglaublich, was die Menschen aus ihrem kleinen Land gemacht haben, was dort auch technisch auf die Beine gestellt wurde", sagte sie beim Besuch der Golanhöhen, während der Reiseführer der Gruppe die aufwändigen Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft erklärte. „Die ständige Bedrohung von außen, hat offenbar auch zu einem besonders ausgeprägten Gemeinschaftsgefühl der Bürger geführt. Das war für uns in den vielen Gesprächen deutlich spürbar. Dass Juden aus aller Welt im Staat Israel tatsächlich immer willkommen sind, hat mich beeindruckt." Und auch Bergmaier staunte über die extremen Gegensätze. „Einerseits haben wir eine orthodoxe Gesellschaft, wie sie in Jerusalem an vielen Stellen das Straßenbild prägt, erlebt, dann aber auch das weltoffene, liberale, moderne und tolerante Tel Aviv gesehen", sagte die Vize-Bürgermeisterin. „Zur Realität gehören aber leider auch die Siedlungen der Palästinenser. Ich war erschrocken, unter welchen Bedingungen Menschen dort leben. Auch das hat meine Sichtweise auf Israel verändert."

Einen kleinen Mosaikstein zum Frieden kann die Städtepartnerschaft von Recklinghausen und Akko nach Überzeugung von Rita Nowak liefern. Die Ratsfrau der Partei Bündnis90/Die Grünen ist bereits weit in der Welt herumgekommen. „Mich hat die Gastfreundschaft, die uns entgegengebracht wurde, besonders begeistert", sagte die Ratsfrau. „Bei all den Konflikten, die es gibt, ist es dennoch erstaunlich, wie die unterschiedlichen Religionen dann doch wieder friedlich nebeneinander existieren können." Beeindruckt zeigte sich Nowak, die auch Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Lesbenpolitik ihrer Partei ist, von der Toleranz, die sie in Tel Aviv erlebte. „Da gehören die Regenbogenfahnen tatsächlich zum Straßenbild." Akko und Recklinghausen seien auch weiterhin gut beraten, den Schwerpunkt der Städtepartnerschaft im Bereich des Jugendaustausches zu legen. „Solange junge Menschen miteinander reden, sich austauschen, wächst die Akzeptanz für das Anderssein und es gibt keine Konflikte", betonte Rita Nowak. Das dürfte Michael Rembiak gerne hören. Er ist Schulleiter des Gymnasiums Petrinum, das bereits vor 20 Jahren eine Partnerschaft mit der „Terra Santa School" besiegelte. „Alle zwei Jahre besuchen sich Gruppen unserer Schulen gegenseitig. 2019 ist der nächste Austausch geplant", berichtete der Direktor. Das ist beiden Schulen wichtig. Die Schüler sind im Rahmen des Austausches stets in Gastfamilien untergebracht. So lernen sie am ehesten das „normale" Leben kennen. Wie nachhaltig diese Schulpartnerschaft ist, erlebte Rembiak selbst bei einem Gang durch die arabisch geprägte Altstadt von Akko. Als die Inhaberin eines Andenkenladens auf dem arabischen Basar eher zufällig mitbekam, wer da vor ihr stand, war sie kaum zu halten. Ihre Tochter hatte 2014 als Schülerin der „Terra Santa School" Recklinghausen besucht. Eine Reise, die offenbar in bester Erinnerung geblieben ist. „Die Liebe und Zuneigung, die mir und meinen Begleitern bei dieser Begegnung entgegengeschlagen ist, war das Faszinierendste, was ich während unseres Aufenthaltes in Israel erlebt habe", bekannte Rembiak. Solche Erlebnisse sorgen für Gewissheit, dass sich Aufwand und Arbeit, mit denen eine Schul- und Städtepartnerschaft natürlich auch verbunden ist, tatsächlich lohnen.

Bürgermeister Christoph Tesche jedenfalls ist fest entschlossen, die Städtepartnerschaft mit Akko auch weiter aktiv voranzutreiben. „Unsere Demokratien haben ihre Wurzeln in den Kommunen vor Ort. Gegenseitiges Verständnis für die Besonderheiten eines jeden Landes wächst am besten von unten. Natürlich sind auch Treffen auf offizieller Ebene erforderlich, um eine solche Verbindung am Leben zu erhalten. Doch vielmehr kommt es darauf an, dass sich die Menschen auf den unterschiedlichen Ebenen und in vielen Bereichen begegnen. Im Sport, der Kultur, der Bildung oder Schulen", erklärte Tesche.

Die Begegnungen der vergangenen Jahre habe er selbst gemeinsam mit vielen Recklinghäuser Bürgerinnen und Bürgern als echte Bereicherung erlebt. „Ich will mit ganzer Kraft daran mitwirken, dass die Kontakte mit Akko so herzlich und lebendig bleiben, wie sie dies in den vergangenen 40 Jahren waren. Natürlich machen wir keine Weltpolitik. Doch mit der Städtepartnerschaft kann Recklinghausen einen kleinen, aber trotzdem wichtigen Beitrag zu den guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel leisten." ■

Hermann Böckmann, *Jahrgang 1964, ist gebürtiger Recklinghäuser und arbeitet in seiner Heimatstadt seit 1989 als Journalist. In Münster studierte er nach dem Abitur Politikwissenschaft, Germanistik und Soziologie. Mehrfach begleitete er städtische Delegationen bei Reisen in die Partnerstadt Akko, organisierte außerdem selbst einen Austausch mit einer Fußball-Jugendmannschaft der PSV Recklinghausen. Seit dem 1. September 2018 ist er als Pressereferent Leiter der Stabstelle Kommunikation und Medien bei der Stadt Recklinghausen.*

20 JAHRE LEHRERFORTBILDUNG

TEXT ■ Ulrike Schneider-Müller

„Erziehung nach Auschwitz“

Wie eine gelungene Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und der International School for Holocaust Studies, Yad Vashem Unterricht und Schulleben nachhaltig bereichern kann

Seit 20 Jahren verantwortet und organisiert die Bezirksregierung Münster federführend für das Land Nordrhein-Westfalen eine Fortbildungspartnerschaft mit der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.

Der Erfolg der Fortbildung „Erziehung nach Auschwitz“ lässt sich nicht nur an den hohen Bewerberzahlen ablesen, sondern auch an den vielen herausragenden Unterrichtsvorhaben, die im Anschluss an die Fortbildung in den Schulen durchgeführt und fest in den Schulprogrammen verankert worden sind.

Zur Genese der Fortbildung

Ihren Ursprung hatte die Fortbildung „Erziehung nach Auschwitz“ im Jahr des 50- jährigen Jubiläums der Staatsgründung Israels. Aufgabe und Ziel dieses Seminars sollte es ein,

- das Wissen über den Holocaust zu vertiefen,
- die Bedeutung des Erinnerns zu fördern,
- die Werteorientierung in der Erziehung zu steigern, die Lehrkräfte zu einer intensiveren Behandlung mit Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu befähigen und
- Authentizität und Konkretheit zur besseren Umsetzung exemplarisch erfahrbar zu machen.

Fast 500 Lehrerinnen und Lehrer haben seitdem in einer zweiwöchigen Fortbildungs- und Seminarreise Israel, die Gedenkstätte und den Campus Yad Vashem sowie den biographiebezogenen Ansatz des pädagogischen Konzeptes der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem kennen- und für ihren Unterricht schätzen gelernt.

Gedenkstätte Yad Vashem

Der Name der Gedenkstätte, die 1953 gegründet wurde, bezieht sich auf den Psalm aus Jesaja, 56:5: „Und denen will ich in meinem Haus und in meinen Mauern ein Denkmal (Yad) und einen Namen (Shem) geben; einen ewigen Namen, der nicht vergehen soll.“ Dieser Name ist maßgeblich und handlungsleitend für das Programm der International School for Holocaust Studies (ISHS): den Menschen einen Namen zu geben. In der Hall of Names findet dieses Konzept seine museumsdidaktische Umsetzung: den Opfern der Shoah wird ein Gesicht gegeben. Dies betonte auch der damalige Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Rede am 4. März 2014 zum Festakt 60 Jahre Yad Vashem in der Deutschen Oper Berlin: „Es ist das große Verdienst von Yad Vashem, die meisten Ermordeten der Anonymität entrissen zu haben. Vier Millionen haben ihre Namen zurückerhalten, ihre Gesichter, ihre Biografien, ihre Identität als menschliche Wesen. Yad Vashem hat den letzten Wunsch eines Mannes aus Wilna erfüllt, der 1941 in den Tod geschickt wurde: „Ich möchte,“ – so schrieb er in einem Brief – „dass sich jemand erinnern wird, dass einst ein Mensch gelebt hat, der David Berger hieß.“

Zum pädagogischen Konzept

„Die Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmer lernen in Yad Vashem einen Zugang zum Thema kennen, der die Erfahrungswelt der jüdischen Opfer vor, während und nach dem Holocaust in das Zentrum stellt. So wird ein multiperspektivischer Zugang zum Thema Holocaust im Unterricht erarbeitet, der die Lernenden dabei unterstützt, den Holocaust als Katastrophe der Menschheit zu verstehen – ein Ereignis, das Menschen erdacht und durchgeführt haben, und das von Menschen erlitten wurde,“ so Dr. Noa Mkayton, Stellvertretende Leiterin der Europäischen Abteilung der International School for Holocaust Studies.

Das pädagogische Konzept der International School for Holocaust Studies legt den Focus auf das Einzelschicksal und ermöglicht so die Beschäftigung mit einem Individuum, einem konkreten einzelnen Menschen, die oder der den Holocaust erlebt und vielfach nicht überlebt hat. Auf diese Weise kann man der um sich greifenden Distanz und Ablehnung bei der Behandlung des Themas begegnen. Zudem können ausgehend von Einzelschicksalen übergreifende Themen wie Ausgrenzung, Emigration und Fremdenfeindlichkeit bearbeitet werden.

Zu dem biographiezentrierten Ansatz, der aus Opfern Menschen macht, ist in den vergangenen-Jahren vermehrt die Vielfalt der Handlungsoptionen in den Blick genommen worden: Mensch, was tust du? Da Geschichte immer das Ergebnis menschlicher Entscheidungen ist, wird auch den Schülerinnen und Schülern für ihr eigenes Leben klar: Ich kann (und muss) mich entscheiden. Der israelische Historiker Yehuda Bauer kleidete dies in seiner großen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Januar 1998 in drei Gebote: „Du, deine Kinder und Kindeskinder sollen niemals Täter werden. Du, deine Kinder und Kindeskinder dürfen niemals Opfer sein. Du, deine Kinder und Kindeskinder sollen niemals, aber auch niemals passive Zuschauer sein.“

Darüber hinaus gehört es zum pädagogischen Konzept das Leben der Menschen vor und auch das Weiterleben nach der Shoah sichtbar zu machen und jüdisches Leben nicht nur mit dem Thema Shoah zu verknüpfen. Die in deutschen Schulbüchern zumeist vorzufindenden Quellen sind häufig Dokumente der Täterperspektive; dagegen stellen Egodokumente die authentische eigenständige Sicht der Opfer dar. „Den Schülern soll deutlich werden, dass jeder Mensch an vielen Punkten seiner Lebensgeschichte die Wahl hat, sich so oder anders zu entscheiden. Ziel der Beschäftigung mit den Tätern und Zuschauern ist also, die Schüler zum Hinschauen, Einmischen und Helfen zu ermutigen“ (www.yadvashem.org). Dieses multiperspektivische Vorgehen stellt Entscheidungs- und Handlungsoptionen in den Vordergrund, erschließt relevante Einsichten für unser gegenwärtiges Leben: Erkennen des eigenen Handlungsspielraumes und die Übernahme der Verantwortung für das eigene Handeln.

„Der pädagogische Ansatz von Yad Vashem, jedem Opfer einen Namen und ein Gesicht zu geben, ist ein Leitfaden meiner zukünftigen Arbeit zum Thema Holocaust und ich nehme ihn als nachdrücklichen Auftrag mit. [...] Geschichte ist nicht irgendetwas, was „oben“ gemacht wird und „unten“ ausgehalten werden muss, sondern Geschichte ist zu verstehen als Ergebnis von Entscheidungen – persönlichen Entscheidungen, die unter bestimmten individuellen Bedingungen getroffen werden. Entscheidungen haben immer Konsequenzen. Diese Gedankengänge werde ich noch stärker den jungen Leuten nahebringen, damit sie ein wichtiges Handwerkszeug zur Gestaltung ihrer Zukunft an die Hand bekommen.“ (Teilnehmer aus dem Jahr 2012)

Durch historisches Lernen wird als relevante Einsicht für unser gegenwärtiges Leben die Eigenverantwortlichkeit als Grundprinzip menschlichen Handelns erschlossen und die Erkenntnis gewonnen diese auf die heutige Gesellschaft zu übertragen.

Hier schließt sich der Kreis: In einer Erziehung nach Auschwitz steht der Mensch im Mittelpunkt, der Mensch, dem der Name, das Gesicht zurückgegeben wurde – Yad Vashem –, mit dessen persönlicher Welt sich die Lehrerinnen und Lehrer beschäftigen. Auch die Lehrenden stehen als Person vor ihren Schülerinnen und Schülern, mit ihren ganz persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen. Gerade bei einem so existentiellen und so verstörenden „Thema“ wie der Shoah sind sie über ihre pädagogische und didaktische Qualifikation gerade hier auch persönlich gefordert.

„Dieses Seminar hat nicht nur meine Art und Weise, die Shoah zu unterrichten, verändert, sondern auch meine Persönlichkeit weiterentwickelt.“ (Teilnehmer aus dem Jahr 2016)

Der Seminaraufbau

Das intensive Programm mit unseren Partnern der deutschsprachigen Abteilung der International School for Holocaust Studies (ISHS) Yad Vashem umfasst sowohl die Thematik der Shoah, das Kennenlernen der Gedenkstätte mit Museum, Campus und weiteren Einrichtungen als auch die Vermittlung des didaktischen Konzepts der ISHS mit Kennenlernen und Reflektieren von in Yad Vashem entwickelten Unterrichtsmaterialien. Heute ist der Austausch von pädagogischen und didaktischen Ansätzen und die gemeinsame Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien ein unverzichtbarer Bestandteil der Fortbildung.

„Ich bin von großer Dankbarkeit erfüllt, hier gewesen sein zu dürfen. Es waren sehr intensive Tage. Die Perspektiven, die ich hier kennenlernen durfte, waren und sind eine große Bereicherung – sie zeigen doch die eigene Fehlbarkeit beim Urteilen." (Teilnehmerin aus dem Jahr 2017)

Neben den Seminartagen mit Vorlesungen und Workshops in Yad Vashem zu den unten stehenden Themenbereichen runden ein Besuch des Holocaust Museums in Israel im GhettoFightersHouse Lohamei Haghetaot mit seinem pädagogischen Programm und des Zentrums für Humanistische Erziehung sowie des Jüdisch-Arabischen Friedenszentrums Givat Haviva das Fortbildungsprogramm ab:

- Erinnerung an die Shoah in Yad Vashem und das jüdische Leben in der Vorkriegszeit
- Die jüdische Perspektive als Teil des Unterrichts über die Shoah
- Biografisches Arbeiten als grundlegender methodologischer Ansatz
- Treffen mit Shoahüberlebenden
- Die Shoah als Ergebnis menschlichen Handelns – Unterrichten der Shoah aus verschiedenen Perspektiven
- Umgang mit heutigen Herausforderungen während des Unterrichts über die Shoah
- Der Einfluss von Verfolgung und Völkermord auf die israelische Gesellschaft und das Individuum
- Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entgegentreten

Die Rückmeldungen der Seminarteilnehmenden sind ausgesprochen positiv. Sie bewerten das Seminar als sehr hilfreich für die unterrichtliche Umsetzung der Shoah und der Entwicklung einer dem Anliegen der Schülerschaft und der Schule ausgerichteten Erinnerungskultur. Das positive Echo mündet in einer Fülle von intensiven, nachhaltigen und kreativen Unterrichtsaktivitäten.

- Zeitzeugen bzw. Zweitzeugen oder Erinnerungspaten in die Schule einzuladen
- Eine intensive Zusammenarbeit mit Gedenkstätten, Museen … im Rahmen von Bildungspartnerschaften
- Schulpartnerschaften mit Yad Vashem
- Internetpräsentationen von lokalen Forschungsprojekten
- Gestalten von Gedenktagen an Schulen
- Erarbeiten von Ausstellungen, Theaterstücken …
- Verlegung und biographische Arbeit im Rahmen des Projektes „Stolpersteine"
- Erarbeitung von überregional verwendbaren Unterrichtsmaterialien

Die nachhaltige Wirkung der Fortbildung „Erziehung nach Auschwitz" zeigt sich an Projekten, die aufbauend auf dem pädagogischen Konzept der ISHS und entsprechend der Kernlehrpläne des Landes NRW entwickelt wurden.

Das hohe Engagement und die ausgesprochenen Expertise der teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen sind eine wichtige Voraussetzung für das gute Gelingen des Seminars, das ausschließlich in den Ferien stattfindet.

Die teilnehmenden Lehrkräfte werden intensiv auf das Seminar vorbereitet.

In einem Nachbereitungsseminar werden Erfahrungen ausgetauscht, erprobte Unterrichtsvorhaben vorgestellt, die Entwicklung von gemeinsamen Unterrichtsprojekten und eine weitere Zusammenarbeit verabredet. Desweiteren sind Studientage, Vernetzungstreffen und eine Internetplattform entstanden, die das Netzwerk der Fortbildungsteilnehmenden über die Jahre lebendig halten.

Das Netzwerk

Eine Möglichkeit der weiteren Zusammenarbeit mit ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bietet die seit 2011 von Yad Vashem mit einem anderen Partner im Bereich der Gedenkstätten im deutschsprachigen Raum ausgerichteten Netzwerkseminare, wie z.B. in der Gedenkstätte Belower Wald oder bei der Firma Topf und Söhne in Erfurt.

Seit März 2013 besteht für unsere Seminarabsolventinnen und -absolventen die Möglichkeit, zwischen ihrer Schule und der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem eine Schulpartnerschaft einzugehen. Vier Schulen aus der NRW sind bisher Partnerschulen des German Desk der International School for Holocaust Studies Yad Vashem.

Zur weiteren Förderung des Austausches der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden alle vier Jahre Studientage an wechselnden Austragungsorten stattfinden. Neben einem fachlichen Input haben die Teilnehmenden die Möglichkeit an einem breit gefächerten Angebot von Workshops teilzunehmen, in denen ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Unterrichtsprojekte vorstellen und zur Diskussion stellen.

Der Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster, veranstaltet in Kooperation mit dem Projekt „Erziehung nach Auschwitz" seit mehreren Jahren eine Lehrerfortbildungsreihe mit dem Titel „Yad Vashem Lectures", zu der regelmäßig auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Yad Vashem zu den Vortragenden gehören.

Alle Informationen zur Fortbildung werden über die geschützte Internetplattform „Erziehung nach Auschwitz" vermittelt. Desweiteren vernetzt sie die Kolleginnen und Kollegen miteinander: Gelungene, wegbereitende Projekte werden dokumentiert und Unterrichtsentwürfe geteilt. Veranstaltungshinweise, Leseempfehlungen und Hinweise auf Fortbildungen sowie ein Blog der Fortbildung in Yad Vashem runden das Netzwerk ab.

Auch auf der Seite der Projektverantwortlichen besteht seit 2014 eine Vernetzung: die Seminarverantwortlichen der deutschsprachigen Länder kommen alle 2 Jahre zu einem Austausch zusammen.

Ausblick

Das Land NRW ist mit seinem Projekt „Erziehung nach Auschwitz" Vorreiter und Wegbereiter für andere deutsche Bundesländer gewesen.

Die in 20 Jahren gewachsene Partnerschaft bietet in den nächsten Jahren die beste Voraussetzung vielen weiteren Lehrkräften eine Seminarteilnahme zu ermöglichen und eine erfolgreiche Erziehungsarbeit im Bereich der Holocaust-Erziehung und der Erinnerungsarbeit zu leisten.

Nur durch eine gut fortgebildete, interessierte und engagierte Lehrerschaft, und ihr Vermögen eine fundierte Erinnerungsarbeit an neue Generationen von Schülerinnen und Schülern weiterzugeben, kann ein erfolgreicher Beitrag gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit erwachsen. ■

Ulrike Schneider-Müller, *Fachleiterin in der Bezirksregierung Münster, koordiniert und organisiert die landesweite Fortbildung „Erziehung nach Auschwitz".*

TEXT ■ Nir Lasri

Ein jüdischer Israeli IN DEUTSCHLAND

Seit fünf Jahren lebe ich nun in Deutschland und habe es nie bereut, hierher gekommen zu sein. Es war die Liebe zu meiner Frau, die mich herführte und mir die Türe in ein völlig fremdes Land öffnete. Ich möchte hier von meinen Erfahrungen als Ausländer, als Israeli und vor allem als Jude in Deutschland erzählen.

Sprache lernen

„Du wirst niemals wie ein Deutscher sein" war die Antwort eines Bekannten, der seit über 40 Jahren in Deutschland lebt, auf meinen Wunsch, einmal so gut Deutsch zu sprechen wie ein Muttersprachler. Dieser Ausspruch hat mich in den vergangen fünf Jahren begleitet, doch mit dem Glauben an mich und meine Vision versuche ich, die vielen Schwierigkeiten zu überwinden. Die deutsche Sprache zu lernen war eine der größten Herausforderungen, aber gerade dadurch wurde mir ein neuer Blickwinkel auf den gegenwärtigen Antisemitismus in Deutschland ermöglicht.

Regionale Ausprägungen

Mein erster Wohnort in Deutschland war die schöne Stadt Oberursel im hessischen Hochtaunus. Von Anfang an war mir klar: Um in Deutschland selbstständig sein zu können, muss ich mich hier so schnell wie möglich integrieren. Das monatelange, intensive Lernen an der Sprachschule in Frankfurt am Main öffnete mir verschiedene Türen. Ich bekam die Möglichkeit mich weiterzubilden und deutsche Traditionen verschiedener Regionen kennenzulernen. Allerdings hatte das nicht nur positive Seiten: Während ich viel über regionale Bräuche entdeckte, lernte ich leider auch die unterschiedlichen regionalen Ausprägungen von Antisemitismus kennen.

Um mich in die Arbeitswelt zu integrieren, beschloss ich, eine Ausbildung zu absolvieren. An meinem Arbeitsplatz traf ich jemanden, der mit mir über die politische Situation in Deutschland und die sogenannten Wahrheiten über die Welt sprechen wollte, was seiner Meinung nach auch die Herrschaft der Juden einschloss. Dazu muss ich sagen, dass ich weder aus meiner israelischen Staatsbürgerschaft noch aus meinem Jüdisch-Sein ein Geheimnis mache. Heute weiß ich, dass jener Kollege Anhänger der Reichsbürgerbewegung war. Dort herrscht die Vorstellung von der sogenannten Weltherrschaft der Juden. Ich denke nicht, dass er mich körperlich verletzt oder als Menschen nicht respektiert hätte, aber Antisemitismus bedeutet eben mehr als „nur" körperliche Gewalt. Mehr über Antisemitismus in Deutschland sollte ich auf meiner nächsten Station erfahren.

Weihnachtsmarkt in Magdeburg

Der Liebe wegen verließ ich Frankfurt, verabschiedete mich von dem Gedanken, meine Ausbildung in Frankfurt zu absolvieren, verließ Hessen und zog nach Sachsen-Anhalt. An der Universität in Magdeburg begann ich Sozialwissenschaften zu studieren. An einem Dezemberabend verließ ich nach einem Tag intensiven Lernens die Universitätsbibliothek und nahm den Zug, der mich an den vielen kleinen Ortschaften vorbei nach Hause brachte. Viele Mitreisende hatten auf dem Weihnachtsmarkt dem Glühwein zugesprochen und waren betrunken. Als sich einer der Jugendlichen von seinen Freunden verabschiedete, zeigte er den Hitlergruß und rief: „Schnell ins Gas". Ich traute mich nicht, etwas dazu zu sagen und verhielt mich unauffällig; im Zug wusste niemand, dass ich jüdisch bin.

Reformationsland Mitteldeutschland

Mitteldeutschland hat eine ganz eigene religiöse Geschichte. Weder die Reformation noch die Person Martin Luthers waren mir als jüdischem Israeli bekannt. Erst durch den Feiertag am 31. Oktober erfuhr ich von Luther und der Bedeutung seiner Reformen für das Christentum.

In der Nähe einer evangelischen Kirche von Walternienburg kam ich ins Gespräch mit einer gläubigen alten Dame. Sie wusste, dass ich Jude bin, und war mir gegenüber trotzdem sehr freundlich und respektvoll. Im Verlauf des Gesprächs sagte sie: „Ich weiß, dass Luther die Juden gehasst hat, aber warum? Warum?" Eine Antwort hatte ich nicht. Warum werden Juden gehasst? Auch heute habe ich keine Antwort auf diese Frage.

Während meines Studiums in Magdeburg kam ich auch mit Kommilitonen immer wieder auf dieses Thema zu sprechen. Einmal diskutierten wir über Luthers Judenhass, als der Kommilitone grinsend sagte: „Luther versuchte das Judentum zu reformieren. Nach dem gescheiterten Versuch begann er dann die Juden zu hassen." Frei nach dem Motto: Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich.

Luthers Antijudaismus ist nur eine von vielen Formen. Allerdings muss ich sagen, dass der Antijudaismus in Mitteldeutschland, dem Geburts- und Wirkungsort Martin Luthers, wo das christliche Evangelium, welches von Nächstenliebe, Vergebung und gegenseitiger Annahme spricht, eine sehr deutliche Prägung fand – obwohl heute in diesem Teil Deutschlands ein großer Anteil der Bevölkerung atheistisch ist.
Antisemitische Äußerungen höre ich selbst eher selten und denke, es handelt sich schlicht und einfach um Ignoranz. Viele Jugendliche wissen heute nicht um die Geschichte der deutschen Juden; für sie ist das Wort „Jude“ mit Verschwörungstheorien konnotiert.

Taten der Erinnerung

Ich besuchte den jüdischen Friedhof in Magdeburg mit einer Gruppe der örtlichen Deutsch-Israelischen Gesellschaft, deren Mitglied ich bin. Erstaunlich, wie viel an jüdischer Geschichte in Deutschland dort zu sehen ist. Wirtschaftsaufschwünge sind hier genauso zu erkennen wie die damals hohe Kindersterblichkeit und der Erste Weltkrieg. Erst dort habe ich erfahren, dass so mancher deutsche Jude damals „unser Vaterland verteidigte“, wie es auf den Grabsteinen steht. Dass die jungen jüdischen Männer genauso große Opfer gebracht haben wie die nicht-jüdischen, ist ein Fakt, stoppt aber leider nicht die Prügeleien im Wohnhaus gegenüber des Friedhofs.
Es ist so wichtig, dass man sich an das Vergangene erinnert und aus der Geschichte lernt! Aus diesem Grund nahm ich auch an der Stolpersteinputzaktion in Dessau-Roßlau teil. Als ich also an einem schönen, kalten Tag einen Stolperstein in der Stadt Dessau putzte, rief mir ein älterer Herr zu: „Was machen Sie denn da? Hoffentlich kriegen Sie für Ihre Putzerei etwas von der Stadt”. Ich lächelte ihm zu, widmete mich ihm aber nicht weiter. Denn für mich ist selbstverständlich: Die Erinnerung an die damaligen jüdischen Bürger ist mit Geld nicht zu ermessen. Die deportierten und meist ermordeten Juden verdienen diese ständigen Taten der Erinnerung. So können, hoffe ich, die Worte „Nie wieder” verwirklicht werden. Denn wie sollen es die Menschen ohne Erinnerung erfahren?
In seiner Rede zum Festakt des zehnjährigen Bestehens der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ am 23. Juni 2010 sagte Noach Flug sel. A. (1925-2011), selbst Auschwitz-Überlebender:
„Die Erinnerung ist wie das Wasser: Sie ist lebensnotwendig und sie sucht sich ihre eigenen Wege in neue Räume und zu anderen Menschen. Sie ist immer konkret: Sie hat Gesichter vor Augen und Orte, Gerüche und Geräusche. Sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluss für bearbeitet oder für beendet zu erklären.
Auch deshalb wollen wir als Opfer und sollen wir als Opfer nicht vergessen werden. Auch die heutige und die zukünftige Welt müssen wissen, wie das Unrecht, die Sklaverei der Zwangsarbeit und der Massenmord organisiert wurden und wer die Verantwortlichen dafür waren. Dies soll immer wieder dokumentiert und den jungen Menschen erklärt werden: Zur Erinnerung an uns und unsere ermordeten Angehörigen und zu ihrem Schutz in ihrer Zukunft.“

Den Anfängen wehren

Es ist wesentlich, die Geschehnisse im Dritten Reich in den Köpfen der Menschen zu verankern, um neue Grausamkeiten zu verhindern. Leider erlebe ich immer mehr Menschen, die in der politisch rechten Ecke Möglichkeiten sehen. Ich sorge mich zunehmend um die gegenwärtige politische Stimmung, insbesondere im mitteldeutschen Raum. Ich sorge mich über den Zulauf, den die sogenannte „Neue Rechte“ erhält. In der jüngsten Zeit hat eine breite Masse der Bevölkerung einen gewaltigen Rechtsruck gemacht. Wenn ich am Magdeburger Hauptbahnhof auf meinen Zug warte, sehe ich immer häufiger Jugendliche, die nach Chemnitz zu Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik fahren, als ob es ein bekanntes Rockkonzert wäre. Solche Geschehnisse, nicht nur die von damals, hindern viele Israelis daran, in Deutschland zu leben oder auch nur einmal dorthin zu reisen. Am Holocaust-Gedenktag, der in Israel alljährlich begangen wird, laufen im Fernsehen Bilder und Beiträge von Zeitzeugen und Shoa-Überlebenden. Man hört dabei die deutsch-nationalsozialistische Propaganda, voller Hass, Schreierei und Grausamkeit. Dies alles verbindet sich bei Israelis mit der deutschen Sprache, die sie noch nie im Alltag gehört haben. Als ich meinen Freund in Israel besuchte und wir unter anderem über mein Leben in Deutschland sprachen, wurde er sehr ernst: „Ich kann diese Sprache nicht hören, ich kann es einfach nicht!“. Mein Freund ist ein friedlicher Mensch, der keine Vorurteile gegenüber anderen hat. Doch ist bei ihm wie bei vielen Israelis die Konnotation der deutschen Sprache mit der Grausamkeiten der Shoa tief eingebrannt.

Erinnerungsspuren und Wahrnehmungsmuster überwinden

Mit den oben erwähnten Spuren von Antijudaismus und der Wahrnehmung der Sprache Deutsch teile ich meine persönlichen Erlebnisse als junger jüdischer Israeli in Deutschland mit Ihnen. Nach meiner persönlichen Erfahrung sind aber solche Erinnerungsspuren und Wahrnehmungsmuster überwindbar: Denn die Leute, denen ich hier begegnet bin, respektieren mich völlig in meiner Zugehörigkeit zum Judentum. Nach meiner Überzeugung als jüdisch-israelischer Student der Sozialwissenschaften kann Antisemitismus in Deutschland überwunden werden. Mein Vorschlag wäre, dass wir miteinander ehrliche Diskussionen führen, und zwar in einer „idealen Sprechsituation”, um mit dem Philosophen und Sozialwissenschaftler Jürgen Habermas zu sprechen: mit einer Ehrlichkeit und Authentizität, von der wir alle nur profitieren können. ■

Nir Lasri, *geboren in Holon (bei Tel Aviv, Israel), lebt seit 5 Jahren in Deutschland und studiert Sozialwissenschaften an der Uni Magdeburg. Seit drei Jahren ist er Mitglied der Deutsch Israelischen Gesellschaft in Magdeburg, und absolviert derzeit ein Praktikum beim Deutschen Koordinierungsrat in Bad Nauheim.*

TEXT ■ **Ruth Ceslanski**

Willkommen in der *Stadt der Menschenrechte!*

Nürnberg ist bekannt für seine Bratwürste, Lebkuchen und den Christkindlesmarkt. Eine Stadt zum Wohlfühlen, die eine lange Geschichte aufweist. Sie ist die Geburtsstadt berühmter Persönlichkeiten, Künstler und Denker. Doch hat Nürnberg auch eine sehr unrühmliche NS-Vergangenheit. Während des Nationalsozialismus war sie geprägt von Reichsparteitagen und wurde bekannt als Stadt der Rassengesetze. Doch die Zeiten und das Bewusstsein haben sich geändert und gehören der Vergangenheit an. Als Stadt der Menschenrechte steht Nürnberg heutzutage für Toleranz, Akzeptanz und für Weltoffenheit. Voraussetzung dafür war, dass Nürnberg seine Rolle in der NS-Zeit nicht geleugnet oder ignoriert hat, sondern sich intensiv und kontrovers mit seiner Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Dass die Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des Deutschen Koordinierungsrates im Jahre 2019 nun gerade in Nürnberg stattfindet, zeugt daher von Symbolcharakter.

Dazu zählt selbstverständlich auch der christlich-jüdische Dialog, der mit der Gründung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) in Franken e.V. im November 1950 seinen Anfang nahm und bis heute andauert. Die GCJZ in Franken zählt damit zu den Pionieren der Initiative des Deutschen Koordinierungsrates, Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in ganz Deutschland zu etablieren.

Unsere Ziele – unser Wirken

Die Geschäftsstelle der GCJZ in Franken e.V. befindet sich direkt im Herzen Nürnbergs im Gebäude des Caritas-Pirckheimer-Hauses. Gemeinsam mit vielen engagierten Freunden, Förderern und Mitgliedern in der gesamten Metropolregion – Nürnberg, Fürth, Erlagen, Forchheim, Bamberg und Ansbach – wird jedes Jahr ein breitgefächertes, interessantes und abwechslungsreiches Programm angeboten. So auch zur Woche der Brüderlichkeit 2019. Während des ganzen Jahres finden mehr als 100 verschiedene Veranstaltungen statt, die mit einer großen Themenvielfalt das Jahresmotto „Mensch, wo bist Du? – Gemeinsam gegen Judenfeindschaft" beleuchten und einem interessierten Publikum präsentieren.

Starke Partner – vielfältige Programme

Schon seit jeher pflegt die GCJZ in Franken ein enges Verhältnis zu Nürnberger Bildungseinrichtungen, insbesondere zu den beiden christlichen Akademien – der evangelischen Stadtakademie und der katholischen Bistumsakademie Caritas-Pirckheimer-Haus. Die seit Jahrzenten bewährten Kooperationen umfassen neben klassischen Bildungsveranstaltungen zu grundsätzlichen und aktuellen Themen des christlich-jüdischen Gesprächs bei Vorträgen, Diskussionsforen oder Studientagen auch interkulturelle Dialogformate – wie das 2016 ins Leben gerufene Forum „Christlich-Jüdische Begegnungen" – Exkursionen und Reisen. Durch die Vielfalt der Themen, die Qualität der Referentinnen und Referenten und die Reichweite der Kooperationspartner im kulturell-gesellschaftlichen Bereich leistet die GCJZ Franken einen wichtigen Beitrag zur Bildungslandschaft der Metropolregion.

Holocaust-Gedenkfeier

Jedes Jahr findet die zentrale Gedenkfeier zum Holocaustgedenktag am 27. Januar in der Reformations-Gedächtnis-Kirche in Nürnberg-Maxfeld statt, die in den Zeiten des Nationalsozialismus erbaut und 1938 eingeweiht wurde. Diese historische „Verstrickung" macht sie zum bevorzugten Ort, um an den grausamen Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas zu erinnern. Um das Gedenken an dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte bei jetzigen und zukünftigen Generationen wachzuhalten, bereitet jedes Jahr eine Nürnberger Schule diese Gedenkfeier inhaltlich vor. Dabei erzählen Schülerinnen und Schüler auf vielfältige Weise durch Statements, Gedichte, Interviews, Theaterszenen, Fotos und Videos von ihrer Auseinandersetzung mit der Shoah. Ebenso übernehmen sie auch die musikalische Gestaltung der Feier und entwerfen hierfür das Veranstaltungsplakat. Die organisatorische Verantwortung liegt beim evangelischen Dekanat und dem Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. Getragen wird die Veranstaltung zusätzlich von der Stadt Nürnberg, der katholischen Stadtkirche und der Israelitischen Kultusgemeinde.

Etz-Chaim-Schulpokal – Schulen zeigen Haltung

Einen Pokal, so ist man das gewohnt, bekommt man für einen Sieg oder für eine besondere Leistung. Oder als Anerkennung der Bemühungen. Aber man bekommt ihn auf jeden Fall immer hinterher. Beim Schulpokal „Etz-Chaim" (hebräisch: Baum des Lebens) ist das anders. Die GCJZ in Franken vergibt den Pokal vorab und er wandert jedes Jahr an eine andere Schule. Die Verleihung ist nicht gedacht als Auszeichnung, sondern als Ansporn für das vorausliegende Schuljahr. Die Schülerinnen und Schüler sollen motiviert werden, verschiedenste Projekte rund um den Themenkomplex „Verständigung der Religionen" umzusetzen. Da kann es um die Verständigung zwischen Juden und Christen gehen, den Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsradikalismus oder um das friedliche Zusammenleben der Völker und Religionen. Jeweils Anfang März, in der Woche der Brüderlichkeit, wird einer Schule der Pokal überreicht. Nach einem Jahr präsentieren die Schulen dann, was ihnen zu ihrem Thema eingefallen ist. Das Besondere ist, dass ihr Projekt nach vorne blickt. Der Auftrag ist das Wichtigste an dem Pokal, aber auch, dass der Pokal zu allen Schularten wandert. Er soll bei jungen Menschen Sensibilität für dieses Thema wecken, egal welchen schulischen Weg sie eingeschlagen haben. Auch nach Abschluss des einjährigen Projektes bleibt die GCJZ in Franken in Kontakt mit den Schulen. Denn der Pokal soll nachhaltig wirken. Die Schülerinnen und Schüler sollen begreifen, dass Demokratie und Freiheit nicht einfach vom Himmel fallen, sondern wertvolle Güter darstellen, für die es sich lohnt, sich zu engagieren. So hat der Etz-Chaim-Schulpokal eine neue Dimension eröffnet: den Dialog mit anderen Religionen und Konfessionen und auch mit explizit unreligiösen Schülerinnen und Schülern.

Im Jubiläumsjahr des Deutschen Koordinierungsrates wollen wir zur Woche der Brüderlichkeit gemeinsam ein Zeichen setzen gegen Ausgrenzung, Antisemitismus, Judenfeindlichkeit und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, Andersgläubigen und anderen Kulturen. Dazu laden wir Sie herzlich ein! ■

Der Vorstand der GCJZ Franken

www.gcjz-franken.de

Gesellschaften für
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
DEUTSCHER KOORDINIERUNGSRAT E.V.

Gefördert durch:
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Arbeitsschwerpunkte

Woche der Brüderlichkeit

Seit 1952 veranstalten die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit im März eines jeden Jahres die Woche der Brüderlichkeit. In allen Teilen des Landes werden aus diesem Anlass Veranstaltungen durchgeführt, um auf die Zielsetzung der Gesellschaften und auf ihr jeweiliges Jahresthema hinzuweisen. Die Zentrale Eröffnungsfeier wird vom Fernsehen übertragen.

Buber-Rosenzweig-Medaille

Seit 1968 verleiht der Deutsche Koordinierungsrat während der Zentralen Eröffnungsfeier zur Woche der Brüderlichkeit die Buber-Rosenzweig-Medaille. Ausgezeichnet werden Personen, Institutionen oder Initiativen, die sich insbesondere um die Verständigung zwischen Christen und Juden verdient gemacht haben. Die Medaille wird in Erinnerung an die jüdischen Philosophen Martin Buber und Franz Rosenzweig verliehen.

Tagungen, Publikationen, Begegnungen

Mehrfach im Jahr finden Tagungen zu zentralen Fragen statt, die sich mit der Zielsetzung und Arbeit der Gesellschaften befassen. Themenhefte, Arbeitshilfen, Tätigkeitsberichte und sonstige Publikationen dienen der Information und Kommunikation. Dem solidarischen Handeln und der persönlichen Begegnung zwischen Juden und Christen in der Bundesrepublik, in Israel oder anderswo kommen besondere Bedeutung zu.

Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Das Forum Junger Erwachsener vertritt als Arbeitsgemeinschaft die Interessen der 18- bis 39-jährigen Mitglieder der Gesellschaften, gibt Anregungen für die Arbeit mit jungen Erwachsenen und führt eigene Veranstaltungen durch.

Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sind in der Bundesrepublik Deutschland nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Unrechtsstaat entstanden.
Sie wissen von der historischen Schuld und stellen sich der bleibenden Verantwortung angesichts der in Deutschland und Europa von Deutschen und in deutschem Namen betriebenen Vernichtung jüdischen Lebens. Begründet in der biblischen Tradition folgen sie der Überzeugung, dass im politischen und religiösen Leben eine Orientierung nötig ist, die Ernst macht mit der Verwirklichung der Rechte aller Menschen auf Leben und Freiheit ohne Unterschied des Glaubens, der Herkunft oder des Geschlechts.

Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit setzen sich ein für

- Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Christen und Juden bei gegenseitiger Achtung aller Unterschiede,
- Erinnerung an die Ursprünge und Zusammenhänge von Judentum und Christentum,
- Selbstbesinnung in den christlichen Kirchen hinsichtlich der in ihnen theologisch begründeten und geschichtlich verbreiteten Judenverachtung und Judenfeindschaft,
- Bewahrung der noch erhaltenen, vielfältigen Zeugnisse jüdischer Geschichte,
- Entfaltung freien, ungehinderten jüdischen Lebens in Deutschland,
- Achtung der Eigenständigkeit ethnischer Minderheiten,
- Solidarität mit dem Staat Israel als jüdische Heimstätte.

Sie wenden sich deshalb entschieden gegen

- alle Formen der Judenfeindschaft, religiösen Antijudaismus, rassistischen und politischen Antisemitismus sowie Antizionismus,
- Rechtsextremismus und seine Menschenverachtung,
- Diskriminierung von Einzelnen und Gruppen aus religiösen, weltanschaulichen, politischen, sozialen und ethnischen Gründen,
- Intoleranz und Fanatismus.

Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit sind offen für alle, die für diese Ziele eintreten. Zur Verwirklichung ihrer Ziele beteiligen sie sich an der allgemeinen Erziehungs-, Bildungs- und Jugendarbeit. Sie sind bereit zur Zusammenarbeit mit Gruppen und Parteien, privaten und öffentlichen Einrichtungen, die sich ähnlichen Aufgaben verpflichtet haben.

Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit haben sich im Deutschen Koordinierungsrat zusammengeschlossen, um ihren Aufgaben und Zielen gemeinsam besser gerecht zu werden.

(Präambel, 1994)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Gesellschaften für
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
DEUTSCHER KOORDINIERUNGSRAT E.V.
Postfach 14 45, D-61214 Bad Nauheim
Telefon: 06032 / 91 11 - 0, Fax: 91 11 - 25
www.deutscher-koordinierungsrat.de
info@deutscher-koordinierungsrat.de

REDAKTION:
Gerda E.H. Koch, Dr. Bettina Kratz-Ritter,
Rien van der Vegt, Rudolf W. Sirsch (verantw.),
FOTOS: Labenwolf-Gymnasium Nürnberg
Jekaterina Kredovica, Hannover
PRODUKTION: www.schwanke-raasch.de
GESTALTUNG: Rudolf Schwanke
ISBN 3-923840-19-0

Die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Aachen
Augsburg
Bad Kreuznach
Bayreuth
Berlin
Bielefeld
Bonn
Bremen
Celle
Darmstadt
Dillenburg
Dortmund
Dresden
Duisb.-Mül.-Oberh.
Düsseldorf
Essen
Franken (Nürnb.)
Frankfurt
Freiburg
Fulda
Gelsenkirchen
Gießen-Wetzlar
Göttingen
Hagen u. Umgeb
Hamburg
Hameln
Hanau
Hannover
Heidelberg
Herford
Hersfeld/Rotenb.
Hochtaunus
Karlsruhe
Kassel
Koblenz
Köln
Konstanz
Krefeld
Limburg
Lippe
Lübeck
Lüdenscheid
Lüneburg
Main-Taunus-Kreis
Mainz
Mecklenburg-Vorpommern
Marburg
Minden
Moers
Mönchengladbach
München
Münster
Neuss
Niederbayern
Niedersachsen-Ost
Oberbergische
Oberschwaben
Offenbach
Old. Münsterland
Oldenburg
Osnabrück
Ostfriesland
Paderborn
Pfalz
Potsdam
Recklinghausen
Regensburg
Rhein-Neckar
Saarland
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Siegerland
Stuttgart
Trier
Würzburg u. Unterfranken
Weiden i.d.O.Pf.
Wesel
Westmünsterland
Wetterau
Wiesbaden
Wuppertal
Zwickau

Assoziierte Gesellschaften
Jüdisch-Christliche AG Leipzig
AG Kirche u. Judentum Thüringen

ISBN 978-3-948031-00-8

Träger der Buber-Rosenzweig-Medaille

1968	Professor Dr. Friedrich Heer, Wien
	Professor Dr. Friedrich-Wilhelm Marquardt, Berlin
1969	Professor Dr. Ernst Simon, Jerusalem
1970	Dr. Dr. Eva Reichmann, London
	Rabbiner Professor Dr. R. R. Geis, Düsseldorf
1971	Bischof D. Kurt Scharf, Berlin
1972	Msgr. Dr. A. C. Ramselaar, Utrecht
1973	Professor Dr. Helmut Gollwitzer, Berlin
1974	Dr. H. G. Adler, London
1975	Archbishop G. Appleton, Jerusalem/Wantage
	Abt Laurentius Klein, Jerusalem
1976	Dr. Ernst-Ludwig Ehrlich, Basel
1977	Friedrich Dürrenmatt, Neuchàtel
1978	Dr. Grete Schaeder, Göttingen
	Professor Dr. Albrecht D. Goes, Stuttgart
1979	Manès Sperber, Paris
	Dr. James Parkes, Southampton
1980	Professor Dr. Eugen Kogon, Königstein
	Dr. Gertrud Luckner, Freiburg
1981	Isaac Bashevis Singer, New York
1982	Schalom Ben-Chorin, Jerusalem
1983	Helene Jacobs, Berlin
1984	Siegfried Theodor Arndt, Leipzig
	Helmut Eschwege, Dresden
1985	Professor Dr. Franz Mußner, Passau
1986	Professor Dr. Heinz Kremers, Duisburg
1987	Siedlung Neve Schalom, Israel
1988	Arbeitskreis Studium in Israel
1989	Sir Yehudi Menuhin, London
1990	Charlotte Petersen, Dillenburg
1991	Leo-Baeck-Erziehungszentrum, Haifa
1992	Dr. Hildegard Hamm-Brücher, München
	Dr. Annemarie Renger, Bonn
1993	Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Berlin
1994	Professor Dr. Jakob Petuchowski, Cincinnati
	Professor Dr. Clemens Thoma, Luzern
1995	Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin
1996	Professor Dr. Franklin Hamlin Littell, Philadelphia
	Professor Dr. Joseph Walk, Jerusalem
1997	Hans Koschnick, Bremen
1998	Lea Rabin, Tel Aviv
1999	Erzbischof Henryk Muszynski, Gnesen
2000	Dr. h.c. Johannes Rau, Berlin
2001	Schule Ohne Rassismus
2002	Dr. h.c. Edna Brocke, Essen
	Professor Dr. Rolf Rendtorff, Karben
	Professor Dr. Johann Baptist Metz, Münster
2003	Dr. h.c. Joschka Fischer, Berlin
2004	Daniel Barenboim, Berlin
2005	Professor Dr. Peter von der Osten-Sacken, Berlin
	Institut Kirche und Judentum, Berlin
2006	Leon de Winter, Amsterdam
	Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V., Berlin
2007	Esther Schapira, Frankfurt am Main
	Dr. Georg M. Hafner, Frankfurt am Main
2008	Stef Wertheimer, Tefen/Tel Aviv
2009	Professor Dr. Erich Zenger, Münster
2010	Dr. Daniel Libeskind, New York
2011	Dr. Navid Kermani, Köln
2012	Präses Nikolaus Schneider, Düsseldorf
2013	Mirjam Pressler, Landshut
	Fritz Bauer Institut, Frankfurt am Main
2014	György Konrád, Budapest
2015	Professor Dr. Hanspeter Heinz, Augsburg
	Gesprächskreis „Juden und Christen“ beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Bonn
2016	Professor Dr. Micha Brumlik, Berlin
2017	Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden (KLAK)
2018	Peter Maffay, Tutzing
2019	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA)
	Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC)